Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. Dezember 1980
Jg. 8 Nr. 52

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Der öffentliche Dienst im Visier der Kapitalisten

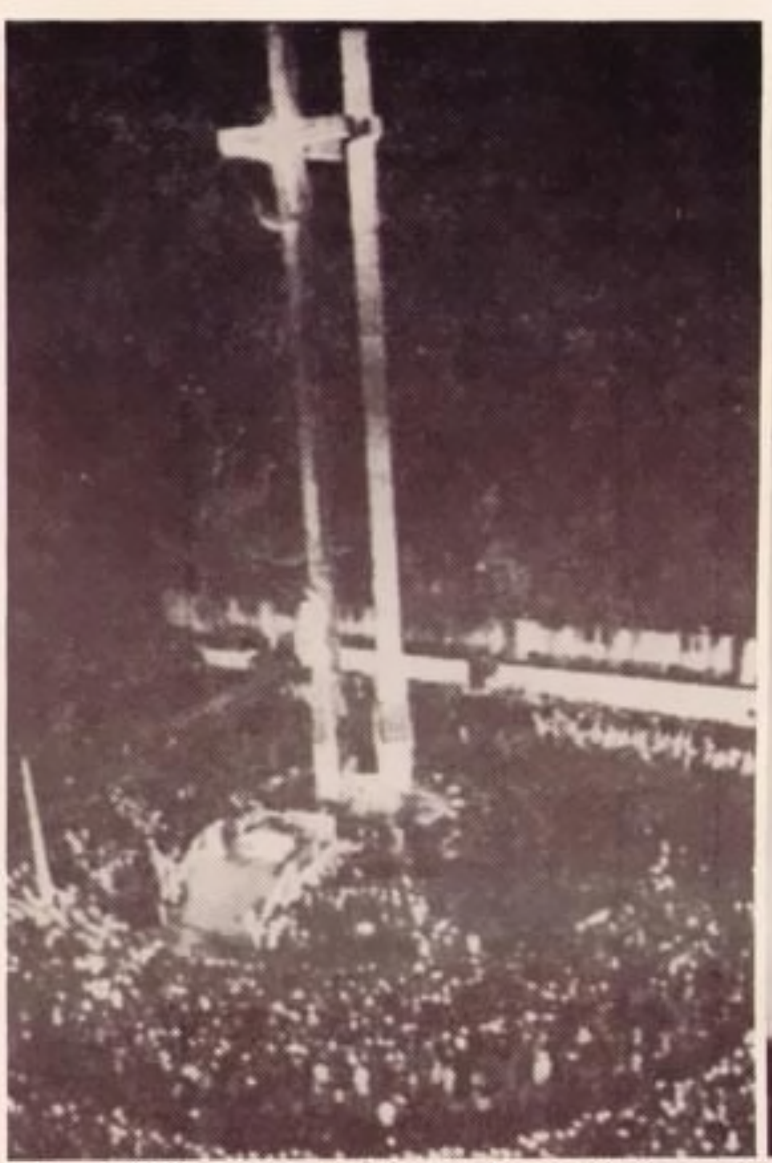
IG Metall stellt Forderungen auf / Regierungsvertreter für „Lohnpause"

ges. Den Abschnitt über Lohnpolitik beginnt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem Jahresbericht mit einem Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: „Angesichts des außerordentlichen und ständig ansteigenden Gewichts, das die Personalausgaben in den Haushalten der Gebietskörperschaften besitzen, wird die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nur dann gelingen, wenn zumindest dem überproportionalen Anstieg der Personalkosten erfolgreich entgegengewirkt werden kann." Den Schwerpunkt ihrer Spaltungsbemühungen legen die Kapitalistenverbände in den jetzt beginnenden Tarifkämpfen erneut auf die Nahtstelle zwischen Industrie und öffentlichen Dienst. Was ist auch naheliegender, als die Verärgerung über die steigenden Steuerlasten auf die „Beamten" abzuwälzen und gleich noch alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu den Beamten hinzuzuschlagen. Als werde der Verkauf der Arbeitskraft zu einem Privileg, sobald die Arbeitskraft nicht an die Kapitalisten, sondern den kapitalistischen Staat verkauft wird. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sehen das anders.

Um so heuchlerischer treten die Kapitalisten als Sachwalter gesellschaftlicher Interessen auf: „Die jüngste Vereinbarung des Freizeitausgleichs für Schichtarbeit im öffentlichen Dienst läßt jedoch eher das Gegenteil befürchten. Die dort unter Vorantritt der Bundespost gefundene Regelung geht in ihrer Gesamtheit weit über das hinaus, was in der privaten Wirtschaft festgelegt ist und für möglich gehalten wird." Die beschönigenden Behauptungen über die Ausbeutungsbedingungen beim Staat sollen auf die Kapitalisten zurückschlagen, wenn nächstens in der Industrie der Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit zum Austrag kommt. Die Kapitalisten werden sich dann nicht gerne an das erinnern lassen, was sie heute im Brustton der Überzeugung ausposaunen.

Die Wahrheit ist, daß sich die Kapitalisten nicht stark genug fühlen, in der Industrie die von ihnen propagierte „radikale Wende in der Lohnpolitik" auf einen Schlag herbeizuführen und die Lohnabschlüsse bis weit unter die Inflationsrate zu drücken. Unter Berufung auf die Haushaltslage soll die Regierung den Vorreiter machen. Je mehr bereits jetzt über „Lohnpause" im öffentlichen Dienst palavert wird, um so leichter ließen sich in den vorausgehenden Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie die Löhne drücken und die eigentliche Kampffront verschieben. Statt Frontstellung zwischen Lohnabhängigen auf der einen Seite und Kapitalisten nebst Regierungsvertretern auf der anderen Seite hätten wir dann die vereinigte Industrie gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Und ein Graf Lambsdorff könnte noch populär werden, wenn er für den Diebstahl der Lohngelder im öffentlichen Dienst plädiert. Die SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen ist bereits von unverbindlichen Interviewäußerungen zu handfesten Maßnahmen und schriftlichen Vorschlägen übergegangen. Jede zweite freie oder freiwerdende Stelle soll nicht besetzt, die Ausbeutung also gesteigert werden, während für die Beschäftigten entweder ein niedriger Abschlag für alle gleich bezahlt oder für einige Monate jede Lohnerhöhung verhindert werden soll. Gegen den Abschlag wird der Leistungsentlöhner Baum sein, der sich jetzt gegen Lambsdorffs „Äußerungen zur Unzeit" wendet, um Gesicht zu gewinnen. Die ÖTV und andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich zwar deutlich gegen all diese Manöver ausgesprochen, gleichzeitig aber der Mitgliedschaft eine Forderung von 7% empfohlen. Damit kann die ÖTV der Regierung, die ein Notstandsopfer in Form von niedrigeren Prozentabschlüssen als in der Industrie fordert, ins offene Messer laufen.

In der Metallindustrie haben die Tarifkommissionen jetzt die Forderungen aufgestellt, überall mit einem Volumen von rd. 8% und fast überall mit mehr oder weniger starken Forderungselementen, die auf die überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen abzielen (s. Innenteil Seite 7). Von den Prozenten her sehen die Kapitalisten und die Presse ein Einlenken. Die Differenz zu dem Kapitalistenangebot sei nicht streikfähig, meint das „Handelsblatt". „Die Forderung der Gewerkschaften ist alles andere als maßlos – und trotzdem zu *hoch*", schreibt die „Süddeutsche Zeitung". „Im Augenblick lebt das Land von der Substanz". Fragt sich, von wessen Substanz „das Land" lebt. Von der Substanz der Arbeitskraft, die nach Lambsdorffs öffentlich geäußerter Ansicht immer noch nicht genug ausgebeutet wird. Die Durchsetzung eines Mindestbetrages könnte dieser Tendenz zur maßlosen Ausbeutung eine gewisse Schranke ziehen. Eine solche Forderung ist nicht nur streikfähig. Um sie durchsetzen zu können, wird gestreikt werden müssen.





„Den Gefallenen zum Zeichen ewigen Gedenkens, den Regierenden zum Zeichen der Mahnung, daß kein gesellschaftlicher Konflikt im Vaterland durch Gewalt gelöst werden darf, den Mitbürgern zum Zeichen der Hoffnung, daß das Übel besiegt werden kann." – Mit der Errichtung des Danziger Mahnmals und der Gedenkstätten in Gdingen und Stettin hat die polnische Arbeiterbewegung die Anerkennung der Gerechtigkeit ihrer Ziele und Forderungen 1956, 1970 und 1980 erzwungen.

Feiern in Polen: Regierung muß auf nationale Einheit schwören

gek. Viele werden im Fernsehen die Feiern in Danzig und Gdingen zum Jahrestag der Massaker an den streikenden Arbeitern im Dezember 1970 verfolgt haben. Sie waren eine eindrucksvolle Bekräftigung der nationalen Einheitsfront, die auf Grundlage der in den Streiks gewonnen Reformzusagen geschlossen wurde. Das Danziger Monument stellt mit seinen drei zueinander gestellten hohen Kreuzen, an denen Anker hängen – volkstümliche Symbole für Hoffnung und Glück – und seinen Figurengruppen im Sockel stärker die Seite der nationalen Einheit heraus. Das Denkmal in Gdingen – die Zahl 1970 mit einer umgekehrten 7 in Gestalt eines fallenden Menschen – ist weniger versöhnlich, und auch die Feier dort, die im Morgengrauen stattfand, als damals die Arbeiter auf dem Weg zur Frühschicht erschossen wurden, war bitterer im Ton, strenger.

Es ist gewiß keine bruchlose Einheit, die da geschlossen wurde. Das wurde auch bei den Feiern deutlich. Neben den Führern von „Solidarność", die die Feiern (mit führenden Künstlern des Landes zusammen) organisiert hatten, standen die katholischen Bischöfe, dann die Staatsführung durch Präsident Jablonski und die Regierung durch Ministerpräsident Pinkowski. Es fehlte die Parteiführung, die nur durch den Danziger Vorsitzenden Fiszbach vertreten war; und von der Armee war nur die Marine zu sehen. Der Kommentar der Armeezeitung „Zolnierz Wolnośći" war schillernd: 1970 sei eine „extrem schwierige Lage" gewesen; es gebe „keine kompliziertere politische und moralische Maßnahme" als den Einsatz einer sozialistischen Armee im Innern. Dies sei ein Beispiel, wie gefährlich „unkontrollierte Emotionen und die daraus entstehende Anarchie" sein könnten. Das Sekretariat der PVAP rief anläßlich der Feiern noch einmal zu einer „Front der Kräfte des gesunden Menschenverstandes und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins" auf. Sowohl im Zentralorgan „Trybuna Ludu" wie in der Armeezeitung tauchten am Tag nach den Feiern direkte Angriffe gegen das „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) auf, dem an Anarchie und anti-sowjetischer Stimmungsmache gelegen sei.

Man versteht die Schlüsselrolle, die der Katholischen Kirche in der gegenwärtigen Lage Polens als einer unantastbaren nationalen Institution zufällt, wenn man liest, wie sie in ihrem Hirtenbrief zu den Feiern als einzige offen das „unbedingte Recht der Nation auf Selbstbestimmung" reklamieren und über „die Grenzen der Verträge", die die Souveränität Polens einschränken, sprechen kann.

TASS hat zwei Tage nach den Feiern erneut gegen das KOR und einige andere politische Organisationen in Polen losgeschlagen, wegen Anarchie, Anti-Sowjetismus, dem Üblichen; untermalt von Pressesalven gegen das Brüsseler NATO-Kommuniqué. Es sei die NATO, die in Polen interveniere! So herum wurde schon der Einmarsch in Afghanistan vor einem Jahr begründet.

Klar ist, daß die Sowjetunion eine Militäraktion gegen Polen scheuen muß wie der Teufel das Weihwasser (wenn der Vergleich erlaubt ist). Sie sieht zähneknirschend zu, wie die Arbeiterbewegung Polens sich zu einem ernsten Hindernis ihrer Kriegsvorbereitungen in Zentraleuropa entwickelt. Nicht nur das: In Estland gehen trotz laufender Verhaftungen Petitionen herum, die teils offen das Selbstbestimmungsrecht fordern, teils jedenfalls eine Minderung der Unterdrückung. Zwischen Rumänien und Jugoslawien haben erneut Gespräche auf höchster Ebene stattgefunden; zugleich ist der jugoslawische Staatsratsvorsitzende Mijatovic zu einem Staatsbesuch ins gegenüberliegende Italien gereist. Gesprächsthemen in beiden Fällen: Polen und Afghanistan. Sowohl Bulgarien wie auch Ungarn halten sich in der Kampagne gegen Polen deutlich zurück. Und die Warnschreie aus Ost-Berlin und vor allem Prag klingen so schrill, daß sich die tschechoslowakischen und ostdeutschen Arbeiter am Ende ihren eigenen Gedanken darüber machen werden.

Aus dem Inhalt:

den Tarifkämpfen erneut auf die Nahtstelle zwischen Industrie und öffentlichen Dienst. Was ist auch naheliegender, als die Verärgerung über die steigenden Steuerlasten auf die „Beamten" abzuwälzen und gleich noch alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu den Beamten hinzuzuschlagen. Als werde der Verkauf der Arbeitskraft zu einem Privileg, sobald die Arbeitskraft nicht an die Kapitalisten, sondern den kapitalistischen Staat verkauft wird. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sehen das anders.

Um so heuchlerischer treten die Kapitalisten als Sachwalter gesellschaftlicher Interessen auf: „Die jüngste Vereinbarung des Freizeitausgleichs für Schichtarbeit im öffentlichen Dienst läßt jedoch eher das Gegenteil befürchten. Die dort unter Vorantritt der Bundespost gefundene Regelung geht in ihrer Gesamtheit weit über das hinaus, was in der privaten Wirtschaft festgelegt ist und für möglich gehalten wird." Die beschönigenden Behauptungen über die Ausbeutungsbedingungen beim Staat sollen auf die Kapitalisten zurückschlagen, wenn nächstens in der Industrie der Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit zum Austrag kommt. Die Kapitalisten werden sich dann nicht gerne an das erinnern lassen, was sie heute im Brustton der Überzeugung ausposaunen.

Lohnabhängigen auf der einen Seite und Kapitalisten nebst Regierungsvertretern auf der anderen Seite hätten wir dann die vereinigte Industrie gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Und ein Graf Lambsdorff könnte noch populär werden, wenn er für den Diebstahl der Lohngelder im öffentlichen Dienst plädiert. Die SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen ist bereits von unverbindlichen Interviewäußerungen zu handfesten Maßnahmen und schriftlichen Vorschlägen übergegangen. Jede zweite freie oder freiwerdende Stelle soll nicht besetzt, die Ausbeutung also gesteigert werden, während für die Beschäftigten entweder ein niedriger Abschlag für alle gleich bezahlt oder für einige Monate jede Lohnerhöhung verhindert werden soll. Gegen den Abschlag wird der Leistungsentlöhner Baum sein, der sich jetzt gegen Lambsdorffs „Äußerungen zur Unzeit" wendet, um Gesicht zu gewinnen. Die ÖTV und andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich zwar deutlich gegen all diese Manöver ausgesprochen, gleichzeitig aber der Mitgliedschaft eine Forderung von 7% empfohlen. Damit kann die ÖTV der Regierung, die ein Notstandsopfer in Form von niedrigeren Prozentabschlüssen als in der Industrie fordert, ins offene Messer laufen.

In der Metallindustrie haben die Tarifkommissionen jetzt die Forderungen aufgestellt, überall mit einem Volumen



„Den Gefallenen zum Zeichen ewigen Gedenkens, den Regierenden zum Zeichen der Mahnung, daß kein gesellschaftlicher Konflikt im Vaterland durch Gewalt gelöst werden darf, den Mitbürgern zum Zeichen der Hoffnung, daß das Übel besiegt werden kann." – Mit der Errichtung des Danziger Mahnmals und der Gedenkstätten in Gdingen und Stettin hat die polnische Arbeiterbewegung die Anerkennung der Gerechtigkeit ihrer Ziele und Forderungen 1956, 1970 und 1980 erzwungen.

Feiern in Polen: Regierung muß auf nationale Einheit schwören

von rd. 8% und fast überall mit mehr oder weniger starken Forderungselementen, die auf die überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen abzielen (s. Innenteil Seite 7). Von den Prozenten her sehen die Kapitalisten und die Presse ein Einlenken. Die Differenz zu dem Kapitalistenangebot sei nicht streikfähig, meint das „Handelsblatt". „Die Forderung der Gewerkschaften ist alles andere als maßlos – und trotzdem zu *hoch*", schreibt die „Süddeutsche Zeitung". „Im Augenblick lebt das Land von der Substanz". Fragt sich, von wessen Substanz „das Land" lebt. Von der Substanz der Arbeitskraft, die nach Lambsdorffs öffentlich geäußerter Ansicht immer noch nicht genug ausgebeutet wird. Die Durchsetzung eines Mindestbetrages könnte dieser Tendenz zur maßlosen Ausbeutung eine gewisse Schranke ziehen. Eine solche Forderung ist nicht nur streikfähig. Um sie durchsetzen zu können, wird gestreikt werden müssen.

gek. Viele werden im Fernsehen die Feiern in Danzig und Gdingen zum Jahrestag der Massaker an den streikenden Arbeitern im Dezember 1970 verfolgt haben. Sie waren eine eindrucksvolle Bekräftigung der nationalen Einheitsfront, die auf Grundlage der in den Streiks gewonnen Reformzusagen geschlossen wurde. Das Danziger Monument stellt mit seinen drei zueinander gestellten hohen Kreuzen, an denen Anker hängen – volkstümliche Symbole für Hoffnung und Glück – und seinen Figurengruppen im Sockel stärker die Seite der nationalen Einheit heraus. Das Denkmal in Gdingen – die Zahl 1970 mit einer umgekehrten 7 in Gestalt eines fallenden Menschen – ist weniger versöhnlich, und auch die Feier dort, die im Morgengrauen stattfand, als damals die Arbeiter auf dem Weg zur Frühschicht

Hirtenbrief zu den Feiern als einzige offen das „unbedingte Recht der Nation auf Selbstbestimmung" reklamieren und über „die Grenzen der Verträge", die die Souveränität Polens einschränken, sprechen kann.

TASS hat zwei Tage nach den Feiern erneut gegen das KOR und einige andere politische Organisationen in Polen losgeschlagen, wegen Anarchie, Anti-Sowjetismus, dem Üblichen; untermalt von Pressesalven gegen das Brüsseler NATO-Kommuniqué. Es sei die NATO, die in Polen interveniere! So herum wurde schon der Einmarsch in Afghanistan vor einem Jahr begründet.

Aus dem Inhalt:

Die OPEC: Von historischer Bedeutung

Zwei Jahrzehnte nach der Gründung / Gipfelkonferenz in Indonesien

bep. Die OPEC-Gipfelkonferenz, die letzte Woche in Indonesien tagte, legte die Bandbreite der Rohölpreise verschiedener Sorten und Qualitäten neu fest. Der Preis für die Standardmarke Arabian Light wurde um knapp 7% erhöht; erwartet werden durchschnittlich 10% Preissteigerungen für Rohöl. Gemessen an den Inflationsraten in den wichtigsten imperialistischen Ländern sind diese Preiserhöhungen keineswegs umstürzend. Mit diesen Preisbeschlüssen entsprechen die OPEC-Staaten auch nur der Lage auf dem Weltmarkt. Zwar ist die Nachfrage nach Rohöl in diesem Jahr aufgrund der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern wie auch als Folge von Sparmaßnahmen und Umstellung auf andere Energieträger um 4–5% gesunken. Der Krieg zwischen Iran und Irak hat jedoch zu Liefereinschränkungen geführt, die durch Produktionssteigerungen Saudi-Arabiens und anderer Golf-Staaten nur zum Teil wettgemacht wurden. Angesichts der gespannten Lage haben die Ölgesellschaften und die Regierungen der imperialistischen Länder ihre Ölvorräte ungeheuer aufgebläht. Diese Vorräte sind zum Teil auf den sogenannten Spot-Märkten, wo bestimmte Rohölmengen außerhalb fester Lieferkontrakte gehandelt werden, zusammengekauft worden und haben dort die Preise hochgetrieben.

Die Rolle der OPEC hat in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens nicht darin bestanden, die Verkaufspreise auf dem Weltmarkt aufgrund ihrer Monopolstellung beliebig zu diktieren. 1960, zum Zeitpunkt ihrer Gründung, lagen die Ölförderung und der Verkauf des Rohöls noch weitgehend in den Händen imperialistischer Monopole; die Förderländer wurden mit Konzessionsgebühren und einer Beteiligung am Verkaufsertrag abgefunden. Niedrige Förderkosten und eine rasche Ausdehnung der Produktion ermöglichte den Monopolen, unterstützt von den Regierungen der kapitalistischen Länder, das Rohöl unter Wert (gemessen am Wert vergleichbarer Rohstoffe) auf den Weltmarkt zu bringen und andere Energieträger niederzukonkurrieren. Konsequenz war nicht nur die Beraubung der Länder, auf deren Territorium die Ölfelder lagen, sondern auch eine gewaltige Verschwendung des begrenzt vorhandenen Rohstoffs Öl und von Energie überhaupt. Das hatte auch Auswirkungen auf verschiedene Länder der 3. Welt, die ebenfalls dazu gedrängt wurden, sich in ihrer Entwicklung vor allem auf importiertes Rohöl als Energieträger und Rohstoff, z.B. für Düngemittel, zu stützen.

Die Gründung der OPEC stärkte zunächst die Ölländer in ihrem Bestreben, die Verträge mit den Ölgesellschaften günstiger zu gestalten oder darüber hinaus die Förderung und den Verkauf des Öls selbst in die Hand zu bekommen. Größere Bewegungen des Ölpreises begannen erst ein Jahrzehnt später, als die Nachfrage nach Rohöl auf dem Weltmarkt das Angebot überstieg. Die folgenden Preissteigerungen zwangen die imperialistischen Länder allmählich, andere Ressourcen zu erschließen. In gewissem Umfang wären sie auch ohne die Existenz der OPEC wahrscheinlich eingetreten – die fortdauernde Kontrolle großer Monopole und Monopolgruppen über die Ölvorkommen hätte leicht zu einer ungeheuren Verschärfung der Konkurrenz mit politischen Folgen führen können.

So hat die OPEC eher zur Sicherung der Energieversorgung auch der imperialistischen Staaten beigetragen, als daß sie die krisenhafte Entwicklung dieser Staaten verursacht hätte. Für die 3. Welt hat sie eine Vorreiterrolle im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung gespielt. Die Verantwortung dafür, daß verschiedene Staaten der 3. Welt unter den Ölpreiserhöhungen schwer leiden, trägt nicht die OPEC. Dennoch leisten die meisten OPEC-Staaten einen relativ viel höheren Beitrag zur Entwicklungshilfe als die imperialistischen Staaten. Auf der letzten OPEC-Konferenz mußte allerdings eine Beratung über das geplante Langzeitprogramm der OPEC, das auch den Ausbau und die langfristige Planung der wirtschaftlichen Unterstützung anderer Länder der 3. Welt beinhaltet, vertagt werden, vor allem wegen des Konflikts zwischen Irak und Iran.

An die Leser der Kommunistischen Volkszeitung

Der Jahrgang 1980 der KVZ wird mit der Nummer 52 abgeschlossen. Die erste Nummer des Jahrgangs 1981 erscheint am 5.1.1981. In der Woche vom 29. Dezember bis zum 4. Januar erscheint keine Ausgabe der KVZ. – Gleichzeitig wird die KVZ ab der Nummer 1/81 als Einzelzeitung 1 DM kosten. Weitere Bezugsbedingungen siehe Seite 2.

Ehrenbergs Rechnung

frb. Zum 1. Januar wird der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 18,5% vom Bruttolohn steigen. Bislang beträgt er 18%, jeweils zur Hälfte vom Bruttolohn abzuziehen und zur Hälfte vom Kapitalisten draufzulegen. Die Erhöhung wird rund 3,5 Mrd. DM mehr für die Rentenkasse bringen. Das Mehr wird aber nicht bemerkbar sein, denn gleichzeitig will die Bundesregierung den gesetzlich festgelegten Bundeszuschuß an die Rentenversicherung um just 3,5 Mrd. DM kürzen. Und der damit im Bundeshaushalt gesparte Betrag soll dann in die Arbeitslosenkasse fließen, deren Defizit auszugleichen die Bundesregierung verpflichtet ist. Arbeitsminister Ehrenberg soll die Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung „guten Gewissens" verteidigt haben, in Wirklichkeit aber sind wieder große Finanzschiebereien im Gange.

Mit solchen Schiebereien haben auch die Rentensenkungsgesetze begonnen, mit denen die Renten um mittlerweile 13% gesenkt wurden. Damals wurde u.a. festgelegt, daß aus der Arbeitslosenversicherung Rentenbeiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung gezahlt werden. Jetzt geht die Beitragserhöhung zur Rentenversicherung in Wirklichkeit an die Arbeitslosenversicherung.

Bei soviel Transfer ist bestimmt etwas ganz anderes im Spiel, als behauptet wird. 1984 steht die Reform der Hinterbliebenenrente an. Die Parteien haben sich auf die Teilhaberente festgelegt, bei der der hinterbliebene Ehepartner 70% der Gesamtrente erhält. So wenigstens hieß es im Programm zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Altersversorgung der SPD. In der Regierungserklärung sagte Schmidt jetzt, über den Prozentsatz könne noch nichts gesagt werden. Ein paar Monate zuvor hatte die SPD in ihr Programm ausdrücklich geschrieben, die 70% und Rente nach Mindesteinkommen seien aus einem Beitragssatz von 18,5% zu finanzieren. Und Ehrenberg hatte auf dem Wahlparteitag in Essen hinzugefügt, das sei „mittel- und langfristig solide durchgerechnet". Ein bloßer Rechenfehler dürfte kaum vorliegen, sondern Vorbereitung eines schmutzigen Geschäfts mit der 84er Reform.

Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in Köln – Bonn

Aktionseinheit wird aus den Gewerkschaften unterstützt

krg. Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) sollen die Fahrpreise erhöht werden. Der Stadtrat in Bonn hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt, ebenso der Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB). Geplant ist eine Anhebung der Preise für Einzelfahrscheine von 1,50 DM auf 2 DM. Die Preise für Sammel- und Monatskarten sollen ebenfalls erhöht werden. Die Begründung: einerseits würden die Personalkosten der KVB immer mehr steigen, andererseits könne die Stadt weniger Zuschüsse an die KVB zahlen, denn die Konjunktur sei schlecht und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer würden fallen. Letzeres mag sein. Die erhoffte Einsicht unter den Arbeitern und Angestellten, daß sie nun für die Gewerbesteuerausfälle durch höhere Fahrpreise geradezustehen hätten, ist indes ausgeblieben.

Anfang November hat die IGM-Funktionärskonferenz Köln Beschluß gegen die Fahrpreiserhöhungen gefaßt. Ebenso die ÖTV-Funktionärsversammlung in Bonn. Über 200 gewerkschaftliche Funktionäre – darunter die Ortsvorstände der IG Drupa und der DPG – haben einen Aufruf unterzeichnet, in dem es u.a. heißt: „Steigende Personalkosten bei der KVB sind kein Alibi für Preissteigerungen. Das Kostendeckungsprinzip kann nicht Grundlage für die Preise im öffentlichen Nahverkehr sein, ebensowenig wie dies z.B. im Schulwesen der Fall ist ... Die Finanzierung der KVB darf nicht allein über den Fahrpreis erfolgen. Sie muß hauptsächlich von denjenigen erbracht werden, deren Profite ohne die KVB nicht erbracht werden könnten ..." Der Stadtrat wird aufgefordert, „den Haushalt der Stadt Köln nicht auf Kosten der sozial Schwachen auszugleichen", die KVB durch eine erhöhte Besteuerung der Kapitalisten zu subventionieren, den Beschluß des KVB-Vorstands zu kassieren und dafür zu sorgen, daß die KVB die Fahrpreise nicht erhöht.

Dieser Aufruf wird von 20 politischen Organisationen und Initiativen unterstützt. Es hat sich eine Initiativgruppe gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der KVB gebildet. Sie hat am 6. Dezember einen Aktionstag durchgeführt. Am 20. Dezember fand in in der Kölner Innenstadt eine Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen statt. 500 – vor allem Schüler, Studenten und Lehrlinge haben daran teilgenommen. Es sprachen der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses des DGB und der Bezirksschülersprecher. Es wurde vorgeschlagen, die Stadtratssitzung im Januar zu nutzen, um dort die Forderungen gegen die Fahrpreiserhöhungen vorzubringen. Für Ende Januar ist eine Demonstration geplant.



Bonn. Während der Stadtrat Fahrpreiserhöhungen beschloß, besetzten über 100 Schüler den Busbahnhof und verhinderten die Abfahrt der Busse. Auf den Sitzungen des Stadtrats protestierten über 150 Menschen. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden.

Ist Polen eine innere Angelegenheit der Sowjetunion?

bep. Aus den Gewerkschaften sind verschiedene Initiativen zur Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung bekanntgeworden. In einem Aufruf, der von Heinz Brandt und Jacob Moneta initiiert wurde, werden die DGB-Gewerkschaften zu materieller Unterstützung und zur Entwicklung offizieller Beziehungen mit den polnischen freien Gewerkschaften aufgerufen. Solche Forderungen sollten wir in den Gewerkschaften unbedingt unterstützen.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat in diesem Fall besondere Verpflichtungen. Schon durch den Warschauer Vertrag von 1970, in dem die Bundesregierung die polnischen Westgrenzen anerkannte und auf Gebietsansprüche verzichtete, ist die gegenwärtige Bewegung wesentlich erleichtert worden, weil die Rechtfertigung der sowjetischen Oberherrschaft mit der realen Furcht vor dem deutschen „Revanchismus" erschwert wurde. Allerdings hat die Bundesregierung erklärt, die endgültige Regelung der Grenzen müsse in einem Friedensvertrag geschehen. Während Polen gegenwärtig kaum die Gefahr einer Intervention von seiten der NATO droht (von gewissen wirtschaftlichen und politischen Manövern abgesehen), die sowjetischen Truppen

Militärbündnisse kann man stellen, die Forderungen der polnischen Arbeiterbewegung nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten und sozialen Verbesserungen kann man unterstützen, ohne sich schon über den Charakter des gesellschaftlichen und politischen Systems in Polen geeinigt zu haben.

Einigen muß man sich über etwas anderes: Eine demokratische Entwicklung in Polen stellt zuallererst die Frage der nationalen Unabhängigkeit, die Verteidigung, ja erst die Eroberung der Unabhängigkeit gegenüber der SU. Demokratie im Innern und Befreiung von äußerer Unterdrückung bedingen einander. Diese Seite des Kampfes des polnischen Volkes, sein nationaler Charakter, wird gegenwärtig nicht offen proklamiert, aber in vielen Formen deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch der Katholizismus, demonstrativ zur Schau gestellt, dient als nationales Symbol.

Gerade hier liegt der Gegensatz zur Regierungssozialdemokratie. Wenn diese sich in allgemeiner Form gegen eine Intervention in Polen wendet, dann lediglich im Interesse der Verteidigung des gegenwärtigen status quo im „sowjetischen Machtbereich". Wehner und Bahr haben diese Sorte

Der Bankrotteur hat sich fett gemacht

Größter Finanzskandal Westberlins / Senatoren haben beim Betrug mitgemischt

frb. Westberlin hat den größten Finanzskandal seiner Nachkriegsgeschichte. Mit der Ablehnung eines Sanierungskonzepts durch die Berliner Bank und den Senat ist die „Bautechnik AG" letzten Donnerstag hochgegangen. Dietrich Garski, Alleinaktionär der Pleitefirma, hat Westberlin rechtzeitig zuvor verlassen. Die Berliner Bank hat die der Bautechnik gewährten Kredite im Umfang von 128 Mio. DM gekündigt, und damit wird die vom Land Berlin geleistete Bürgschaft über 115 Mio. DM fällig zur Auszahlung. Der Senat holt sichs über die Steuern wieder.

Eigentlich ist die Firma schon seit zwei Jahren pleite. Nur ein Großauftrag über den Bau von zwei Militärakademien in Saudi-Arabien (530 Mio. DM) hat Garski noch über die Runden gebracht und den Betrug lohnend gemacht. Er hat mit dem Geld, das ihm für das neue Bauwerk gezahlt wurde, die Löcher aus den alten Projekten ge-

Stobbe, sie waren gleich zur Hand. So war auch die Schirmherrschaft von Senat und Berliner Bank sicher. Für das Großprojekt in Saudi-Arabien lagen noch zwei Jahre nach Projektbeginn keine schriftlichen Verträge vor. Kalkuliert war mit deutschen Preisen, obwohl Kauf in den USA vorgeschrieben war. Für den Jahresabschluß 1978 hatten Wirtschaftsprüfer den aktienrechtlichen Bestätigungsvermerk verweigert. Doch die Aktionärsversammlung, die sich aus dem Alleinaktionär Garski zusammensetzt, hat den Abschluß gebilligt, womit das Aktiengesetz erfüllt war. Das war Juni 1980, und im Juli hat die Berliner Bank weitere 26 Mio. DM Kredit ausgezahlt, zu 90% vom Senat verbürgt. Damit aber hängen Finanzsenator Riebenschläger (SPD) und Wirtschaftssenator Lüder (FDP) tief drin. Sie sitzen im Landesbürgschaftsausschuß, der über jede Bürgschaft befinden muß. Und die landeseigene Berliner Bank fällt ebenfalls in ihr Ressort.

er zu Riebenschläger, und der Finanzsenator erkannte die Gelder als Betriebsausgabe an, was sie nicht waren. Aber steuerfrei waren sie damit.

200 Leute arbeiten bei Garski, mit Subunternehmen in Saudi-Arabien hängen aber rund 600 dran. Freitag war Betriebsversammlung. Im Januar wird alles auseinanderlaufen, sagte uns ein Mitglied des Betriebsrats. Viele werden schwer wieder Arbeit finden. Große Aktionen seien nicht drin. Sie verhandeln mit dem Konkursverwalter wegen eines Sozialplanes. Den Dezemberlohn hat noch keiner gesehen.

Obwohl die Berliner Bank gegen die Abtretung des zu erwartenden Konkursausfallgeldes einen Vorschuß versprochen hatte, ist sie tags darauf wieder abgerückt. „Die Schäfchen sind so ziemlich an uns vorbeigelaufen", sagte der Betriebsrat. Ein runde Million hat sich Garski pro Jahr entnommen. Seit März 1979 hat er sich für 30000 DM pro Tag einen Privatjet beschafft. Vor-

der Bezirksschülersprecher. Es wurde vorgeschlagen, die Stadtratssitzung im Januar zu nutzen, um dort die Forderungen gegen die Fahrpreiserhöhungen vorzubringen. Für Ende Januar ist eine Demonstration geplant.

Bonn. Während der Stadtrat Fahrpreiserhöhungen beschloß, besetzten über 100 Schüler den Busbahnhof und verhinderten die Abfahrt der Busse. Auf den Sitzungen des Stadtrats protestierten über 150 Menschen. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden.

Ist Polen eine innere Angelegenheit der Sowjetunion?

bep. Aus den Gewerkschaften sind verschiedene Initiativen zur Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung bekanntgeworden. In einem Aufruf, der von Heinz Brandt und Jacob Moneta initiiert wurde, werden die DGB-Gewerkschaften zu materieller Unterstützung und zur Entwicklung offizieller Beziehungen mit den polnischen freien Gewerkschaften aufgerufen. Solche Forderungen sollten wir in den Gewerkschaften unbedingt unterstützen.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat in diesem Fall besondere Verpflichtungen. Schon durch den Warschauer Vertrag von 1970, in dem die Bundesregierung die polnischen Westgrenzen anerkannte und auf Gebietsansprüche verzichtete, ist die gegenwärtige Bewegung wesentlich erleichtert worden, weil die Rechtfertigung der sowjetischen Oberherrschaft mit der realen Furcht vor dem deutschen „Revanchismus" erschwert wurde. Allerdings hat die Bundesregierung erklärt, die endgültige Regelung der Grenzen müsse in einem Friedensvertrag geschehen. Während Polen gegenwärtig kaum die Gefahr einer Intervention von seiten der NATO droht (von gewissen wirtschaftlichen und politischen Manövern abgesehen), die sowjetischen Truppen aber im Land und an allen seinen Grenzen aufmarschiert sind, ist der Kampf um die Auflösung der NATO hier letztendlich doch eine Bedingung für die Sprengung der Fesseln des Warschauer Paktes dort.

Die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und Auflösung der Militärbündnisse kann man stellen, die Forderungen der polnischen Arbeiterbewegung nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten und sozialen Verbesserungen kann man unterstützen, ohne sich schon über den Charakter des gesellschaftlichen und politischen Systems in Polen geeinigt zu haben.

Einigen muß man sich über etwas anderes: Eine demokratische Entwicklung in Polen stellt zuallererst die Frage der nationalen Unabhängigkeit, die Verteidigung, ja erst die Eroberung der Unabhängigkeit gegenüber der SU. Demokratie im Innern und Befreiung von äußerer Unterdrückung bedingen einander. Diese Seite des Kampfes des polnischen Volkes, sein nationaler Charakter, wird gegenwärtig nicht offen proklamiert, aber in vielen Formen deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch der Katholizismus, demonstrativ zur Schau gestellt, dient als nationales Symbol.

Gerade hier liegt der Gegensatz zur Regierungssozialdemokratie. Wenn diese sich in allgemeiner Form gegen eine Intervention in Polen wendet, dann lediglich im Interesse der Verteidigung des gegenwärtigen status quo im „sowjetischen Machtbereich". Wehner und Bahr haben diese Sorte Nichteinmischung ja unlängst schon so weit getrieben, Polen an seine „Bündnisverpflichtungen" zu gemahnen. Ausgleich mit dem russischen Expansionismus auf Kosten Polens, die Regierung also in preußischen Stiefeln? Es wäre ein Marsch in den Rachen des Sozialimperialismus.

Der Bankrotteur hat sich fett gemacht

Größter Finanzskandal Westberlins / Senatoren haben beim Betrug mitgemischt

frb. Westberlin hat den größten Finanzskandal seiner Nachkriegsgeschichte. Mit der Ablehnung eines Sanierungskonzepts durch die Berliner Bank und den Senat ist die „Bautechnik AG" letzten Donnerstag hochgegangen. Dietrich Garski, Alleinaktionär der Pleitefirma, hat Westberlin rechtzeitig zuvor verlassen. Die Berliner Bank hat die der Bautechnik gewährten Kredite im Umfang von 128 Mio. DM gekündigt, und damit wird die vom Land Berlin geleistete Bürgschaft über 115 Mio. DM fällig zur Auszahlung. Der Senat holt sichs über die Steuern wieder.

Eigentlich ist die Firma schon seit zwei Jahren pleite. Nur ein Großauftrag über den Bau von zwei Militärakademien in Saudi-Arabien (530 Mio. DM) hat Garski noch über die Runden gebracht und den Betrug lohnend gemacht. Er hat mit dem Geld, das ihm für das neue Bauwerk gezahlt wurde, die Löcher aus den alten Projekten gestopft. So hat Garski schon 1/3 der Bausumme von den Saudis eingesackt, aber erst 1/5 des Neubaus ist erstellt. Für die Fortführung der Bauwerke wären jetzt weitere Mittel notwendig gewesen.

Garski ist kein billiger Jakob. Wann immer er der Fürsprache bei einer fernen Regierung bedurfte, Genscher, Stobbe, sie waren gleich zur Hand. So war auch die Schirmherrschaft von Senat und Berliner Bank sicher. Für das Großprojekt in Saudi-Arabien lagen noch zwei Jahre nach Projektbeginn keine schriftlichen Verträge vor. Kalkuliert war mit deutschen Preisen, obwohl Kauf in den USA vorgeschrieben war. Für den Jahresabschluß 1978 hatten Wirtschaftsprüfer den aktienrechtlichen Bestätigungsvermerk verweigert. Doch die Aktionärsversammlung, die sich aus dem Alleinaktionär Garski zusammensetzt, hat den Abschluß gebilligt, womit das Aktiengesetz erfüllt war. Das war Juni 1980, und im Juli hat die Berliner Bank weitere 26 Mio. DM Kredit ausgezahlt, zu 90% vom Senat verbürgt. Damit aber hängen Finanzsenator Riebenschläger (SPD) und Wirtschaftssenator Lüder (FDP) tief drin. Sie sitzen im Landesbürgschaftsausschuß, der über jede Bürgschaft befinden muß. Und die landeseigene Berliner Bank fällt ebenfalls in ihr Ressort.

Früher schon war Riebenschläger Garski behilflich gewesen. Es ging damals um die Versteuerung der Bestechungsgelder (in der Fachsprache: Sponsorgelder) für den Großauftrag. 25 Mio. DM zahlte Garski, und sie hätten versteuert werden müssen. Dann aber hätte er noch rund 25 Mio. DM für die Steuer zulegen müssen. So lief er zu Riebenschläger, und der Finanzsenator erkannte die Gelder als Betriebsausgabe an, was sie nicht waren. Aber steuerfrei waren sie damit.

200 Leute arbeiten bei Garski, mit Subunternehmen in Saudi-Arabien hängen aber rund 600 dran. Freitag war Betriebsversammlung. Im Januar wird alles auseinanderlaufen, sagte uns ein Mitglied des Betriebsrats. Viele werden schwer wieder Arbeit finden. Große Aktionen seien nicht drin. Sie verhandeln mit dem Konkursverwalter wegen eines Sozialplanes. Den Dezemberlohn hat noch keiner gesehen.

Obwohl die Berliner Bank gegen die Abtretung des zu erwartenden Konkursausfallgeldes einen Vorschuß versprochen hatte, ist sie tags darauf wieder abgerückt. „Die Schäfchen sind so ziemlich an uns vorbeigelaufen", sagte der Betriebsrat. Ein runde Million hat sich Garski pro Jahr entnommen. Seit März 1979 hat er sich für 30000 DM pro Tag einen Privatjet beschafft. Vorletzten Freitag noch hat sich Garskis Frau einen Gerichtstitel über 1,7 Mio. DM reservieren lassen. Um eine Million hat Garski den saudischen Vermittler einfach beschissen, weshalb er Saudi-Arabien schon früher gemieden hat. Ob da Riebenschläger und Lüder wirklich ganz ungesponsert geblieben sind?

Türkei will politische Flucht durch Paßgesetz verhindern

vip. Die Europa-Ausgabe der türkischen Tageszeitung Hürriyet vom 22. und 27.10.1980 hat gemeldet, daß die Türkei ein neues Paßgesetz vorbereitet. Eine Ministerialkonferenz hat folgende Beschlüsse gefaßt: Alle Pässe werden gegen fälschungssichere umgetauscht. Die Gültigkeitsdauer wird gbf. auf drei Monate verkürzt. Ausreisen darf nur, wer den Stempel erhält: „Gegen den Inhaber dieses Passes wurde keine politische Untersuchung eingeleitet." Mit Hilfe der BRD wird an den Grenzstellen eine EDV-Anlage installiert, durch die die Ausreise bestimmter Personen effektiver unterbunden werden kann. Personen, die der Beteiligung an anarchistischen Taten verdächtig sind, erhalten keinen Paß. Wer länger als drei Monate in einem Land Westeuropas bleiben will, erhält einen Paß nur gegen Vorlage einer konsularisch bestätigten Unterhaltsverpflichtung des Einladenden. Bereits jetzt kommen kaum noch türkische Flüchtlinge in der BRD an, da der Bundesgrenzschutz alle zurückschiebt, bei denen er den Verdacht auf Asylantragstellung hegt. Diese Arbeit sollen in Zukunft die türkischen Grenzbehörden selbst haben. Art. 16 GG kann dann unangetastet bleiben, weil politisch Verfolgte nicht mehr eintreffen.

Niedergelassene Ärzte fordern „Teilarbeitsunfähigkeit"

gkr. Der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV) forderte anläßlich seiner Bundeshauptversammlung in Köln die Verankerung einer „Teilarbeitsunfähigkeit" in der Reichsversicherungsordnung. Der NAV schlägt vor, der Arzt solle nach Kenntnis des Gesundheitszustandes des Patienten darüber entscheiden, ob er und wie lange er schon wieder arbeiten kann, ob er also „teilarbeitsfähig" ist. So ließe sich, spekuliert der NAV, Krankengeld sparen, denn der Kapitalist zahle ja für die geleistete Arbeit Lohn, der vom Krankengeld abgezogen werden müsse. Nach der Reichsversicherungsordnung in ihrer derzeit gültigen Fassung gibt es nur die Möglichkeiten, daß ein Arbeiter voll arbeitsfähig ist oder daß er voll arbeitsunfähig ist. In der Hauptsache handelt es sich bei dieser Regelung um einen Schutz für die Arbeiter davor, schon Schritt für Schritt in die Produktion gepreßt zu werden, wenn sie noch längst nicht gesund sind. Der NAV wandte sich eingedenk dieser Tatsache, daß die Lohnabhängigen insgesamt an einer solchen Regelung kein Interesse haben können, denn auch zunächst an den BDA, um mit ihm gemeinsam zu prüfen, ob eine Teilarbeitsunfähigkeit ohne Gesetzesänderung in den Manteltarifverträgen vereinbart werden könne.

NRW: SPD steckt bei Gesamtschule zurück

ulw. In der letzten Woche legte die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum weiteren Ausbau der Gesamtschule vor. Gegenüber einem früher vorgelegten Referentenentwurf enthält die Vorlage weitere Abstriche. Der DGB kritisiert an dem Entwurf vor allem, daß er faktisch die Gesamtschule gegenüber den anderen Schulformen benachteilige. Die Verpflichtung zur Erreichbarkeit auch anderer Schulformen bedeute eine Absage an Gesamtschulen in ländlichen Gebieten. Weiter sieht der Gesetzentwurf vor, daß neue Gesamtschulen nicht mehr als Ganztagsschulen eingerichtet werden. Dies widerspreche, so der DGB, elementar den besonderen Förderungsprinzipien der Gesamtschulen. Der DGB bleibe bei seiner Forderung, daß Gesamtschulen in der Regel Ganztagsschulen sein müssen. Für die Errichtung von Gesamtschulen sollen größere Schülerzahlen Vorbedingung sein als für die Einrichtung von Realschulen und Gymnasien. Die Maßnahme der Landesregierung verschärft die Widersprüche innerhalb der SPD. Die „Arbeitsgemeinschaft Bildungspolitik" der SPD hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen.

Das „Millionending"

woe. Bergkamen. Nach 3 ½ Jahren hat der Bundesgerichtshof am 12.12.80 die „Affäre Heil", das „Millionending", gerichtlich abgeschlossen. Am 12.3.77 hatten 72 Berkamen-Heiler Kohlekraftwerksgegner auf verwaltungsrechtliche Schritte gegen den Bau des neuen Kohlekraftwerks in Heil verzichtet und dafür von den Betreibern, STEAG AG (Tochtergesellschaft der RAG) 1,5 Mio. DM zugesagt bekommen. Außerdem muß die STEAG an die restlichen Heiler Bürger (ca. 600) 400000 DM und an die Stadt Bergkamen zur Verbesserung der Infrastruktur 640000 DM zahlen. Gefordert hatten das die Kraftwerksgegner, um denjenigen, die wegen des Kraftwerks Heil verlassen wollten, das auch durch die STEAG wenigstens teilweise zahlen zu lassen. Die STEAG wiederum wollte alles verhindern, was zu einer weiteren Verschiebung des Baus führen konnte.

Neue Bezugsbedingungen der Kommunistischen Volkszeitung

Die Zeitung erscheint weiterhin wöchentlich und wird in Zukunft 1 DM kosten, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren) – Laufende Abonnements bleiben bis zum Ablauf von der Preiserhöhung ausgeschlossen. Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Westberlin: Kämpfe um leerstehende Wohnungen

Tausende demonstrierten gegen die Räumung instandbesetzter Häuser

jüh/thb. Seit eineinhalb Wochen hetzt die bürgerliche Presse verstärkt gegen die Instandbesetzer in Westberlin. Anlaß sind mehrere Demonstrationen, an denen sich einige Tausend beteiligt hatten gegen die Räumung zweier instandbesetzter Häuser, für die Freilassung der dabei Inhaftierten sowie gegen die Kriminalisierung der Besetzer. Im Zeitraum zwischen Ende 1979 bis jetzt wurden über 250 leerstehende Wohnungen besetzt. Am Chamissoplatz in Kreuzberg konnte die Staatsmacht im Mai 1980 ein besetztes Haus gewaltsam räumen. Die teilweise erheblich zerstörten Häuser wurden von den Instandbesetzern wieder bewohnbar gemacht, Fenster eingesetzt, Fußböden eingezogen, z.T. auch komplizierte Arbeiten wie Dächer gedeckt und Ziehen von Hauptwasserleitungen und Stromleitungen. Die Instandbesetzer fordern gegenüber Wohnungsbaugesellschaften die Ersetzung der Kosten, die bei diesen Instandsetzungsarbeiten entstanden sind, Legalisierung der Besetzung und mietfreies Wohnen solange wie die Häuser leerstanden.

Sofort nach den ersten Besetzungen leitete der Staatsapparat eine Kriminalisierungskampagne gegen die Instandbesetzer ein. Strafverfahren wegen Hausfriedenbruch und widerrechtlicher Besetzung wurden eröffnet. Die bürgerliche Presse mußte zunächst angesichts der Lage auf dem Westberliner Wohnungsmarkt Verständnis heucheln, stieg aber schnell in die Auseinandersetzung mit der Argumentation ein, wenn diese Besetzungen auch verständlich seien, seien sie vor allem illegal und gegen das bürgerliche Recht und das Privateigentum der Wohnungsbaugesellschaften gerichtet.

Kriminalisierung dieser Bewegung, das bedeutet seit Monaten Tag- und Nachteinsätze der Polizei in Kreuzberg mit Mannschaftswagen, Überfälle auf und Inhaftierungen von Besetzern, denen vor den besetzten Häusern aufgelauert wird. Bei den verschiedenen größeren Polizeieinsätzen der letzten Monate, die Räumungen vorbereiten sollten, wurde mehrmals von Schußwaffen Gebrauch gemacht. Die bürgerliche Presse meldete jeweils an den darauffolgenden Tagen, daß seitens der Instandbesetzer Überfälle oder Schlägereien gegen Passanten vorgelegen hätten. Gleichzeitig wird versucht, die Instandbesetzer untereinander zu spalten. Polizeipräsident Hübner unterteilt sie öffentlich in Leute, „die wirklich eine Wohnung suchen und deshalb eine Wohnung besetzt hätten", diejenigen, die darüber Änderungen in der Sanierungspolitik des Senats durchsetzen wollen und drittens die „im Umfeld des Terrorismus befindlichen" Leute. Diese wollten nur den Häuserkampf, den Angriff auf den Rechts-

andersetzung mit der Argumentation ein, wenn diese Besetzungen auch verständlich seien, seien sie vor allem illegal und gegen das bürgerliche Recht und das Privateigentum der Wohnungsbaugesellschaften gerichtet.

Kriminalisierung dieser Bewegung, das bedeutet seit Monaten Tag- und Nachteinsätze der Polizei in Kreuzberg mit Mannschaftswagen, Überfälle auf und Inhaftierungen von Besetzern, denen vor den besetzten Häusern aufgelauert wird. Bei den verschiedenen größeren Polizeieinsätzen der letzten Monate, die Räumungen vorbereiten sollten, wurde mehrmals von Schußwaffen Gebrauch gemacht. Die bürgerliche Presse meldete jeweils an den darauffolgenden Tagen, daß seitens der Instandbesetzer Überfälle oder Schlägereien gegen Passanten vorgelegen hätten. Gleichzeitig wird versucht, die Instandbesetzer untereinander zu spalten. Polizeipräsident Hübner unterteilt sie öffentlich in Leute, „die wirklich eine Wohnung suchen und deshalb eine Wohnung besetzt hätten", diejenigen, die darüber Änderungen in der Sanierungspolitik des Senats durchsetzen wollen und drittens die „im Umfeld des Terrorismus befindlichen" Leute. Diese wollten nur den Häuserkampf, den Angriff auf den Rechts-

staat. Mit der letzten Gruppe meinte Hübner den Besetzerrat, den sich die Instandbesetzer geschaffen haben.

Am Freitag, 12.12., wird dann der Versuch, ein weiteres Haus in Kreuzberg zu besetzen, von Polizeitruppen verhindert. Die Polizeiführung ist darauf speziell vorbereitet: Sämtliche Zufahrten zu dem Haus werden gesperrt, mit Schlagstockeinsätzen kann die Polizei eine sofort organisierte Versammlung auflösen. Am Kottbusser Tor kommt es daraufhin zu größeren Menschenansammlungen, die die Polizei jeweils mit überfallartigen Stoßtrupps zu zerschlagen versucht. Willkürliche Festnahmen und brutale Polizeiüberfälle fordern die heftige Gegenwehr der Demonstranten heraus. Die Polizei muß ihrerseits Schläge einstecken, Scheiben der Commerzbank, Sparkasse, Berliner Bank gehen zu Bruch, ein Polizeiwagen wird umgekippt. Den in einigen Straßen stattfindenden Barrikadenbau kann die Polizei mit weiterer Verstärkung auflösen.

An einem Unterstützertreffen der Instandbesetzer am folgenden Sonnabend nehmen 250 teil. 57 Demonstranten wurden am Vortag festgenommen, 33 sollen dem Haftrichter vorgeführt werden. Die Versammlung stellt an Polizeipräsident Hübner ein Ultimatum, bis 20 Uhr die Festgenommenen freizulassen, andernfalls werden weitere Aktionen im gesamten Stadtgebiet folgen. Nachdem die Festgenommenen nicht freigelassen werden, demonstrieren in der Nacht am Kurfürstendamm mehr als 1000 für die Freilassung der Inhaftierten. Die Aktionen werden die Nacht über fortgesetzt. In vielen Stadtteilen zerbersten Scheiben von Bankfilialen und Einkaufszentren. Die Polizeiführung setzt Spezialeinheiten der Bereitschaftspolizei ein, die mit „Chemical Mace" und längeren Holzschlagstöcken ausgerüstet sind. Es kommt erneut zu Verhaftungen. Die bürgerliche Presse beginnt ein Sperrfeuer gegen die Bewegung. Der „blutige Terror der Straße" soll die Triebkräfte der Bewegung, Kampf gegen die Wohnungspolitik des Senats, Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Massen, überdecken. Hübner erklärt, man sei verhalten vorgegangen.

Montag, 15.12.80 versammeln sich am Breitscheidplatz 1 500, um den Forderungen „Sofortige Freilassung aller Inhaftierten" und „Aufhebung aller Haftbefehle" Nachdruck zu verleihen. Mit Spezialfahrzeugen mit Menschenräumgittern gelingt es der Polizeiführung, in der ersten Stunde immer wieder die Versammlung zu zersplittern. Um 19.45 Uhr setzt sich ein Demonstrationszug von 3000 Richtung Olivaerplatz den Kudamm entlang in Bewegung. Der Demonstration gelingt es, zweimal einen Teil des Kudamms rauf und runter zu demonstrieren. Die Polizeiführung zieht große Einheiten von Bereitschaftspolizei zusammen, riegelt den Citybereich hermetisch ab. Es kommt zu willkürlichen Festnahmen, Demonstranten und Passanten werden zusammengeschlagen, überfallmäßige Verhaftungen vorgenommen. 200 Demonstranten werden schwer verletzt. Die Versammlung wehrt sich mit Steinen. Panik entsteht, als Provokateure auch Steine in die Versammlung werfen. Die Polizei verhindert den Abtransport von Schwerverletzten über eine halbe Stunde.

Anläßlich dieser Auseinandersetzungen gibt es seitens der bürgerlichen Presse sowie der bürgerlichen Parteien Angriffe auf den Senat wegen seiner Stadtsanierungspolitik. Einig sind sie sich allerdings in der Unterstützung der Polizeiüberfälle und der Verurteilung und Kriminalisierung der Instandbesetzer. Das „Spandauer Volksblatt" schreibt am 16.12. in einem mit „Vandalismus statt Politik" überschriebenen Kommentar u. a.: „Der militante Teil der Hausbesetzer am Kreuzberg und deren Sympathisanten haben erreicht, was seit Monaten in ihrem Programm steht: die Straßenschlacht mit der Polizei. Die Provokation war für die Polizei vorhersehbar, aber der 'Zusammenstoß' unausweichlich auf Dauer."

Um was geht es bei den Instandbesetzungen? Ein Instandbesetzer sagte dazu in einem Interview: „Der Hauptausgangspunkt war eben gewesen, daß Tausende von Wohnungen leerstehen und zu wenig Wohnungen da sind. Die andere Sache ist, daß wir in dieser Hausbesetzung eine politische Aktion sehen, um zusammen politisch zu arbeiten und gemeinsam zu leben. Wir

fen. Die Polizei verhindert den Abtransport von Schwerverletzten über eine halbe Stunde.

Anläßlich dieser Auseinandersetzungen gibt es seitens der bürgerlichen Presse sowie der bürgerlichen Parteien Angriffe auf den Senat wegen seiner Stadtsanierungspolitik. Einig sind sie sich allerdings in der Unterstützung der Polizeiüberfälle und der Verurteilung und Kriminalisierung der Instandbesetzer. Das „Spandauer Volksblatt" schreibt am 16.12. in einem mit „Vandalismus statt Politik" überschriebenen Kommentar u. a.: „Der militante Teil der Hausbesetzer am Kreuzberg und deren Sympathisanten haben erreicht, was seit Monaten in ihrem Programm steht: die Straßenschlacht mit der Polizei. Die Provokation war für die Polizei vorhersehbar, aber der 'Zusammenstoß' unausweichlich auf Dauer."

Um was geht es bei den Instandbesetzungen? Ein Instandbesetzer sagte dazu in einem Interview: „Der Hauptausgangspunkt war eben gewesen, daß Tausende von Wohnungen leerstehen und zu wenig Wohnungen da sind. Die andere Sache ist, daß wir in dieser Hausbesetzung eine politische Aktion sehen, um zusammen politisch zu arbeiten und gemeinsam zu leben. Wir

verstehen die Hausbesetzung überhaupt als einen Schritt, gegen die Sanierungspolitik, gegen den Kahlschlag. In so'nem Neubau kann man ja überhaupt die Mieten nicht mehr bezahlen, beziehungsweise man wird überhaupt erst nicht reingelassen ... Mit der Sanierungspolitik geht es ein geplantes Verkommenlassen ganzer Viertel. Jetzt ist mit der Sanierung ein Punkt erreicht worden, wo Tausende betroffen sind."

Seit Mitte der sechziger Jahre hat der Westberliner Senat verschiedene Sanierungsprogramme beschlossen und durchgeführt. Gemeinsam ist allen, daß die Hauskapitalisten in den vom Senat festgelegten Sanierungsgebieten unter anderem die Kosten für Freimachung und Abriß von Häusern sowie Nebenkosten für Grundstückserwerb usw. aus Steuergeldern gezahlt werden. Verbunden waren diese Sanierungskonzepte anfangs vor allem in den Bezirken Wedding und Kreuzberg damit, daß ganze Stadtviertel entmietet und dann abgerissen wurden. Die ursprünglichen Mieter wurden dann aus diesen innerstädtischen Gebieten in Stadtrandsiedlungen mit teureren Mieten und langen Anfahrtswegen, teilweise fast ohne öffentliche Verkehrsmittel „umgesetzt".

Von Anfang an hat es gegen diese Art Sanierung wegen der Folgen für die Betroffenen Kämpfe gegeben, so daß der Senat verschiedene Spaltungsmittel einsetzen mußte. So mußten die Sanierungsträger Mieterbeiräte bilden, um die Mieter an der Planung zu beteiligen, in der Hoffnung, so den Widerstand zu zersplittern über die verschiedensten Sanierungsmodelle. Weiter mußte der Senat abgehen von der ursprünglichen Flächensanierung und plant heute „Entkernung", also Abriß von Hinterhäusern und Modernisierung von Vorderhäusern, in der Hoffnung, daß er so nicht alle Mieter gleich trifft und so den Widerstand ebenfalls zersplittern kann. Geglückt ist ihm dies allerdings nicht. Schließlich dienen alle diese Modelle ja auch nicht den Mietern, sondern ausschließlich den Profitinteressen der Hausbesitzer und dabei wieder vor allem den Wohnungsbaugesellschaften und den mit ihnen verbundenen Banken. Für die Mieter bleibt lediglich der Umzug oder eine „modernisierte" Wohnung mit drastisch erhöhter Miete. Deshalb sind sich auch die verschiedenen Westberliner Mieterinitiativen weitgehend einig, daß sie auch diese Form der Modernisierung ablehnen.

Ist es für einen Hausbesitzer gut, sein Haus leer stehen zu lassen, so nur weil er darauf spekulieren kann, daß er bei entsprechendem Verfall mit Senatszuschüssen neu bauen kann bzw. modernisieren kann und mit den dann höheren Mieteinnahmen auch wieder höhere Profite einstreichen kann. Das ist auch mit ein Grund für die neueren Sanierungspläne mit „Entkernung", die sich auf Häuser in besser erhaltenen Wohngegenden beziehen, wo ein Totalabriß für den Hausbesitzer nicht unbedingt besser ist als eine Modernisierung nach teilweisem Abriß. Die in Westberlin rund 10000 leerstehenden Wohnungen befinden sich denn auch im wesentlichen in Sanierungsgebieten oder Sanierungserwartungsgebieten, in letzteren hoffen die Hausbesitzer, daß nur bei entsprechender Verwahrlosung ihres Besitzes das Gebiet zum Sanierungsgebiet erklärt wird. Zu den Interessen an Verrottung der Häuser in den bereits festgelegten Sanierungsgebieten heißt es in einem vom Westberliner Senat in Auftrag gegebenen Gutachten: „Ein Interesse des Trägers an unzureichender Instandsetzung besteht eher aus der Sicht der Freimachung. Es wird von Vertretern der DEGEWO durchaus zugestanden, daß im SWB (Sanierung Wedding Brunnenstraße) zu wenig für die Pflege von Altbauten getan worden sei, andererseits wird aber zu bedenken gegeben, daß „zu gute" Instandhaltung den „Bleibewunsch" der Bewohner bestärke und die Freimachung dadurch stark erschwert würde."

Dieses Vorgehen der Wohnungsbaugesellschaften und die entsprechende Politik des Senats sind bei der Westberliner Bevölkerung verhaßt. Deshalb haben die Instandbesetzer die Unterstützung der Mieterinitiativen und breiter Teile der Bevölkerung. Deshalb ist es auch nach den Auseinandersetzungen um die geräumten Häuser in der vergangenen Woche trotz der Pressehetze nicht gelungen, die Instandbesetzer politisch zu isolieren, wenngleich die Spaltungsversuche wirken, insbesondere die, die über die Debatte um die Form der Auseinandersetzungen, ob „gewaltfrei" oder nicht, von den Inhalten dieses Kampfes gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats ablenken. Unter anderem verabschiedete die Landesvertreterversammlung der GEW am 17.12.80 eine Resolution gegen den Polizeiterror und für Unterstützung der Ziele der Instandbesetzer. Als nächstes findet jetzt am 20.12. eine Demonstration gegen die Räumung sowie für die Freilassung aller dabei Verhafteten statt.





Demonstration am Montag, 15.12., auf dem Kurfürstendamm. Für die Demonstration am 20.12. haben aufgerufen bzw. unterstützen sie: der Besetzerrat, Mieterinitiativen, AStA FU, Alternative Liste, KBW, ADS TU.

Mietwucher, Bauspekulation und Grundrente

Der Arbeiter ist dem Grundbesitzer ausgeliefert, der seinen Tribut fordert

frb. Zu ähnlichen Auseinandersetzun- Anteil zu kürzen. Steigt der Reallohn, der Verzinsung, die er erhalten würde,

oder Sanierungserwartungsgebieten, in letzteren hoffen die Hausbesitzer, daß nur bei entsprechender Verwahrlosung ihres Besitzes das Gebiet zum Sanierungsgebiet erklärt wird. Zu den Interessen an Verrottung der Häuser in den bereits festgelegten Sanierungsgebieten heißt es in einem vom Westberliner Senat in Auftrag gegebenen Gutachten: „Ein Interesse des Trägers an unzureichender Instandsetzung besteht eher aus der Sicht der Freimachung. Es wird von Vertretern der DEGEWO durchaus zugestanden, daß im SWB (Sanierung Wedding Brunnenstraße) zu wenig für die Pflege von Altbauten getan worden sei, andererseits wird aber zu bedenken gegeben, daß „zu gute" Instandhaltung den „Bleibewunsch" der Bewohner bestärke und die Freimachung dadurch stark erschwert würde."

Dieses Vorgehen der Wohnungsbau-

Demonstration am Montag, 15.12., auf dem Kurfürstendamm. Für die Demonstration am 20.12. haben aufgerufen bzw. unterstützen sie: der Besetzerrat, Mieterinitiativen, AStA FU, Alternative Liste, KBW, ADS TU.

gesellschaften und die entsprechende Politik des Senats sind bei der Westberliner Bevölkerung verhaßt. Deshalb haben die Instandbesetzer die Unterstützung der Mieterinitiativen und breiter Teile der Bevölkerung. Deshalb ist es auch nach den Auseinandersetzungen um die geräumten Häuser in der vergangenen Woche trotz der Pressehetze nicht gelungen, die Instandbesetzer politisch zu isolieren, wenngleich die Spaltungsversuche wirken, insbesondere die, die über die Debatte um

die Form der Auseinandersetzungen, ob „gewaltfrei" oder nicht, von den Inhalten dieses Kampfes gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats ablenken. Unter anderem verabschiedete die Landesvertreterversammlung der GEW am 17.12.80 eine Resolution gegen den Polizeiterror und für Unterstützung der Ziele der Instandbesetzer. Als nächstes findet jetzt am 20.12. eine Demonstration gegen die Räumung sowie für die Freilassung aller dabei Verhafteten statt.

Mietwucher, Bauspekulation und Grundrente

Der Arbeiter ist dem Grundbesitzer ausgeliefert, der seinen Tribut fordert

frb. Zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie gegenwärtig in Westberlin kam es in der letzten Zeit in mehreren Städten. Entweder sollten bewohnte Wohnhäuser zugunsten von Büroanlagen, Bankpalästen oder Schnellstraßen weichen, oder die Staatsmacht räumt zuvor leerstehende, dann besetzte Häuser. Verteidigt wird das Recht des Grund- und Hauseigentümers, über sein Eigentum in grenzenloser Freiheit zu verfügen – nur gehemmt durch die Konkurrenz der Miteigentümer und einige Gesetze, die dehnbar wie Gummi sind, wo sie den Besitzlosen schützen sollen, und die ansonsten das Gesamtinteresse der besitzenden Klasse gegenüber einzelnen Grundbesitzern durchsetzen. Wenn wie in jenen Kämpfen die Allmacht des Eigentums in Gefahr kommt, und sei es bloß, weil ein aus Spekulationsgründen leerstehendes Haus besetzt und hergerichtet wird, so wird der Polizeiknüppel zum entscheidenden Argument der bürgerlichen Eigentumsapostel. Aller Weihrauch löst sich dann auf.

Wohnungsnot und Mieten steigen gleichermaßen. Daß rund eine Million Wohnungen fehlen, hat konkrete Gründe, vor allem in der staatlichen Wohnungspolitik, die durch eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Wohnungseigentums Hunderttausende von Mietwohnungen ihrer bisherigen Nutzung entzogen und ausreichenden Neubau verhindert hat. Daß die Mieten zu einem neuen Sprung ansetzen, liegt einmal an den wegen höheren Zinsen gestiegenen Finanzierungskosten, zum andern an den in der öffentlichen Förderung eingebauten vierjährigen Mietsprüngen. Letztere wurden mit dem Hintergedanken erfunden, auch einen steigenden Reallohn per Miete um mindestens einen gleichbleibenden Anteil zu kürzen. Steigt der Reallohn, was ja heißt, daß sich der Lohn in eine größere Masse Reproduktionsmittel tauscht, so sollte man annehmen, daß entweder ein geringerer Anteil des Lohnes für Miete beansprucht wird oder die Wohnungen der Größe oder Qualität nach zunehmen. Um solches zu verhindern oder wenigstens geringzuhalten, haben die Wohnungsbaupolitiker in ihre öffentlichen Zuschüsse zum Sozialen Wohnungsbau eine mehrmalige sprunghafte Erhöhung der Finanzierungskosten, die entsprechenden Mieterhöhung nach sich zieht, eingebaut.

Dies alles muß im einzelnen weiter untersucht und kritisiert werden. Die Untersuchung wird aber begriffslos und die Kritik ziellos, wenn nicht die grundlegenden ökonomischen Gesetze erforscht und dargestellt werden, die hier wirken. Dazu muß erneut aufgearbeitet werden, was in der Arbeiterbewegung längst als gesicherte Erkenntnis verbreitet war; z.B. was Marx, Lenin oder der marxistische Kautsky über die Grundrente – bezogen auf die Landwirtschaft – geschrieben haben.

Die Wohnungsmiete errechnet sich aus den Baukosten. Für den öffentlich geförderten Wohnungsbau gibt die amtliche Statistik Durchschnittszahlen. Danach wurden 1979 beim Bau von Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen aufgewendet: 8,4% der Gesamtkosten für das Baugrundstück, 2,2% für die Erschließung, 71,1% für das Bauwerk, 4,6% für die Außenanlagen, 13,7% für Baunebenkosten und sonstige Kosten.

Diese Kosten geben an, welches Kapital der Bauherr verausgabt hat; und für dieses Kapital verlangt er mit der Miete eine Verzinsung entsprechend der Verzinsung, die er erhalten würde, wenn er sein Kapital woanders anlegen würde. Tatsächlich aber verbirgt sich in der Miete Verschiedenes. Erstens die Grundrente, zweitens die Verzinsung des in diesen Boden fixierten Kapitals.

Von einer genaueren Untersuchung abgesehen, mache die Grundrente 8,4% der Miete aus. Weiterhin aber ist die unterschiedlich hohe Grundrente je nach Lage entscheidend für die Mietunterschiede. Der Mieter muß dabei mit den Kapitalien konkurrieren. Eine gute Lage verleiht dem Geschäftsmann, der Bank usw. einen Vorteil, der sich bei ihm als Extraprofit niederschlägt. Dieser Extraprofit, der ausschließlich aus der Lage des Grundstücks rührt, zieht der Grundbesitzer als (Differential-)Rente an sich. Es ist klar, daß er keine Wohnung vermietet, ehe der Lohnabhängige nicht fürs Wohnen zahlt, was ihm der Kapitalist für entsprechende Lage zahlt. Außerdem haben auch die Wohnungsgrundstücke bessere und schlechtere Lage. Alle ökonomischen Vorteile gegenüber der schlechtesten Lage sahnt der Grundbesitzer ab, und schließlich verlangt auch der Grundbesitzer mit der schlechtesten Lage noch Rente für die Benutzung seines Bodens überhaupt (absolute Rente).

Bei den Baukosten tritt die Grundrente im Bodenpreis auf, der nichts als kapitalisierte Grundrente ist. 1978 kostete ein m² baureifes Land im Schnitt in Gemeinden unter 20000 Einwohner 31 DM, in Städten mit über 500000 Einwohnern 201 DM, wobei Stuttgart und München mit 400 DM die Spitze halten. Erst daran sieht man, wie sehr die Grundbesitzer absahnen und wieviel immer neue Spekulationen gewagt werden.

Waffenstillstand im Tschad kommt Intervention Frankreichs zuvor

vol. Der Sieg der Truppen der Übergangsregierung der nationalen Einheit unter Präsident Oueddei (auch Weddei geschrieben) über die Streitkräfte der FAN („Streitkräfte des Nordens") unter H. Habré in der Hauptstadt des Tschad, N'Djamena, hat Habré gezwungen, am 17.12. das von der OAU vorgeschlagene Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Damit ist der Krieg zwischen FAN und Übergangsregierung zum ersten Mal seit dem März 1980 unterbrochen, vielleicht beendet. Die Übergangsregierung hatte dieses Abkommen schon am 28.11. unterzeichnet. Das Waffenstillstandsabkommen sieht vor, daß 100 km um die Hauptstadt N'Djamena keine Truppen stationiert werden dürfen, eine Friedenstruppe der OAU (Benin, Kongo, Togo und Guinea) nach N'Djamena geschickt wird und der Frieden im Tschad durch ein Komitee der OAU, bestehend aus den gleichen vier Staaten, überwacht wird.

Für den 23. Dezember hat der Präsident des Kamerun eine Konferenz der OAU über den Frieden im Tschad angekündigt, auf der alle 11 politischen Organisationen des Tschad mit Unterstützung der OAU beraten sollen, wie die Einmischung der Imperialisten im Tschad beendet werden kann und das Land an die Aufbauaufgaben herangehen kann. Dies ist der zweite Versuch der OAU, die bewaffneten Auseinandersetzungen im Tschad zu beenden. Am 21. August 1979 hatten die 11 Organisationen das Abkommen von Lagos unterzeichnet, die Übergangsregierung der nationalen Einheit mit G. Oueddei als Präsident und H. Habré als Verteidigungsminister gebildet. So konnte erreicht werden, daß Frankreich die Truppen seiner dritten Intervention im Tschad seit der Unabhängigkeit 1960 abziehen mußte.

Noch vor dem Abschluß des vollständigen Abzugs der französischen Truppen begannen im März 1980 erneut die bewaffneten Kämpfe, diesmal zwischen der FAN von Habré und der Übergangsregierung. Habré erklärte den Bruch mit der Anerkennung eines Grenzziehungsvertrages mit Libyen durch die Übergangsregierung. Dieser Vertrag ist 1972 zwischen Libyen und dem damaligen Präsidenten des Tschad Tombalbaye geschlossen worden und spricht den Aouzou-Streifen im Norden des Tschad Libyen zu. Im Aouzou-Streifen wird Uran vermutet.

Auch jetzt ist der Sieg der Übergangsregierung einer Intervention Frankreichs kurz zuvorgekommen. Im Dezember verlegte Frankreich Jagdflugzeuge in den Gabun, und es begannen größere Truppenbewegungen von Djibouti und dem Senegal aus. Habré hatte seit dem Abschluß eines Vertrags zwischen der Übergangsregierung und Libyen immer direkter zu einer solchen

hen kann. Dies ist der zweite Versuch der OAU, die bewaffneten Auseinandersetzungen im Tschad zu beenden. Am 21. August 1979 hatten die 11 Organisationen das Abkommen von Lagos unterzeichnet, die Übergangsregierung der nationalen Einheit mit G. Oueddei als Präsident und H. Habré als Verteidigungsminister gebildet. So konnte erreicht werden, daß Frankreich die Truppen seiner dritten Intervention im Tschad seit der Unabhängigkeit 1960 abziehen mußte.

Noch vor dem Abschluß des vollständigen Abzugs der französischen Truppen begannen im März 1980 erneut die bewaffneten Kämpfe, diesmal zwischen der FAN von Habré und der Übergangsregierung. Habré erklärte den Bruch mit der Anerkennung eines Grenzziehungsvertrages mit Libyen durch die Übergangsregierung. Dieser Vertrag ist 1972 zwischen Libyen und dem damaligen Präsidenten des Tschad Tombalbaye geschlossen worden und spricht den Aouzou-Streifen im Norden des Tschad Libyen zu. Im Aouzou-Streifen wird Uran vermutet.

Auch jetzt ist der Sieg der Übergangsregierung einer Intervention Frankreichs kurz zuvorgekommen. Im Dezember verlegte Frankreich Jagdflugzeuge in den Gabun, und es begannen größere Truppenbewegungen von Djibouti und dem Senegal aus. Habré hatte seit dem Abschluß eines Vertrags zwischen der Übergangsregierung und Libyen immer direkter zu einer solchen
Intervention Frankreichs aufgerufen.

Frankreich beherrscht durch die Cotonchad die gesamte Baumwollproduktion des Tschad. Der Profit der Cotonchad von 17 Mrd. Tschad-Francs entspricht dem Staatshaushalt. Auch die anderen Industrien und der größte Teil der Agrarproduktion sind unter vorwiegend französischer Kontrolle. Ölfunde der Continental Oil (Shell, Exxon, Chevron) und größere Mineralvorkommen (Uran, Wolfram, Gold) haben das Interesse Frankreichs und zunehmend auch der US-Supermacht an einem abhängigen Tschad wachgehalten.

Für die weitere Entwicklung hoffen die französischen Imperialisten auf eine erneute Spaltung der politischen Organisationen des Tschad. Habré hat angekündigt, den Kampf gegen die Übergangsregierung und die von ihm behauptete libysche Intervention als Guerillakrieg fortzusetzen.



Daß libysche Truppen im Tschad auf der Seite der Übergangsregierung eingegriffen haben, hat die USA und die Presse in Westeuropa, gestützt auf Untersuchungen des Pentagon, behauptet. Der Einsatz von Panzern und einem Bomber in den letzten Kämpfen um N'Djamena sowie der Ausbau eines Flughafens nördlich von N'Djamena durch Libyer wird ebenfalls als ein Beweis herangezogen. Bekannt ist, daß Libyens Staatschef Ghaddafi sich zum Ziel gesetzt hat, eine einheitliche saharauische Republik zu schaffen, die von Libyen angeführt wird. Im Juni hatte die Übergangsregierung mit Libyen einen Vertrag über militärische, technische und humanitäre Hilfe abgeschlossen. Die Übergangsregierung wie auch Libyen haben Waffenlieferungen, die Unterstützung durch Militär- und andere Berater sowie humanitäre Hilfe gemeldet, der Präsenz libyscher Truppen aber widersprochen. Aufgrund der engen Verbindungen Libyens mit der



Daß libysche Truppen im Tschad auf der Seite der Übergangsregierung eingegriffen haben, hat die USA und die Presse in Westeuropa, gestützt auf Untersuchungen des Pentagon, behauptet. Der Einsatz von Panzern und einem Bomber in den letzten Kämpfen um N'Djamena sowie der Ausbau eines Flughafens nördlich von N'Djamena durch Libyer wird ebenfalls als ein Beweis herangezogen. Bekannt ist, daß Libyens Staatschef Ghaddafi sich zum Ziel gesetzt hat, eine einheitliche saharauische Republik zu schaffen, die von Libyen angeführt wird. Im Juni hatte die Übergangsregierung mit Libyen einen Vertrag über militärische, technische und humanitäre Hilfe abgeschlossen. Die Übergangsregierung wie auch Libyen haben Waffenlieferungen, die Unterstützung durch Militär- und andere Berater sowie humanitäre Hilfe gemeldet, der Präsenz libyscher Truppen aber widersprochen. Aufgrund der engen Verbindungen Libyens mit der
Sowjetunion befürchten die Nachbarstaaten des Tschad eine Verstärkung der imperialistischen Einmischungen in Zentralafrika.

Der Präsident des Komitees der OAU für den Tschad und Staatspräsident von Togo Eyadema hat alle Staaten dazu aufgerufen, den Friedensprozeß im Tschad seinen normalen Weg gehen zu lassen.

24. Kongreß des Ungarischen Gewerkschaftsbundes: Kompromisse statt offenem Klassenkampf

krk. Der Reporter der „Tagesthemen" im ZDF will einen jungen ungarischen Vertrauensmann, vermutlich der Ganz-Mávag Waggonwerke in Budapest zu den „Ereignissen in Polen" befragen. Flink wie ein Wiesel ist ein kleiner rundlicher Parteifunktionär zur Stelle, drängt sich vor den Vertrauensmann und befragt den Reporter etwas gereizt: „Was wollen Sie denn genau wissen?" Der Reporter wiederholt die Frage, und nun wendet sich der Parteifunktionär an den Vertrauensmann und erteilt ihm die Weisung: „Sag ihm, die sollen arbeiten gehen." Jetzt kann das Interview beginnen: wie ausgerichtet, erklärt der Vertrauensmann mit etwas gewählteren Worten, daß mit den unsinnigen Streiks sich die polnische Arbeiterklasse nur selber Schaden zufügen würde und es sei wirklich das Wichtigste, daß sie endlich arbeiten gehen. Die ganze Zeit steht der Parteisekretär hinter ihm. Gewerkschaftsleben in Ungarn, life.



Das Interview der „Tagesthemen" entstand anläßlich des 24. Kongresses des Ungarischen Gewerkschaftsbundes. Von vornherein stand der Kongreß unter starkem Druck durch die Bildung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność in Polen. So befaßte sich der Vorsitzende, Gáspár Sándor in seinem einleitenden Referat ausschließlich mit der Frage: braucht man in Ungarn unabhängige Gewerkschaften – besser gesagt, weshalb braucht man sie in Ungarn unter keinen Umständen. Da die Rede eine gewisse Wendung in der Taktik der Partei der Arbeiterklasse und den Volksmassen gegenüber erkennen läßt, soll sie hier ausführlich referiert werden.

Als erstes befaßt sich Gáspár mit der Frage des Verhältnisses von Staat und Partei zu den Gewerkschaften. „Unserer Ansicht nach verfügt die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn über politische und juristische Möglichkeiten sowie Möglichkeiten in der Arbeiterbewegung, die es ihr erlauben, den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden ..." Die Partei leitet alles, aber über die Gewerkschaften sollen die Werktätigen die Möglichkeit haben, sich zur Tätigkeit der Partei zu äußern. Dies sei auch für die Partei wichtig, um zu erfahren, was bei der Basis los ist. Der Fehler, den man vor 1956 begangen habe, sei gerade gewesen, daß dieses Ventil der Unmutsäußerung abgeschafft wurde.

Es soll und muß möglich sein, über verschiedene Fragen Debatten führen zu können, allerdings dürfen die Debatten die Substanz nicht angreifen. „Viele meinen, es sei unverständlich, daß die sozialistischen Gewerkschaften mit dem Staat zusammenarbeiten. Leute dieser Auffassung fordern die Unabhängigkeit der Gewerkschaften." Also doch. Aber in dieser Frage wird die Basis streng zurückgewiesen: das

schließlich mit der Frage: braucht man in Ungarn unabhängige Gewerkschaften – besser gesagt, weshalb braucht man sie in Ungarn unter keinen Umständen. Da die Rede eine gewisse Wendung in der Taktik der Partei der Arbeiterklasse und den Volksmassen gegenüber erkennen läßt, soll sie hier ausführlich referiert werden.

Als erstes befaßt sich Gáspár mit der Frage des Verhältnisses von Staat und Partei zu den Gewerkschaften. „Unserer Ansicht nach verfügt die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn über politische und juristische Möglichkeiten sowie Möglichkeiten in der Arbeiterbewegung, die es ihr erlauben, den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden ..." Die Partei leitet alles, aber über die Gewerkschaften sollen die Werktätigen die Möglichkeit haben, sich zur Tätigkeit der Partei zu äußern. Dies sei auch für die Partei wichtig, um zu erfahren, was bei der Basis los ist. Der Fehler, den man vor 1956 begangen habe, sei gerade gewesen, daß dieses Ventil der Unmutsäußerung abgeschafft wurde.

Es soll und muß möglich sein, über verschiedene Fragen Debatten führen zu können, allerdings dürfen die Debatten die Substanz nicht angreifen. „Viele meinen, es sei unverständlich, daß die sozialistischen Gewerkschaften mit dem Staat zusammenarbeiten. Leute dieser Auffassung fordern die Unabhängigkeit der Gewerkschaften." Also doch. Aber in dieser Frage wird die Basis streng zurückgewiesen: das
war einmal, im Kapitalismus so, aber unmöglich im sozialistischen Ungarn. „Die Gewerkschaft kann keinen unversöhnlichen, keinen unbedingt oppositionellen Standpunkt einnehmen. Damit würde sie sich gegen ihre eigene Klassenbasis wenden. Sie würde damit aufhören, der Klasse zu dienen, die sie zustandegebracht hat und aufrechterhält. Deswegen kann auch der Streik kein Mittel des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft sein." (Dies ist nebenbei das einzige Zitat, das die Redaktion der „Tribüne", Organ des FDGB der DDR, aus der Rede Gáspárs des Abdruckens würdig befunden hat) Es sei daher Selbständigkeit und nicht Unabhängigkeit, was die sozialistischen Gewerkschaften bräuchten, und diese Selbständigkeit hätten sie auch in Ungarn.

„In den Alltagsfragen des sozialistischen Aufbaus müsse die Freiheit der Meinungsäußerung und der Aktion gewahrt bleiben ... Der moralische Wert der Arbeitermacht erblaßt für den Werktätigen, den Bürger, wenn seine Angelegenheiten nicht menschlich, unseren Prinzipien entsprechend erledigt werden ... Die gewerkschaftliche Interessenverteidigung auf dem Arbeitsplatz – im täglichen Sinne genommen – muß sich grundlegend auf die Individuen beziehen, hauptsächlich in den Fragen des Lohnes, der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes." Also bekommt der Vertrauensmann die kleine Freiheit, wegen des Lohnes von Kovács oder Szabó auf den Tisch hauen zu dürfen, aber ein Tarif- und Streikrecht, das den Lohn der ganzen *Klasse* sichern könnte, wird es nicht geben.

Gáspár bietet in seiner Rede die Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Demokratie an. Ginge es wirklich um demokratische Vertretungsrechte der Belegschaften über gewählte Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, so wäre das bestimmt ein großer Fortschritt. Die von Gáspár versprochene Demokratie soll sich stattdessen in von Partei und Betriebsleitung einverleibten oder ihrer unmittelbaren Kontrolle unterliegenden Körperschaften abspielen. Die Reportage der „Tagesthemen" zeigt, wie so eine Demokratie funktioniert. Oder: auf dem Gewerkschaftstag waren nicht nur zahlreiche Abteilungsleiter anwesend, sondern auch Kader

„In den Alltagsfragen des sozialistischen Aufbaus müsse die Freiheit der Meinungsäußerung und der Aktion gewahrt bleiben ... Der moralische Wert der Arbeitermacht erblaßt für den Werktätigen, den Bürger, wenn seine Angelegenheiten nicht menschlich, unseren Prinzipien entsprechend erledigt werden ... Die gewerkschaftliche Interessenverteidigung auf dem Arbeitsplatz – im täglichen Sinne genommen – muß sich grundlegend auf die Individuen beziehen, hauptsächlich in den Fragen des Lohnes, der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes." Also bekommt der Vertrauensmann die kleine Freiheit, wegen des Lohnes von Kovács oder Szabó auf den Tisch hauen zu dürfen, aber ein Tarif- und Streikrecht, das den Lohn der ganzen *Klasse* sichern könnte, wird es nicht geben.

Gáspár bietet in seiner Rede die Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Demokratie an. Ginge es wirklich um demokratische Vertretungsrechte der Belegschaften über gewählte Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, so wäre das bestimmt ein großer Fortschritt. Die von Gáspár versprochene Demokratie soll sich stattdessen in von Partei und Betriebsleitung einverleibten oder ihrer unmittelbaren Kontrolle unterliegenden Körperschaften abspielen. Die Reportage der „Tagesthemen" zeigt, wie so eine Demokratie funktioniert. Oder: auf dem Gewerkschaftstag waren nicht nur zahlreiche Abteilungsleiter anwesend, sondern auch Kader
vom Kaliber des Generaldirektors der ungarischen Staatseisenbahn. Trotz alledem hat man den Eindruck, daß die Kämpfe der polnischen Arbeiter und eine gewisse Unruhe im Lande zumindest soviel bewirkt haben, daß in Zukunft eine etwas offenere Debatte erlaubt sein wird. Was sich bisher schon in den Betrieben abgespielt hat, ist schwer einzuschätzen. Es gibt Gerüchte, daß es in den Rába-Werken in Györ (die sich in letzter Zeit zur führenden Kraft im Kampf um Arbeiterrechte zu entwickeln scheint) Forderungen nach freien Gewerkschaften gegeben haben soll. Ein Vertrauensmann der Lenin-Hütte in Diósgyör berichtet, daß er die Reaktion seiner Kollegen nie vergessen wird, die erfolgte, als er die von der Betriebsleitung ihm vorgelegte Lohnliste ohne ein Wort des Widerstandes unterschrieben hatte. Diese einzelbetrieblichen Scharmützel scheinen gegenwärtig die Hauptformen der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu sein, aber die Bourgeoisie befürchtet Größeres. Ein Ausdruck dafür ist, wie schon berichtet, daß die Investitionsrate zugunsten der Konsumtionsfonds im kommenden Fünfjahrplan gesenkt wird. Für die Periode dieses Fünfjahrplans fordert die Gewerkschaft: Anhebung der Reallöhne (der Plan verspricht das nur für den Fall der Verbesserung der Wirtschaftslage), der Gesundheitsversorgung und der Lage im Schulwesen. Das *sind* die brennendsten Probleme der Volksmassen. Was die Gewerkschaft zur Lösung dieser Probleme vorhat, ist, gewisse Zugeständnisse herbeizuführen, damit die Unzufriedenheit nicht offen ausbricht. Gáspár: „... bei der Interessenvertretung der Gewerkschaften rückt die Erfassung der Interessen und ihre Befriedigung durch sinnvolle Kompromisse in den Vordergrund. Natürlich hat diese Arbeit keine so spektakulären Formen, wie die Tätigkeit der Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern."

Ein solcher Kompromiß ist die Stellungnahme zu Polen: man wolle sich da nicht einmischen, die Analyse der Lage sei die Aufgabe der Polen selbst. Ansonsten seien die Ereignisse „bedauerlich". In Ungarn spricht die offizielle Parteisprache immer von den „bedauerlichen Ereignissen von 1956". Die über die Wortwahl hinten-

schrieben hatte. Diese einzelbetrieblichen Scharmützel scheinen gegenwärtig die Hauptformen der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu sein, aber die Bourgeoisie befürchtet Größeres. Ein Ausdruck dafür ist, wie schon berichtet, daß die Investitionsrate zugunsten der Konsumtionsfonds im kommenden Fünfjahrplan gesenkt wird. Für die Periode dieses Fünfjahrplans fordert die Gewerkschaft: Anhebung der Reallöhne (der Plan verspricht das nur für den Fall der Verbesserung der Wirtschaftslage), der Gesundheitsversorgung und der Lage im Schulwesen. Das *sind* die brennendsten Probleme der Volksmassen. Was die Gewerkschaft zur Lösung dieser Probleme vorhat, ist, gewisse Zugeständnisse herbeizuführen, damit die Unzufriedenheit nicht offen ausbricht. Gáspár: „... bei der Interessenvertretung der Gewerkschaften rückt die Erfassung der Interessen und ihre Befriedigung durch sinnvolle Kompromisse in den Vordergrund. Natürlich hat diese Arbeit keine so spektakulären Formen, wie die Tätigkeit der Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern."

Ein solcher Kompromiß ist die Stellungnahme zu Polen: man wolle sich da nicht einmischen, die Analyse der Lage sei die Aufgabe der Polen selbst. Ansonsten seien die Ereignisse „bedauerlich". In Ungarn spricht die offizielle Parteisprache immer von den „bedauerlichen Ereignissen von 1956". Die über die Wortwahl hinten-
herum hergestellte Parallele läßt nichts Gutes ahnen. Mit den gebotenen „Kompromissen" kann sich die Arbeiterklasse bestimmt nicht zufriedengeben. Aber es entsteht ein gewisser Spielraum für Auseinandersetzungen und Forderungen. Die Furcht der Bourgeoisie vor offenen Klassenkämpfen kann die Arbeiterbewegung nutzen.

Staatshaushalt und Volkswirtschaftsplan 1981 der DDR

hku. Das ZK der SED und danach die Volkskammer der DDR haben Volkswirtschaftsplan und Staatshaushalt 1981 beschlossen. Der insgesamt produzierte Neuwert soll um 5% steigen, ein ehrgeiziges Ziel, das über die Zuwachsraten der letzten zwei Jahre hinausgeht. Ein feststehendes Datum für die Planung ist die „Aufgabe, den militärischen Schutz des Sozialismus und die staatliche Sicherheit zuverlässig zu gewährleisten". Die Ausgaben für „Nationale Verteidigung" und für „Öffentliche Sicherheit" werden mit 8,4 und 6,5% überdurchschnittlich erhöht. Das zweite feststehende Datum ist, daß die Rohstofflieferungen der SU bis 1985 auf dem Stand dieses Jahres bleiben werden, bei höheren Preisen. Das verlangt eine kräftige Produktionssteigerung bei einheimischen Rohstoffen wie Braunkohle und Karbid, noch entschiedenere Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, Erhöhung der Exportproduktion für die Sowjetunion – und für Schuldenabzahlung im Westen – um 16%. – Erreicht werden soll das Wachstum bei gleichbleibenden Investitionen durch Rationalisierung, rasche wissenschaftlich-technische Fortschritte. Diese Forderung ist inzwischen so alt in der DDR, daß eine Zeitung jetzt mal die Frage stellte: „Warum haben wir so wenig Edisons bei uns?" – Von „sozialpolitischen Fortschritten" ist nur noch allgemein die Rede. An die *Preise* allerdings traut sich die SED zur Zeit nicht heran: die Subventionen für Waren des Grundbedarfs und Tarife sollen um 19,8% steigen.

Stockholm: 10000 für ein kernwaffenfreies Europa

coi. Stockholm. Unter Transparenten wie „Für ein kernwaffenfreies Europa" und „Stärkt den Frieden – keine neuen Kernwaffen in Europa" demonstrierten am 12.12., dem Jahrestag des NATO-Mittelstreckenbeschlusses, 10000 durch Stockholm. Aufgerufen hatten der „Frauenkampf für Frieden" und die „Volksbewegung gegen Kernenergie". Hauptredner war der Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel. Er rief dazu auf, kernwaffenfreie Zonen in der Welt zu schaffen, als Schritt zum gänzlichen Verbot der Kernwaffen. Die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien ist ein Vorschlag des finnischen Präsidenten Kekkonen, und wird von der SU heftig propagiert. Die schwedische Regierung macht seine Verwirklichung davon abhängig, daß die Kola-Halbinsel und die gesamte Ostsee einbezogen werden.

Ergebnis der Wahlen in Uganda

chm. Milton Obotes United People's Congress, UPC, hat die absolute Mehrheit in Uganda errungen, 68 von 126 Sitzen, die Democratic Party, DP, unter Führung von Ssemogerere erhielt 48 Sitze. Für nächsten Montag ist die Vereidigung Obotes vorgesehen. Die DP bestreitet das Wahlergebnis, vor allem für die Provinzen, in denen UPC-Kandidaten ohne Gegenkandidaten aufgestellt waren. So erhielt der UPC die absolute Mehrheit in der West Nile Province, den Wahlen waren jedoch gerade in dieser Provinz große Vertreibungsaktionen vorausgegangen. (n. NZZ, 16.12.) Obote hat erklärt, er werde auf Grundlage der Verfassung von 1967 regieren; er werde alles daransetzen, um die nationale Einheit aller Ugander wiederherzustellen.

Palästina-Abstimmung in der UNO

chm. Die UNO-Debatte zu Palästina ist mit der Verabschiedung mehrerer Resolutionen am 16.12. beendet worden. Der Resolutionsvorschlag, der den Sicherheitsrat auffordert, die Verhängung von Sanktionen gegen Israel zu beschließen, ist mit 94:19:34 verabschiedet worden. Die Hauptresolution stellt fest, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur dann möglich sei, wenn die Palästinafrage gelöst werde. Eine Lösung der Palästinafrage beinhalte die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr in seine Heimat und auf den Aufbau seines eigenen Staates. Das Abstimmungsergebnis fiel hier 98:16:32 aus. In einer weiteren Entschließung erklärte die UN-Vollversammlung alle Abkommen und Teilabkommen für null und nichtig, die den Anspruch erheben, die Zukunft des palästinensischen Volkes zu regeln, ohne Beteiligung seiner Vertreterin, der PLO. Hier fiel das Abstimmungsergebnis etwas anders aus: 86:22:40. Fast einig war sich die UN-Vollversammlung in der Verurteilung der Annexion Jerusalems: Nur Israel stimmte dagegen, die USA und drei andere Staaten enthielten sich der Stimme. Die BRD lehnte die ersten drei Resolutionen ab unter dem Vorwand, sie berücksichtigten nicht ausreichend das Existenzrecht Israels. Auf der UN-Sondersitzung zu Palästina im vergangenen Juli hatten 31 Staaten sich enthalten oder mit nein gestimmt bei der Hauptresolution, jetzt sind es 48 Staaten.

Namibia-Konferenz in Genf

chm. Nach der Ablehnung Maputos als Konferenzort durch die Demokratische Turnhallenallianz in Namibia beschloß die UNO, die Namibia-Konferenz vom 7.–14. Januar in Genf durchzuführen. Teilnehmer der Konferenz, die einen Waffenstillstand beschließen und eine UN-Überwachungskommission für die Wahlen einsetzen soll, sind die SWAPO, der südafrikanische Administrator für Namibia, Daniel Hough, als Vertreter der von Südafrika installierten politischen Parteien und die Initiatoren der Konferenz, USA, Großbritannien, Frankreich, die BRD und Kanada.



Die Unterstützung der politischen Gefangenen ist groß. – „Verdächtige" werden in den RUC-Verhörzentren tagelang geschlagen, gefoltert und mithilfe von Polizeiaussagen von Sondergerichten verurteilt. Zwei RUC-Ärzte weigerten sich letztes Jahr, die Verwundeten zu behandeln und kündigten. In den H-Blocks wurden die Männer gezwungen, nackt auf die Toilette zu gehen. Als sie selbst am Leeren ihrer Zellentoiletten gehindert wurden, begannen sie mit dem „Schmutz-Streik".

Rote Brigaden entführen einen Richter

Die Entwicklung des individuellen Terrors in Italien

bep. Giovanni d'Urso, Richter am italienischen Kassationsgerichtshof, ist von einem Kommando der Roten Brigaden in Rom entführt worden. Seitdem ist in Italien die größte Fahndungsaktion seit der Entführung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro vor zwei Jahren im Gang. D'Urso ist für die Verteilung der Häftlinge auf die Gefängnisse des Landes zuständig. Die Zustände in den italienischen Gefängnissen, im ganzen Justizsystem sind berüchtigt. Häftlingsrevolten sind häufig. Von 32000 Häftlingen sind nur 10000 endgültig verurteilt. Politische Häftlinge werden in Sondergefängnissen zusammengefaßt. Am Tag nach der Entführung wurde der Presse ein Foto mit dem Portrait des Richters vor der Fahne der Roten Brigaden zugespielt, um seinen Hals ein Schild: „Die Befreiung der gefangenen Proletarier organisieren. Den Kreislauf der Spaltung auflösen. Die Kampfkomitees aufbauen und verstärken. Sofort Asinara schließen." Asinara ist ein Sondergefängnis auf einer Insel vor Sardinien. Die Roten Brigaden haben noch nicht zu erkennen gegeben, welche Forderungen sie gegebenenfalls zur Bedingung der Freilassung des Richters machen wollen. Vorher wollen sie ihm offenbar „den Prozeß machen", wie schon Aldo Moro und dem später freigelassenen Staatsanwalt Sossi (1974).

Die Entführung fiel auf den elften Jahrestag des faschistischen Attentats in der Landwirtschaftsbank in Mailand. Dieses Attentat (für das vom Staat jahrelang anarchistische Kräfte verantwortlich gemacht wurden, bevor die faschistischen Drahtzieher und ihre Hintermänner im Staatsapparat, vor allem im Geheimdienst, wenigstens teilweise aufgedeckt wurden) war der Auftakt für eine Serie faschistischer Terrorakte, die sich direkt gegen die Massen richteten. Die Anschläge auf eine antifaschistische Demonstration in Brescia (8 Tote) und den Italicus-Expreß (12 Tote) im Jahr 1974 und der Anschlag auf den Bahnhof von Bologna im August dieses Jahres (84 Tote) sind die schwerwiegendsten, nicht die einzigen Beispiele. Diese Attentate waren vor allem in den Jahren zwischen 1970 und 1974 Bestandteil direkter Staatsstreichvorbereitungen der extremen Rechten, die sich auf Unterstützung und Deckung aus dem Staatsapparat verlassen konnte und unter anderem zahlreiche Anhänger im Geheimdienst hatte.

Diese Entwicklung, zusammen mit dem Scheitern der Versuche, legale revolutionäre Organisationen als Alternative und in Frontstellung zur KPI aufzubauen, gab den Anstoß zur Bildung ultralinker, bewaffneter Untergrundorganisationen. Neben den Roten Brigaden haben vor allem die Organisation Primea Linea (Vorderste Front) und Bewaffnete Proletarische Zellen (NAP) eine Rolle gespielt. Die Roten Brigaden verstehen sich selbst als kommunistische, marxistisch-leninistische Organisation, als Kern einer künftigen proletarischen Partei. Ihre Taktik des individuellen Terrors gegen Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Offiziere, gegen leitende Angestellte und schließlich auch gegen Journalisten und einen kommunistischen Gewerkschafter, der einen Kollegen als Mitglied der Roten Brigaden angezeigt hatte, haben sie als „bewaffnete Propaganda", als Form der Vorbereitung auf den Bürgerkrieg bezeichnet. In einer Art Selbstkritik haben sie in letzter Zeit die Rolle der politisch-ideologischen Vorbereitung hervorgehoben und sich praktisch (ebenso wie die NAP) vor allem auf den Kampf gegen die Justiz und die Zustände in den Gefängnissen konzentriert.

Das war auch eine Konsequenz daraus, daß die Roten Brigaden ebenso wie die anderen Untergrundorganisationen durch Maßnahmen der Justiz und Polizei, vor allem in diesem Jahr, sehr hart getroffen worden sind. Nach offiziellen Angaben befinden sich etwa 800 angebliche Mitglieder solcher Organisationen in Haft. Im Februar dieses Jahres wurde ein weiteres Antiterrorgesetz verabschiedet, durch das lebenslange Haftstrafen für die Ermordung von Richtern und Polizisten obligatorisch gemacht, Polizeiverhöre ohne Richter und Anwalt, Durchsuchung ganzer Häuserblocks, längere Festnahmezeiten ohne Haftbefehl ermöglicht werden. Ihre Taktik des individuellen Terrors hat die Untergrundorganisationen in der Arbeiterbewegung von Anfang an isoliert. Nach der Entführung Aldo Moros riefen alle Gewerkschaften zu einem Proteststreik auf. Die KPI hat sich jetzt – ebenso wie bei der Moro-Entführung – gegen jede Verhandlung mit den Entführern ausgesprochen. Schon damals war zwischen den Entführern, dem Entführten, den politischen Parteien und der Regierung ein langes Tauziehen über die Frage von Verhandlungen über die Forderungen der Entführer entstanden, dessen entwürdigender und deprimierender Charakter auch auf die Roten Brigaden selbst und die von ihnen proklamierten Ziele zurückfiel.

Irische politische Gefangene setzen Forderungen durch

Der Hungerstreik ist beendet

doj. Nach fast 60 Tagen Hungerstreik für die Wiedererlangung des seit 1976 verweigerten politischen Gefangenenstatus, an dem sich schließlich 40 Gefangene beteiligten, haben die 600 in den H-Blocks und im Frauengefängnis Armagh internierten Gefangenen folgende Forderungen gegen die englische Regierung durchgesetzt:

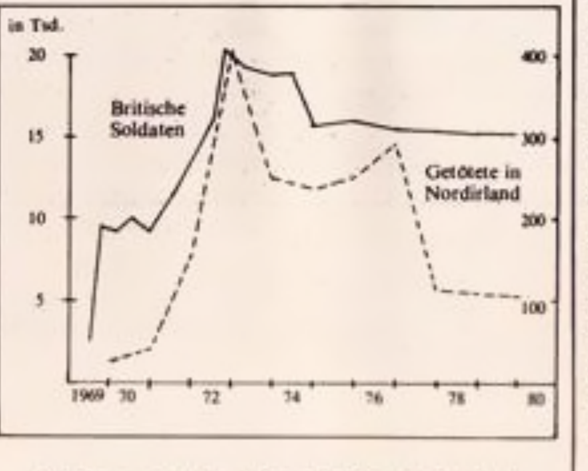
- Sie können wieder ihre persönliche Kleidung tragen
- Keine Zwangsarbeit im Gefängnis
- Vereinigungsfreiheit mit den anderen politischen Gefangenen
- Ein Brief, ein Besuch, ein Paket pro Woche

Sie haben damit ihre weltweit unterstützten Forderungen im Zuge der Anti-H-Block-Kampagne im wesentlichen zunächst erreicht. Noch nicht abgerungen haben sie der britischen Regierung das offizielle Eingeständnis, sie als politische Gefangene anzuerkennen. Dieser Teilsieg wurde unter großen Opfern von seiten der Gefangenen, großer Anteilnahme in ganz Irland und mit der Unterstützung von Gewerkschaften, politischen Organisationen und Personen bis in die Parlamente vieler Länder hinein erreicht.

Nach Demonstrationen Zehntausender in Nord- und Südirland ist die englische Regierung auch im eigenen Land unter Druck gekommen: Der Labour-Parteitag im November unterstützte die Forderungen ebenso wie 10 Parlamentsabgeordnete in Westminster, und noch vor einer Woche demonstrierten Tausende in London. Dennoch konnte Thatcher bei ihrem eilig angesetzten Besuch beim Ministerpräsidenten der irischen Republik, Haughey, am letzten Montag noch von „Britanniens einzigartigem Verhältnis zu Irland" sprechen, weil es das „einzige Land ist, mit dem England eine gemeinsame Landesgrenze besitzt". Von einem von Haughey anschließend verkündeten „historischen Ereignis", bei dem größere Zugeständnisse an die Unabhängigkeit Irlands gemacht worden wären, konnte nicht die Rede sein. Regelmäßig sind bisher solche Versuche, über gemeinsame Treffen ihrer nordirischen Quisling-Regierung mit Vertretern der irischen Republik auf friedlichem Wege Englands imperialistische Herrschaft über das geteilte Land festigen zu können, gescheitert.

In einer Stellungnahme der „officer command" im Auftrag der irischen Gefangenen vom 19.12. fordern die Gefangenen alle Unterstützenden auf, die Zusicherungen der englischen Regierung zur Erfüllung der Forderungen zu kontrollieren. „Wir wissen, daß die Massen, die auf die Straße gingen, unsere eigentlichen Garanten sind." Sie betonen, im Kampf für eine unabhängige vereinte sozialistische irische Republik fortzufahren. In einer Erklärung bei Beginn des Hungerstreiks heißt es: „Wir alle wurden unter repressiven Gesetzen verhaftet, verhört und oft in den RUC-Zentren gefoltert, sowie durch Sondergerichte ohne Geschworene zu langen Gefängnisstrafen abgeurteilt. Danach wurden wir in die H-Blocks gesteckt, und es wurde von uns erwartet, vor der britischen Administration auf die Knie zu fallen und ihre Gefängnisuniform zu tragen. Alle Versuche, uns zu kriminalisieren, zielten darauf ab, den irischen nationalen Befreiungskampf zu entpolitisieren." Dies versuchen die englischen Kolonialisten seit ihren ersten Besetzungsversuchen vor 800 Jahren.

Der Landraub und die koloniale Einverleibung Irlands im 16. und 17. Jahrhundert fand statt als protestantischer Kreuzzug gegen die katholische irische Bevölkerung. Die feudale Herrschaft, verbunden mit religiöser Unterdrückung, bekämpften die Iren hartnäckig und gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter Überwindung religiöser Spaltung im Volk auch erfolgreich; ihre Aufstände wurden aber immer wieder blutig niedergeschlagen. Zur Festigung seiner Herrschaft organisierte England die im Norden angesiedelten Schotten zur Verteidigung des den irischen Bauern geraubten Landes und schürte unter ihnen die Angst, in einem unabhängigen Irland ihren Besitz und die von England gewährten Privilegien zu verlieren. Verhindern konnten sie den gemeinsamen Kampf der irischen Bauern nicht immer, hatten jedoch im Norden des Landes eine ideologische Basis bei den protestantischen Siedlern. So konnte es nach Niederschlagung des Osteraufstandes 1916 und den bis 1922 folgenden Kämpfen zwischen der IRA und der britischen Armee der englischen Regierung gelingen, über Betrug und Geheimverhandlungen 6 nördliche counties (Grafschaften) mit protestantischer Mehrheit aus Irlands 32 counties herauszuspalten und mit den Vertretern der irischen Republik einen Burgfrieden zu vereinbaren. Bis zur katholischen Bürgerrechtsbewegung 1969 war England in der Lage, durch Verhinderung des allgemeinen Wahlrechts (nur wer Besitz nachwies, konnte wählen) und andere Manipulationen einen Polizeistaat aufzubauen und selbst die elementarsten Bürgerrechte den Katholiken zu verwehren. Das verfestigte die religiöse Spaltung. Die katholische Bürgerrechtsbewegung rief dann auch gleich die britischen Truppen auf den Plan. Mit welchen Folgen, läßt sich annäherungsweise an dem unteren Schaubild ersehen, das gleichzeitig die englische Lüge entlarvt, daß britisches Militär zur Bekämpfung sektiererischen Mordens nach Nordirland geschickt worden sei. Umgekehrt ist es.



Während die Sinn Fein (IRA) den sofortigen Abzug der britischen Truppen fordert und ihnen inzwischen beträchtliche Verluste zugefügt hat, stützt sich England auf einen ausgebauten Polizeiapparat (RUC, Royal Ulster Constabulary und paramilitärische Verbände wie UVF, Ulster Volunteer Force und UDA, Ulster Defence Army. Auf 20 katholische Nationalisten,die in Nordirland 30%, in Südirland 95% der Bevölkerung stellen, kommt ein Polizist, nicht eingerechnet das Heer von Zivilagenten, auf deren Konto ein Großteil der „sektiererischen" Morde geht. In den letzten Monaten allein sind 6 führende Mitglieder des irischen nationalen Anti-H-Block-Komitees hinterrücks ermordet worden.

Der Kampf für die Forderungen der politischen Gefangenen hat das irische Volk in den letzten Monaten vereint und dem Ziel der Befreiung ein Stück näher gebracht. Noch im Dezember 1977 erklärte die britische Regierung, die Genfer Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen nicht auf „Rhodesien" und Nordirland anzuwenden. Das befreite Zimbabwe schert sich um solche Erklärungen nicht mehr – hoffentlich wird Irland bald den gleichen Weg gehen.

VR China: Erhöhte Weizenkäufe in den USA
Importe wegen Fehler im sozialistischen Aufbau / Aufbau von Getreidebasen für Selbstversorgung
Irische politische Gefangene setzen Forderungen durch
Der Hungerstreik ist beendet
doj. Nach fast 60 Tagen Hungerstreik für die Wiedererlangung des seit 1976 verweigerten politischen Gefangenenstatus, an dem sich schließlich 40 Gefangene beteiligten, haben die 600 in den H-Blocks und im Frauengefängnis Armagh internierten Gefangenen folgende Forderungen gegen die englische Regierung durchgesetzt:
– Sie können wieder ihre persönliche Kleidung tragen
– Keine Zwangsarbeit im Gefängnis
– Vereinigungsfreiheit mit den anderen politischen Gefangenen
– Ein Brief, ein Besuch, ein Paket pro Woche
Sie haben damit ihre weltweit unterstützten Forderungen im Zuge der Anti-H-Block-Kampagne im wesentlichen zunächst erreicht. Noch nicht abgerungen haben sie der britischen Regierung das offizielle Eingeständnis, sie als politische Gefangene anzuerkennen. Dieser Teilsieg wurde unter großen Opfern von seiten der Gefangenen, großer Anteilnahme in ganz Irland und mit der Unterstützung von Gewerkschaften, politischen Organisationen und Personen bis in die Parlamente vieler Länder hinein erreicht.
Nach Demonstrationen Zehntausender in Nord- und Südirland ist die englische Regierung auch im eigenen Land unter Druck gekommen: Der Labour-Parteitag im November unterstützte
H-Blocks gesteckt, und es wurde von uns erwartet, vor der britischen Administration auf die Knie zu fallen und ihre Gefängnisuniform zu tragen. Alle Versuche, uns zu kriminalisieren, zielten darauf ab, den irischen nationalen Befreiungskampf zu entpolitisieren." Dies versuchen die englischen Kolonialisten seit ihren ersten Besetzungsversuchen vor 800 Jahren.
Der Landraub und die koloniale Einverleibung Irlands im 16. und 17. Jahrhundert fand statt als protestantischer Kreuzzug gegen die katholische irische Bevölkerung. Die feudale Herrschaft, verbunden mit religiöser Unterdrückung, bekämpften die Iren hartnäckig und gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter Überwindung religiöser Spaltung im Volk auch erfolgreich; ihre Aufstände wurden aber immer wieder blutig niedergeschlagen. Zur Festigung seiner Herrschaft organisierte England die im Norden angesiedelten Schotten zur Verteidigung des den irischen Bauern geraubten Landes und schürte unter ihnen die Angst, in einem unabhängigen Irland ihren Besitz und die von England gewährten Privilegien zu verlieren. Verhindern konnten sie den gemeinsamen Kampf der irischen Bauern nicht immer, hatten jedoch im Norden des Landes eine ideologische Basis bei den protestantischen Siedlern. So konnte es nach Niederschlagung des Osteraufstandes 1916 und den bis 1922 folgenden Kämpfen zwi-
pen fordert und ihnen inzwischen beträchtliche Verluste zugefügt hat, stützt sich England auf einen ausgebauten Polizeiapparat (RUC, Royal Ulster Constabulary und paramilitärische Verbände wie UVF, Ulster Volunteer Force und UDA, Ulster Defence Army. Auf 20 katholische Nationalisten,die in Nordirland 30%, in Südirland 95% der Bevölkerung stellen, kommt ein Polizist, nicht eingerechnet das Heer von Zivilagenten, auf deren Konto ein Großteil der „sektiererischen" Morde geht. In den letzten Monaten allein sind 6 führende Mitglieder des irischen nationalen Anti-H-Block-Komitees hinterrücks ermordet worden.
Der Kampf für die Forderungen der politischen Gefangenen hat das irische Volk in den letzten Monaten vereint und dem Ziel der Befreiung ein Stück näher gebracht. Noch im Dezember 1977 erklärte die britische Regierung, die Genfer Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen nicht auf „Rhodesien" und Nordirland anzuwenden. Das befreite Zimbabwe schert sich um solche Erklärungen nicht mehr – hoffentlich wird Irland bald den gleichen Weg gehen.
machen wollen. Vorher wollen sie ihm offenbar „den Prozeß machen", wie schon Aldo Moro und dem später freigelassenen Staatsanwalt Sossi (1974).
Die Entführung fiel auf den elften Jahrestag des faschistischen Attentats in der Landwirtschaftsbank in Mailand. Dieses Attentat (für das vom Staat jahrelang anarchistische Kräfte verantwortlich gemacht wurden, bevor die faschistischen Drahtzieher und ihre Hintermänner im Staatsapparat, vor allem im Geheimdienst, wenigstens teilweise aufgedeckt wurden) war der Auftakt für eine Serie faschistischer Terrorakte, die sich direkt gegen die Massen richteten. Die Anschläge auf eine antifaschistische Demonstration in Brescia (8 Tote) und den Italicus-Expreß (12 Tote) im Jahr 1974 und der Anschlag auf den Bahnhof von Bologna im August dieses Jahres (84 Tote) sind die schwerwiegendsten, nicht die einzigen Beispiele. Diese Attentate waren vor allem in den Jahren zwischen 1970 und 1974 Bestandteil direkter Staatsstreichvorbereitungen der extremen Rechten, die sich auf Unterstützung und Deckung aus dem Staatsapparat verlassen konnte und unter anderem zahlreiche Anhänger im Geheimdienst hatte.
Diese Entwicklung, zusammen mit dem Scheitern der Versuche, legale re-
aus, daß die Roten Brigaden ebenso wie die anderen Untergrundorganisationen durch Maßnahmen der Justiz und Polizei, vor allem in diesem Jahr, sehr hart getroffen worden sind. Nach offiziellen Angaben befinden sich etwa 800 angebliche Mitglieder solcher Organisationen in Haft. Im Februar dieses Jahres wurde ein weiteres Antiterrorgesetz verabschiedet, durch das lebenslange Haftstrafen für die Ermordung von Richtern und Polizisten obligatorisch gemacht, Polizeiverhöre ohne Richter und Anwalt, Durchsuchung ganzer Häuserblocks, längere Festnahmezeiten ohne Haftbefehl ermöglicht werden. Ihre Taktik des individuellen Terrors hat die Untergrundorganisationen in der Arbeiterbewegung von Anfang an isoliert. Nach der Entführung Aldo Moros riefen alle Gewerkschaften zu einem Proteststreik auf. Die KPI hat sich jetzt – ebenso wie bei der Moro-Entführung – gegen jede Verhandlung mit den Entführern ausgesprochen. Schon damals war zwischen den Entführern, dem Entführten, den politischen Parteien und der Regierung ein langes Tauziehen über die Frage von Verhandlungen über die Forderungen der Entführer entstanden, dessen entwürdigender und deprimierender Charakter auch auf die Roten Brigaden selbst und die von ihnen proklamierten Ziele zurückfiel.

VR China: Erhöhte Weizenkäufe in den USA

Importe wegen Fehler im sozialistischen Aufbau / Aufbau von Getreidebasen für Selbstversorgung

jon.Beijing. Am 22. Oktober haben die Regierungen der USA und der VR China ein Abkommen über Getreidelieferungen der USA in Höhe von 6 Mio. t pro Jahr unterzeichnet. Das Abkommen hat eine Laufzeit von vier Jahren. China kann die Käufe ohne Vorankündigung auf 9 Mio. t erhöhen. Die chinesischen Importe werden vor allem aus Weizen, Mais und Sojabohnen bestehen. Ähnliche Abkommen bestehen, allerdings in geringeren Höhe, mit Kanada (über 3,5 Mio. t pro Jahr) und mit Australien (2 – 2,5 Mio. t). US-amerikanische Quellen schätzen, daß die chinesischen Getreideimporte von 10 Mio. t 1978/79 und 11 Mio. t 1979/80 auf 14 Mio. t steigen werden. Das entspräche etwa 4% der Ernte von 1979.

Warum läßt sich die chinesische Regierung auf ein auf den ersten Blick so nachteiliges Abkommen ein? Nicht nur wird die Vormachtstellung der US-Imperialisten auf dem Weltgetreidemarkt gestärkt, und China bindet sich in seiner Nahrungsmittelversorgung zu einem beträchtlichen Teil an die US-Supermacht, auch das Handelsdefizit Chinas gegenüber den USA wird dadurch auf Jahre hinaus mindestens in seiner jetzigen Höhe festgeschrieben. 1980 hat China schätzungsweise Waren im Wert von 700 – 900 Mio. $ in die USA exportiert und für 1,8 bis 2 Mrd. $ von dort importiert. Die Getreideimporte werden nach jetzigen Preisen rund 1,4 Mrd. $ kosten.

Die Notwendigkeit, Getreide zu importieren, ist ein Ergebnis von Fehlern im sozialistischen Aufbau in den letzten 30 Jahren. Und die Korrektur dieser Fehler erfordert, daß die Importe noch einmal gesteigert werden.

Die Getreideproduktion Chinas ist zwischen 1952, dem Jahr, in dem die Schäden der Kriegsjahre im wesentlichen beseitigt waren, und 1978 lediglich um 85% gestiegen, also etwa im gleichen Maß, wie die Bevölkerung zugenommen hat. Im Gegensatz z.B. zur Stahlproduktion, die sich mehr als verzwanzigfacht hat. (vgl. Social Sciences in China, 2/80, S. 184 ff.) Die Produktivität der ländlichen Arbeitskraft hat sich in diesen Jahren nur unwesentlich erhöht. 1978 produzierte ein chinesischer Bauer im Durchschnitt 1036 kg Getreide, ein ländlicher Arbeiter in den USA 50000 kg. 80 bis 85% der landwirtschaftlichen Produktion werden für die Ernährung der ländlichen Bevölkerung selbst gebraucht. In vielen der letzten dreißig Jahren wurden aber 25 oder sogar 28% des Agrarprodukts vom Staat zur Versorgung der Industrie und der Städte aufgekauft. Diese Verschlechterung in der Reproduktion der ländlichen Bevölkerung führte zu Stagnation und zu zeitweiligem Rückgang der Agrarproduktion, was sich wiederum nachteilig auf die Lage der städtischen Massen und der Industrieproduktion auswirkte. Die Industrieproduktion ihrerseits war vor allem auf den schnellen Aufbau der Schwerindustrie ausgerichtet. Auch in den Jahren, in denen die Produktion stagnierte oder zurückging wie 1961, 1968, 1976, blieben die Investitionen vor allem in die Schwerindustrie hoch (Akkumulationsraten von 30 – 40%), während die Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln und Konsumgütern zurückblieb.

Eine letzte, bis ins Groteske gehende Steigerung erfuhr die Politik der Industrialisierung auf dem Rücken der Bauern mit der erzwungenen Ausdehnung der Getreideanbauflächen um jeden Preis unter der Herrschaft der Viererbande. Alle anderen landwirtschaftlichen Kulturen und die Viehzucht wurden schwer geschädigt, und die Versorgung der Bauern wie der Städter verschlechterte sich. Noch nicht einmal die Getreideversorgung konnte verbessert werden.

Nach dem Sturz der Viererbande hat die Getreideproduktion um 7% (1978) bzw. um 9% (1979) zugenommen, vor allem wegen der Anhebung der Aufkaufpreise für die Bauern. Für 1980 wird aber mit einem neuen Rückgang von etwa 6% gerechnet. Einerseits wegen schlechter Witterungsbedingungen, andererseits weil die Bauern ermutigt werden, sich mehr und mehr auf Kulturen zu konzentrieren, die ihnen höhere Gewinne bringen. Die jetzige Landwirtschaftspolitik bezweckt, die Selbstversorgung und die Finanzkraft der Bauern und ihrer Kollektive zu erhöhen und ihnen die Last der Getreidelieferungen in die Stadt zu erleichtern. Dafür sind, neben der Schaffung von mechanisierten Getreidebasen mit dem Ziel der Selbstversorgung, jetzt noch Getreideimporte nötig. Sie sollen vor allem der Versorgung der küstennahen Städte und Industriegebiete dienen.

Verteidigungshaushalt noch einmal um 700 Mio. erhöht

vol. Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für das Jahr 1981 verabschiedet. Wichtigste Änderung des jetzigen Entwurfs ist die Erhöhung des Verteidigungsetats um 700 Mio. DM. Diese sollen voll zur Finanzierung des Kampfflugzeugs Tornado ausgegeben werden. Auch damit ist das Defizit bei diesem Projekt noch nicht gedeckt. – Für Zinsen müssen rd. 16 Mrd. DM bei einer Steigerungsrate von 20% an die Banken abgeführt werden. Durch Erhöhungen der Sozialabgaben und der Steuern werden die Einnahmen des Bundes um 11,7 Mrd. DM steigen, während die Steuerreform 1981 9,3 Mrd. DM Entlastung für einen Teil der Lohnabhängigen bringt. Ob mit diesem Haushaltsentwurf gearbeitet werden könne, beinhalte ein „Risiko", hat selbst Finanzminister Matthöfer festgestellt. Die Ansätze für die Personalausgaben, Energiekosten und die Arbeitslosenversicherung sind schon jetzt zu niedrig. Trotzdem sollen schon jetzt 27,4 Mrd. DM neue Kredite aufgenommen werden, soviel wie 1980.

Die Lage der Bauern hat sich verschlechtert

frb. Das Reineinkommen je Familienvollarbeitskraft ist im Wirtschaftsjahr 1979/80 gegenüber dem vorangegangenen Wirtschaftsjahr um 1,6% zurückgegangen. Es belief sich auf 20443 DM im Jahr im Durchschnitt aller Betriebe, ca. 1700 DM im Monat. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate ist das reale Einkommen um 6,9% gesunken. Dies geht aus dem Situationsbericht 1980 des Bauernverbandes hervor, der die Abschlüsse von 20000 buchführenden landwirtschaftlichen Betrieben auswertet. Allerdings stellt sich die Entwicklung für die kleineren Betriebe etwas besser dar, so daß sich die Unterschiede unter den erfaßten Betrieben nicht weiter verschärft haben. Negativ hat sich ausgewirkt, daß sich die Schere zwischen Erzeuger- und Einkaufspreisen noch mehr geöffnet hat. Um 7,1% verteuerten sich die Betriebsmittel für die Bauern, sie erhielten aber nur 4,2% höhere Erzeugerpreise.

Lohn- und Gehaltsstatistik 7/80 veröffentlicht

geh. Das Statistische Bundesamt hat die Daten für Juli 1980 veröffentlicht.

Arbeiter	m/w	DM/h	Zuw. % seit Ap'80	Jul'79
Industrie gesamt	m	14,35	2,3	7,3
	w	10,38	2,1	7,2
Grundstoff- und Produk.güterind.	m	14,46	2,0	6,5
	w	11,11	4,0	6,4
Investitions-güterindustrie	m	14,47	0,5	7,5
	w	10,92	0,6	7,6
Verbrauchs-güterindustrie	m	13,48	1,7	6,5
	w	9,79	3,2	6,9
Angestellte		DM/M		
Ind., Hand., Kredit- u. Versicherungsw.	m	3455	1,9	7,9
	w	2226	2,1	7,7
Grundstoff- und Produkt.güterind.	m	3758	3,5	8,2
	w	2617	3,9	7,4
Investitionsgüter-industrie	m	3751	0,4	7,8
	w	2457	0,4	7,8
Verbrauchsgüter-industrie	m	3376	2,2	7,4
	w	2232	3,0	7,4

Quelle: Reihe 2.1. Arbeiterverdienste in der Industrie – Reihe 2.2. Angestelltenverdienste in der Industrie

sichtigung der Inflationsrate ist das reale Einkommen um 6,9% gesunken. Dies geht aus dem Situationsbericht 1980 des Bauernverbandes hervor, der die Abschlüsse von 20000 buchführenden landwirtschaftlichen Betrieben auswertet. Allerdings stellt sich die Entwicklung für die kleineren Betriebe etwas besser dar, so daß sich die Unterschiede unter den erfaßten Betrieben nicht weiter verschärft haben. Negativ hat sich ausgewirkt, daß sich die Schere zwischen Erzeuger- und Einkaufspreisen noch mehr geöffnet hat. Um 7,1% verteuerten sich die Betriebsmittel für die Bauern, sie erhielten aber nur 4,2% höhere Erzeugerpreise.

Lohn- und Gehaltsstatistik 7/80 veröffentlicht

geh. Das Statistische Bundesamt hat die Daten für Juli 1980 veröffentlicht.

Arbeiter	m/w	DM/h	Zuw. % seit Ap'80	Jul'79
Industrie gesamt	m	14,35	2,3	7,3
	w	10,38	2,1	7,2
Grundstoff- und Produk.güterind.	m	14,46	2,0	6,5
	w	11,11	4,0	6,4
Investitions-güterindustrie	m	14,47	0,5	7,5
	w	10,92	0,6	7,6
Verbrauchs-güterindustrie	m	13,48	1,7	6,5
	w	9,79	3,2	6,9
Angestellte		DM/M		
Ind., Hand., Kredit- u. Versicherungsw.	m	3455	1,9	7,9
	w	2226	2,1	7,7
Grundstoff- und Produkt.güterind.	m	3758	3,5	8,2
	w	2617	3,9	7,4
Investitionsgüter-industrie	m	3751	0,4	7,8
	w	2457	0,4	7,8
Verbrauchsgüter-industrie	m	3376	2,2	7,4
	w	2232	3,0	7,4

Quelle: Reihe 2.1. Arbeiterverdienste in der Industrie – Reihe 2.2. Angestelltenverdienste in der Industrie

Düngerpreise hemmen Agrarproduktion

gkr. Die Fortschritte der Entwicklungsländer in bezug auf die Agrarproduktion seien ernsthaft gefährdet, wenn die Düngerversorgung weiter so schlecht bleibe wie bisher, erklärten FAO-Delegierte in Rom. Von der weltweit genutzten Bodenfläche von 1300 Mio. ha entfallen rund 700 Mio. ha auf die Entwicklungsländer, aber nur rd. 27% des Weltdüngerverbrauchs. Ein wichtiger Faktor für den Einsatz der Dünger ist deren Preis. Für Kalidünger stieg dieser zwischen Januar 1979 und März 1980 in den Entwicklungsländern von 65 $ auf 120 $ je t und für Phosphatdünger im Jahr 1979 von 150 $ je t auf 265 $. Kein Wunder, daß in den Entwicklungsländern, die insgesamt genommen schon 50% ihres Düngerbedarfs importieren müssen, gerade 10% der Düngemittelmengen eingesetzt werden, die eigentlich „empfehlenswert" sind. Die FAO hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zum September 1981 eine Studie über die Versorgungslage und die Preisentwicklung bei Industriedünger erarbeiten soll.

Landwirtschaft in der UdSSR: Besserung nicht in Sicht

1980 wiederum Engpässe bei Getreide und Fleisch / Herabgesetzte Planziffern für 1981 – 85

wos. Am 22.10. erstattet N. K. Baibakow, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, vor dem Obersten Sowjet Bericht unter dem Thema: „Die Volkswirtschaft an der Schwelle des elften Planjahrfünfts": „In diesem Jahr war die Arbeit der Werktätigen der Landwirtschaft, wie auch 1977 und 1979, durch ungünstige Witterungsbedingungen in einigen Gebieten des Landes außerordentlich erschwert. Das mußte sich auf die Endergebnisse der Pflanzen- und Tierproduktion sowie auf den Umfang des Aufkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse auswirken. ... Die Getreideproduktion stieg (in diesem Planjahrfünft gegenüber dem vorangegangenen) um 12 Prozent." (Prawda, 23.10.1980)



Käuferschlange vor einem Lebensmittelgeschäft in Moskau: Viele kommen aus der Provinz.

Einen Tag zuvor hatte Breschnew auf der Plenartagung des ZK der KPdSU zum selben Thema erklärt: „Wie Sie wissen, stellte die Partei den Anstieg des Lebensstandards der Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer praktischen Arbeit auf dem Gebiete der Wirtschaft ... Wir haben immer noch Schwierigkeiten bei der Versorgung der Städte und Industriezentren mit solchen Lebensmitteln wie Milch und Fleisch." (Monitor-Dienst, 22.10.)

Damit erfolgt von höchster Stelle – wenn auch in gewundenen Formulierungen – das Eingeständnis, daß die UdSSR ihre Hauptziele in der Landwirtschaft nicht erreicht hat. Noch Februar lautete die offzielle Schätzung für die diesjährige Getreideernte 235 Mio. t.

Aber inzwischen sind die wirklichen Zahlen heraus. Baibakow legte sie bereits seinem Bericht zugrunde, ohne sie auszusprechen. In den Jahren 1976 bis 80 hat eine gewisse Steigerung des Nationaleinkommens, der Industrie- wie der Agrarproduktion stattgefunden. Aber längst nicht die geplante. So sollte das Nationaleinkommen im letzten Jahrfünft um 24 bis 28% steigen, stieg aber in Wirklichkeit nur um 20%. Für die Industrieproduktion war eine Steigerungsrate von 36% angestrebt, tatsächlich belief sich diese auf 25%. Die gesamte Agrarproduktion sollte *jährlich* im Durchschnitt um 16% steigen; der tatsächliche Zuwachs betrug aber nur 11,5%. Jährlich sollten die Kolchosen und Sowchosen 215 bis 220 Mio. t Getreide einbringen; sie ernteten aber nur rund 200 Mio. t.

Insbesondere bei Getreide ergibt sich ein klaffender Widerspruch für 1980: Baibakows Beschönigungen laufen nämlich auf eine Getreideernte von 180 Mio. t hinaus. Dies ist aber nicht lagerfähige Speicherernte, sondern die Gesamtmenge bei Entladung der Mähdrescher. Im Durchschnitt machen diese Verluste durch Feuchtigkeitsgehalt, Körnerbeschädigung und Verunreinigungen 15% aus, dieses Jahr dagegen 18 – 20%. Somit kommt man auf eine Zahl von nur 140 – 145 Mio. t tatsächlich verwendbaren Getreides. (1978, als eine Rekordernte eingefahren wurde, waren dies noch ca. 185 Mio. t, 1979 noch 150 – 155 Mio. t.)

Die Ursachen für diesen enormen Rückgang sucht und findet die sowjetische Propaganda, wie üblich, im Wetter. Natürlich wirkte sich die wetterbedingte späte Aussaat in einem Land, in dem die Vegetationsperiode kürzer als in Westeuropa und den USA ist, negativ aus; ebenso die Regenfälle vor Einbringen der Ernte. Aber daß dies nicht der einzige Grund für die weit unterschrittenen Planziele sein kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Planer im „Entwurf zu den Richtlinien des 11. Fünfjahrplans für die Periode 1981 – 1985" die Ziele herabgesetzt haben: demnach soll die Agrarproduktion jährlich im Durchschnitt um 12 – 14% steigen. Die Getreideernte soll 238 – 243 Mio. t ausmachen, was allerdings höher liegt als vorher und den Ernst der Versorgungskrise widerspiegelt. Die Rekordernte von 237,2 Mio. t 1978 müßte dann *jedes Jahr* übertroffen werden. Gehen die sowjetischen Planer bei dieser Herabsetzung der Steigerungsraten – bei einigen Posten *unter* die Raten für 1976 – 80 – von sowieso schlechtem Wetter für die kommenden Jahre aus? Das wäre nur ein weiterer Beweis ihrer prophetischen Gaben.

Tatsache ist, daß auch in anderen Bereichen der Landwirtschaft die Ernte schlecht ausfiel: 1979 wurden nur 90 Mio. t *Kartoffeln* geerntet, 1980 waren es noch weniger. (Anvisiert wurden 102 Mio. t jährlich). Bei *Zückerrüben* erreichten die Kolchosen und Sowchosen die geplanten 96 Mio. t jährlich ebenfalls nicht. Bei *Sonnenblumen,* der wichtigsten Ölsaat der UdSSR, wurden 1979 statt der 7,7 Mio. t nach Plan lediglich unter 5,37 Mio. t geerntet. Einzige positive Ausnahme bildete *Baumwolle.*

Die schlechten Ergebnisse in der Getreide- und Kartoffelproduktion wirken sich auf den Alltag der Massen so aus, daß die Fleischrationen immer knapper werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Tierprodukten hängt entscheidend von der Lage bei Futtermitteln ab. Seit 1978 stagniert die sowjetische Tierproduktion. Dies bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung von 1978 auf 1979 um 0,8%, bei einer Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Lohneinkommen um 4,8% (darin drücken sich geringe Lohnsteigerungen, aber vor allem die wachsende Zahl von Lohnempfängern aus), und daher einer größeren Nachfrage nach Fleisch. Während die Vieh*bestände* 1978/79/80 weitgehend gleich blieben, sank die Fleisch*produktion* von Januar bis September 1980 um 1% ab, die von Milch um 4%.

Den Fehlbetrag von ca. 55 Mio. t müssen die Sozialimperialisten durch teure Getreideverkäufe auf dem Weltmarkt auszugleichen versuchen. Dies wird nicht so einfach sein. Eine gewisse Wirkung hat nach wie vor das US-Embargo, das, wie gerade bekanntgeworden, fortgesetzt werden soll. Außerdem geht aber die Produktion von Getreide weltweit zurück. Die Welternte liegt 1980/81 mit 1,416 Mrd. t um 9 Mio. t niedriger als 1979/80. Speziell bei Weizen rechnet der Internationale Weizenrat für 1980 mit 433 statt mit 444 Mio. t. Von den Hauptexporteuren USA, Kanada, EG, Australien und Argentinien können nur die USA und die EG ihre Ernte erhöhen. Die SU kauft aber ihr Getreide hauptsächlich in Argentinien und Kanada, in denen die Produktion zurückgeht. In jedem Fall haben diese Käufe die Auswirkung, daß die Entwicklungsländer, die mehr denn je auf Getreidelieferungen angewiesen sind, aufgrund ihres Devisenmangels bei den Aufkäufen nicht mithalten können. Die Versorgungskrise in der UdSSR verschlimmert somit noch die Nahrungsmittelversorgung in den Ländern der Dritten Welt.

ASEAN-Länder planen gemeinsame Autoproduktion

wirtschaft nicht erreicht hat. Noch Februar lautete die offzielle Schätzung für die diesjährige Getreideernte 235 Mio. t.

Aber inzwischen sind die wirklichen Zahlen heraus. Baibakow legte sie bereits seinem Bericht zugrunde, ohne sie auszusprechen. In den Jahren 1976 bis 80 hat eine gewisse Steigerung des Nationaleinkommens, der Industrie- wie der Agrarproduktion stattgefunden. Aber längst nicht die geplante. So sollte das Nationaleinkommen im letzten Jahrfünft um 24 bis 28% steigen, stieg aber in Wirklichkeit nur um 20%. Für die Industrieproduktion war eine Steigerungsrate von 36% angestrebt, tatsächlich belief sich diese auf 25%. Die gesamte Agrarproduktion sollte jährlich im Durchschnitt um 16% steigen; der tatsächliche Zuwachs betrug aber nur 11,5%. Jährlich sollten die Kolchosen und Sowchosen 215 bis 220 Mio. t Getreide einbringen; sie ernteten aber nur rund 200 Mio. t.

Insbesondere bei Getreide ergibt sich ein klaffender Widerspruch für 1980: Baibakows Beschönigungen laufen nämlich auf eine Getreideernte von 180 Mio. t hinaus. Dies ist aber nicht lagerfähige Speicherernte, sondern die Gesamtmenge bei Entladung der Mähdre-

gungen 15% aus, dieses Jahr dagegen 18 – 20%. Somit kommt man auf eine Zahl von nur 140 – 145 Mio. t tatsächlich verwendbaren Getreides. (1978, als eine Rekordernte eingefahren wurde, waren dies noch ca. 185 Mio. t, 1979 noch 150 – 155 Mio. t.)

Die Ursachen für diesen enormen Rückgang sucht und findet die sowjetische Propaganda, wie üblich, im Wetter. Natürlich wirkte sich die wetterbedingte späte Aussaat in einem Land, in dem die Vegetationsperiode kürzer als in Westeuropa und den USA ist, negativ aus; ebenso die Regenfälle vor Einbringen der Ernte. Aber daß dies nicht der einzige Grund für die weit unterschrittenen Planziele sein kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Planer im „Entwurf zu den Richtlinien des 11. Fünfjahrplans für die Periode 1981 – 1985" die Ziele herabgesetzt haben: demnach soll die Agrarproduktion jährlich im Durchschnitt um 12 – 14% steigen. Die Getreideernte soll 238 – 243 Mio. t ausmachen, was allerdings höher liegt als vorher und den Ernst der Versorgungskrise widerspiegelt. Die Rekordernte von 237,2 Mio. t 1978 müßte dann jedes Jahr übertroffen werden. Gehen die sowjetischen Planer bei dieser Herabsetzung der Steigerungsraten – bei einigen Po-

ein weiterer Beweis ihrer prophetischen Gaben.

Tatsache ist, daß auch in anderen Bereichen der Landwirtschaft die Ernte schlecht ausfiel: 1979 wurden nur 90 Mio. t Kartoffeln geerntet, 1980 waren es noch weniger. (Anvisiert wurden 102 Mio. t jährlich). Bei Zückerrüben erreichten die Kolchosen und Sowchosen die geplanten 96 Mio. t jährlich ebenfalls nicht. Bei Sonnenblumen, der wichtigsten Ölsaat der UdSSR, wurden 1979 statt der 7,7 Mio. t nach Plan lediglich unter 5,37 Mio. t geerntet. Einzige positive Ausnahme bildete Baumwolle.

Die schlechten Ergebnisse in der Getreide- und Kartoffelproduktion wirken sich auf den Alltag der Massen so aus, daß die Fleischrationen immer knapper werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Tierprodukten hängt entscheidend von der Lage bei Futtermitteln ab. Seit 1978 stagniert die sowjetische Tierproduktion. Dies bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung von 1978 auf 1979 um 0,8%, bei einer Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Lohneinkommen um 4,8% (darin drücken sich geringe Lohnsteigerungen, aber vor allem die wachsende Zahl von Lohnempfängern

gleich blieben, sank die Fleischproduktion von Januar bis September 1980 um 1% ab, die von Milch um 4%.

Den Fehlbetrag von ca. 55 Mio. t müssen die Sozialimperialisten durch teure Getreideverkäufe auf dem Weltmarkt auszugleichen versuchen. Dies wird nicht so einfach sein. Eine gewisse Wirkung hat nach wie vor das US-Embargo, das, wie gerade bekanntgeworden, fortgesetzt werden soll. Außerdem geht aber die Produktion von Getreide weltweit zurück. Die Welternte liegt 1980/81 mit 1,416 Mrd. t um 9 Mio. t niedriger als 1979/80. Speziell bei Weizen rechnet der Internationale Weizenrat für 1980 mit 433 statt mit 444 Mio. t. Von den Hauptexporteuren USA, Kanada, EG, Australien und Argentinien können nur die USA und die EG ihre Ernte erhöhen. Die SU kauft aber ihr Getreide hauptsächlich in Argentinien und Kanada, in denen die Produktion zurückgeht. In jedem Fall haben diese Käufe die Auswirkung, daß die Entwicklungsländer, die mehr denn je auf Getreidelieferungen angewiesen sind, aufgrund ihres Devisenmangels bei den Aufkäufen nicht mithalten können. Die Versorgungskrise in der UdSSR verschlimmert somit noch die Nahrungsmittelversorgung in den Ländern der Dritten Welt.

ASEAN-Länder planen gemeinsame Autoproduktion

GM und Ford bieten Weltauto an / Wohin wollen die australischen Gewerkschaften

mat.Sydney. Autoproduktion in Wolfsburg, Köln oder Rüsselsheim – das bedeutet Fließband und Massenproduktion. Autoproduktion in Südostasien bedeutet oft Montage von einigen PKW im Monat. In Indonesien werden von 57 Herstellern 140 Modelle montiert; die Gesamtproduktion 1979 betrug 14000 Stück. Der Versuch der Regierung, durch hohe Importzölle auf fertige Autos die Konzerne zur Produktion im Land zu zwingen und auf diese Weise Anschluß an moderne Technologie zu gewinnen, ist bei derart niedrigen Stückzahlen von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Auch die Hoffnung, nationales Kapital würde in zunehmendem Umfang an der Zulieferindustrie beteiligt werden, ist nicht aufgegangen. Fast alle PKW werden aus importierten Bausätzen montiert, und wenn der Anteil an indonesischen Teilen mit 5 – 8% angegeben wird, handelt es sich meist nur um Reifen, Batterien und Farben.



Auto„produktion" in Indonesien: Montage von importierten Bausätzen



In den anderen ASEAN-Ländern (Singapur, Thailand, Malaysia und Philippinen) ist die Situation nicht viel anders. Ihr gemeinsamer PKW-Markt könnte eine Produktion jedoch rentabel machen. Die Produktion von PKW ist deshalb eines der gemeinsamen Projekte, die die Länder seit geraumer Zeit anstreben. Jetzt sind sie übereingekommen, eine Aufteilung von bisher nicht produzierten Teilen vorzunehmen. Auf der Grundlage nationaler „Wunschlisten" wurde die Scheinwerferherstellung an Malaysia vergeben, Lenkungssysteme sollen in Indonesien hergestellt werden, Benzinpumpen in Singapur und Vergaser in Thailand. Vier Jahre lang sollen die Teile innerhalb ASEAN zu Vorzugszöllen gehandelt werden; Export in andere Länder ist bis zur Höhe von 75% der Produktion gestattet.

General Motors und Ford sehen das als willkommene Gelegenheit, die ASEAN-Länder in ihre strategische Weltmarktoffensive einzubinden. Ihre Pläne für ein „Weltauto", dessen Teile überall in der Welt in eigenen Tochterkonzernen hergestellt werden sollen, sind der Versuch, den Vorsprung des US-Kapitals in der 3. Welt vor ihren Konkurrenten zu nutzen. Sie warten nur auf die Gelegenheit, die Teileproduktion im ASEAN-Raum zu günstigen Bedingungen aufzunehmen.

Daß die Weltautopläne in Australien und Neuseeland die Schließung vieler Zulieferbetriebe bedeuten, zeichnet sich jetzt schon ab. Um die drohende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind die Gewerkschaften dort dabei, ein Gegenkonzept gegen das Weltauto zu entwickeln. Sie schlagen eine Autoproduktion für den pazifisch-asiatischen Raum vor, die sich auf Zusammenarbeit mit einem Konzern der „zweiten Riege" in Europa stützen soll. Durchsetzbar wäre dieses Konzept nur in scharfem Kampf gegen die Politik der Regierungen, die dem US-Kapital alle Tore öffnen. Die ähnlichen Interessen mit den ASEAN-Ländern könnten eine gute Grundlage für gemeinsames Vorgehen bilden. Als größtes Hindernis erweist sich dabei die chauvinistische Strömung in den Gewerkschaften, die Südostasien stattdessen als potentiellen Markt für einen australischen-neuseeländischen PKW anpreisen. So bleiben die ASEAN-Länder auf sich gestellt. Sie versuchen, die Zahl der Modelle zu reduzieren und dabei die Imperialisten gegeneinander auszuspielen. Indonesien hat die Einstellung von 68 Modellen von 27 Produzenten angekündigt und verhandelt über die Fortsetzung der übrigen Produktion unter anderem mit Toyota, Nissan, Citroen, Fiat und VW.

Beschlüsse der IGM-Tarifkommission: bis 8% und Anhebung unterer Tarifgruppen

ped. Folgende Forderungen beschlossen die bezirklichen Tarifkommissionen der IGM in der letzten Woche:

- Nordverbund: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%, mindestens aber um 125 DM. 2. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM in allen Stufen.
- Nordverbund: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%, mindestens aber um 125 DM. 2. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM in allen Stufen.
- Westberlin: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%. 2. Erhöhung der tariflichen Leistungszulagen von 13 (10) auf 16 (12) Prozent für Arbeiter (Angestellte). 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 50 DM in allen Stufen.
- Nordrhein-Westfalen: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%. 2. Streichung der Lohngruppe 2. 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung in allen Stufen um 55 DM.
- Hessen: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%. 2. Voraberhöhung der Löhne in den Lohngruppen 2 bis 5 um 25 DM. 3. Streichung aller Geldbeträge unter 1415 DM in der Gehaltstabelle. 4. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM (1. und 2. Lehrjahr) bzw. 50 DM (3. und 4. Lehrjahr).
- Baden-Württemberg: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 107 DM. 2. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%, mit der Maßgabe, daß die 107 DM auf die 8% angerechnet werden können. 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM in allen Stufen.
- Niedersachsen: 1. Vorweganhebung des Ecklohnes um 5 Pfennig. 2. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%. 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60% des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe 1, ca. 67 DM.

Vor den Beschlußfassungen hatte das „Handelsblatt" die 8% des IGM-Vorstandes kommentiert: „Diese Tarifrunde verläuft im alten Stil: Forderung 8%, Angebot 3%, Einigung bei 4,x% plus Strukturverbesserung = 5%. Der Dissens ist nicht arbeitskampffähig." Nach der ersten bezirklichen Beschlußfassung in Baden-Württemberg hingegen: „Im Krisenjahr 1981 droht ein tarifpolitischer Unfall". Woher der plötzliche Schreck? Die Forderung von Baden-Württemberg ist in einer Hinsicht stark – darin, daß zum „Verhandlungsspielraum" Stellung genommen wird. Die 107 DM entsprechen 6,6% auf den Ecklohn, d.h. bei einem Abschluß von 5% würden alle Lohngruppen diesen Festbetrag von 107 DM erhalten. Die Rechnung „8% – 3%, Einigung bei 4,x% plus y = 5%" stimmt nicht mehr. In der Resolution der baden-württembergischen Tarifkommission heißt es: „... erklärt, daß eine Lösung am Verhandlungstisch gesucht wird. Eins aber erklärt die Tarifkommission ausdrücklich: in bezug auf die stärkere Berücksichtigung der unteren Lohngruppen ist der Spielraum äußerst gering." Der Verhandlungsspielraum ist diesmal nicht einfach mehr bodenlos, wenngleich die 107 DM schon niedrig genug sind. Alle Tarifkommissionen mit Ausnahme der Westberliner haben zugleich eine starke Position gegen die Abkoppelung der unteren Tarifgruppen bezogen, indem sie in der einen oder anderen Form die überproportionale Anhebung der tariflichen Schranke für Mindestlöhne fordern. Dieses Element der Forderungen hat einen wesentlich entschiedeneren, ultimativen Charakter bekommen und würde der Absicht der Kapitalisten nach Auflösung des Tariflohnniveaus von unten über die wachsende Zahl der Arbeitslosen eine Schranke ziehen. So wundert die Befürchtung eines „tarifpolitischen Unfalls" für die Kapitalisten nicht. Mit ihren Worten gesprochen: Der Dissens ist arbeitskampffähig.

So läuft denn auch die Forderungsaufstellung innerhalb der IG Metall Hand in Hand mit der Beratung der Kampfschritte, die notwendig sein werden. In den Flugblättern des Nordverbundes heißt es: „Während der Laufzeit eines Tarifvertrages darf von Arbeitskampfmaßnahmen kein Gebrauch gemacht werden. Dies gilt auch für die Zeit von vier Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages. Diese Friedenspflicht gilt nur für die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, nicht aber für einzelne Mitglieder ... Die Friedenspflicht endet demnach am Sonnabend, dem 28. Februar." „Spontane" Streiks von Belegschaften noch während der Friedenspflicht, „offizieller" Aufruf zu Warnstreiks durch die Gewerkschaft nach Ende der Friedenspflicht (so wie die IG Metall es diesjährig bei den Verhandlungen um einen neuen Montagetarifvertrag praktiziert hat), Urabstimmung und Streik in einem Tarifbezirk, das sind die von der IG Metall bereitgehaltenen abgestuften Kampfschritte, um die Forderungen durchzusetzen. Ein flexibles Konzept. Auf der jüngsten Vertrauensleuteversammlung von Daimler Benz, Untertürkheim, ist etwa besprochen worden, daß neue Kampfformen wie Punktstreiks maximale Wirkung entfalten können noch unterhalb eines Flächenstreiks. Z.B. daß nicht das ganze Werk bestreikt wird, sondern nur bestimmte Produktionsbereiche wie etwa der Motorenbau. Ohne Vorbereitung der unumgänglichen Kampfaktionen wären die Forderungen auch nur die Hälfte wert.

Öffentlicher Dienst: 7%-Forderung vorgeschlagen

Rau greift Matthöfers Vorschläge für Lohnsenkung im öffentlichen Dienst auf

vol. Die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die ÖTV, DPG, GdED, GEW und die GdP werden ihren Tarifkommissionen die Aufstellung einer Forderung von 7% vorschlagen. Im einzelnen gibt es für die Forderungshöhe noch keine Begründung. Der ÖTV-Chef Kluncker hatte sich kurz vor der Beratung mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in einem Rundfunkinterview für eine Forderung ausgesprochen, die keinen Verhandlungsspielraum mehr beinhalte, sondern sehr nahe bei dem Abschluß liege. Gleichzeitig hatte er – wohl mit Blick auf die Planungen der Regierung – gegen Konzertierte Aktionen Stellung genommen, da dort versucht werde, Lohnleitlinien gegen die Interessen der Gewerkschaften durchzusetzen.



Das Innenministerium hat mit einem Rechtsgutachten die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Beamten im Poststreik behauptet. Auf dem Bild: Polizeibeamte in Hamburg unterstützen die Aktionen der Postler.

Fast gleichzeitig mit den DGB-Gewerkschaften, die insgesamt 2,1 Mio. der 4,4 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertreten, haben der Beamtenbund und die DAG ihre Forderungen bekanntgegeben. Der Beamtenbund, der mit 800000 Mitgliedern 50% der 1,6 Mio. Beamten – mit Schwerpunkt bei den mittleren und höheren – vertritt, hat eine Forderung von 5,5% empfohlen, sich aber noch das Hintertürchen offengelassen, bis Februar eventuell aufgrund der „wirtschaftlichen Entwicklung" die Forderung noch zu erhöhen. Die DAG hat eine Forderung um die 6% angepeilt. Da für die Beamtenbesoldung ein Beschluß des Parlaments herbeigeführt werden muß, sie also insofern von den Verhandlungen für die Arbeiter und Angestellten getrennt sind, ist der Vorschlag des Beamtenbundes, so wie er jetzt steht, eine direkte Einladung an die Regierungen, das „Sonderopfer" vielleicht doch zu versuchen.

Die Forderungsempfehlung der ÖTV-Gewerkschaften von 7% ist um ein Prozent niedriger als die Prozenthöhe der Forderungen der IGM. Bei der untersten Lohngruppe z.B. der VIII (Bund), II (Land), I (Gemeinden) der Arbeiter (1579,22 DM) wären 7% 110,50 DM, was etwas über dem Mindestbetrag der Forderung der IGM in Baden-Württemberg liegt. Gelingt es dem Dienstherrn, die 7% auf 4 bis 5% zu drücken, wird die Forderung der ÖTV allerdings schlechter als die der IGM. Da die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in ihrer Empfehlung auf jede stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen verzichtet haben, wird ein reiner Prozentabschluß von 4–5% gerade die unteren Lohn-, Gehalts- und Besoldungsgruppen treffen. Ein Festbetrag für die unteren Lohngruppen würde deshalb die Kampfkraft gerade in den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbereichen stärken, die das Rückgrat der ÖTV bei Streikaktionen waren.

Eine solche Verbesserung der Forderung wäre günstig angesichts der Vorbereitungen und Absichtserklärungen der Landes- und Bundesregierungen. In allen Ländern haben die Regierungen einen Stellenstopp, eine teilweise Streichung der freiwerdenden Stellen bzw. eine 3- bis 6monatige Nichtbesetzung beschlossen. Zusätzlich soll so von Monat zu Monat die Arbeitsintensität gesteigert werden. Im Durchschnitt werden in den öffentlichen Diensten jedes Jahr 7% der Stellen frei, je nach Regelung soll die Arbeitsbelastung um 1 bis 3% wachsen.

Obwohl im Finanzplanungsrat der Vorschlag der NRW-Landesregierung (SPD) – nach Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge um ein halbes Jahr und/oder ein Festgeld zwischen 80 und 100 DM für alle, die Gehaltserhöhungen der Beamten später und nur teilweise – außer beim CDU-Finanzminister von Rheinland-Pfalz Gaddum keine Unterstützung erhielt, hat die NRW-Landesregierung sich an Schmidt mit den gleichen Forderungen gewandt. (siehe auch Seite 1) Auch wenn die CDU sich im Augenblick weigert *offen* die Lohnsenkungspolitik der SPD im öffentlichen Dienst mitzutragen, sind diese Vorschläge nicht vom Tisch. Innenminister Baum (FDP) hat ja ausdrücklich betont, daß er die gleichen Vorschläge von Lambsdorf nur deshalb kritisiere, weil so seine Vorschläge für die „Vorgespräche" mit den Gewerkschaften noch in diesem Jahr schon öffentlich verhandelt werden.

Raus Vorschlag des Festgeldes würde für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Erhöhung von 2,5 bis 5% bedeuten. Insgesamt beabsichtigen seine Forderungen, die DGB-Gewerkschaften kreuz und quer zu spalten. Sie haben deshalb diese Vorschläge scharf abgelehnt.

Auf den Tisch kommen diese Pläne spätestens erneut dann, wenn der jetzige Haushaltsentwurf der Bundesregierung, die entsprechenden Entwürfe der Länder und Gemeinden aufgrund der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise des westdeutschen Kapitalismus nicht zu halten sind. Die Bundesbank hat im Dezemberbericht angekündigt, daß sie eine Entwicklung wie im Jahre 1980, in dem die Neuverschuldung den Plan um 10 Mrd. überstieg, für unhaltbar hält. So sind die Banken direkt aufgefordert, bei einer größeren Kreditaufnahme als 1980 (57 Mrd. DM) durch den Staat den Kredit zu sperren. „Inwieweit die Bemühungen der Länder um eine Begrenzung des Ausgabenwachstums erfolgreich sein werden, hängt angesichts des großen Gewichts der Personalkosten in ihren Etats weit stärker als beim Bund vom Tarifabschluß im öffentlichen Dienst ab. Ein ... angemessener und maßvoller Tarifabschluß im öffentlichen Dienst würde es auch den Gemeinden erleichtern, ihr derzeit starkes Ausgabenwachstum zu dämpfen."

der Löhne und Gehälter um 107 DM. 2. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%, mit der Maßgabe, daß die 107 DM auf die 8% angerechnet werden können. 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM in allen Stufen.

- Niedersachsen: 1. Vorweganhebung des Ecklohnes um 5 Pfennig. 2. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%. 3. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60% des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe 1, ca. 67 DM.

Vor den Beschlußfassungen hatte das „Handelsblatt" die 8% des IGM-Vorstandes kommentiert: „Diese Tarifrunde verläuft im alten Stil: Forderung 8%, Angebot 3%, Einigung bei 4,x% plus Strukturverbesserung = 5%. Der Dissens ist nicht arbeitskampffähig." Nach der ersten bezirklichen Beschlußfassung in Baden-Württemberg hingegen: „Im Krisenjahr 1981 droht ein tarifpolitischer Unfall". Woher der plötzliche Schreck? Die Forderung von Baden-Württemberg ist in einer Hinsicht stark – darin, daß zum „Verhandlungsspielraum" Stellung genommen wird. Die 107 DM entsprechen 6,6% auf den Ecklohn, d.h. bei einem Abschluß von 5% würden alle Lohngruppen diesen Festbetrag von 107 DM erhalten. Die Rechnung „8% – 3%, Einigung bei 4,x% plus y

bundes heißt es: „Während der Laufzeit eines Tarifvertrages darf von Arbeitskampfmaßnahmen kein Gebrauch gemacht werden. Dies gilt auch für die Zeit von vier Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages. Diese Friedenspflicht gilt nur für die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, nicht aber für einzelne Mitglieder ... Die Friedenspflicht endet demnach am Sonnabend, dem 28. Februar." „Spontane" Streiks von Belegschaften noch während der Friedenspflicht, „offizieller" Aufruf zu Warnstreiks durch die Gewerkschaft nach Ende der Friedenspflicht (so wie die IG Metall es diesjährig bei den Verhandlungen um einen neuen Montagetarifvertrag praktiziert hat), Urabstimmung und Streik in einem Tarifbezirk, das sind die von der IG Metall bereitgehaltenen abgestuften Kampfschritte, um die Forderungen durchzusetzen. Ein flexibles Konzept. Auf der jüngsten Vertrauensleuteversammlung von Daimler Benz, Untertürkheim, ist etwa besprochen worden, daß neue Kampfformen wie Punktstreiks maximale Wirkung entfalten können noch unterhalb eines Flächenstreiks. Z.B. daß nicht das ganze Werk bestreikt wird, sondern nur bestimmte Produktionsbereiche wie etwa der Motorenbau. Ohne Vorbereitung der unumgänglichen Kampfaktionen wären die Forderungen auch nur die Hälfte wert.

rung noch zu erhöhen. Die DAG hat eine Forderung um die 6% angepeilt. Da für die Beamtenbesoldung ein Beschluß des Parlaments herbeigeführt werden muß, sie also insofern von den Verhandlungen für die Arbeiter und Angestellten getrennt sind, ist der Vorschlag des Beamtenbundes, so wie er jetzt steht, eine direkte Einladung an die Regierungen, das „Sonderopfer" vielleicht doch zu versuchen.

Die Forderungsempfehlung der ÖTV-Gewerkschaften von 7% ist um ein Prozent niedriger als die Prozenthöhe der Forderungen der IGM. Bei der untersten Lohngruppe z.B. der VIII (Bund), II (Land), I (Gemeinden) der Arbeiter (1579,22 DM) wären 7% 110,50 DM, was etwas über dem Mindestbetrag der Forderung der IGM in Baden-Württemberg liegt. Gelingt es dem Dienstherrn, die 7% auf 4 bis 5% zu drücken, wird die Forderung der ÖTV allerdings schlechter als die der IGM. Da die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in ihrer Empfehlung auf jede stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen verzichtet haben, wird ein reiner Prozentabschluß von 4–5% gerade die unteren Lohn-, Gehalts- und Besoldungsgruppen treffen. Ein Festbetrag für die unteren Lohngruppen würde deshalb die Kampfkraft gerade in den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbereichen

der Landes- und Bundesregierungen. In allen Ländern haben die Regierungen einen Stellenstopp, eine teilweise Streichung der freiwerdenden Stellen bzw. eine 3- bis 6monatige Nichtbesetzung beschlossen. Zusätzlich soll so von Monat zu Monat die Arbeitsintensität gesteigert werden. Im Durchschnitt werden in den öffentlichen Diensten jedes Jahr 7% der Stellen frei, je nach Regelung soll die Arbeitsbelastung um 1 bis 3% wachsen.

Obwohl im Finanzplanungsrat der Vorschlag der NRW-Landesregierung (SPD) – nach Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge um ein halbes Jahr und/oder ein Festgeld zwischen 80 und 100 DM für alle, die Gehaltserhöhungen der Beamten später und nur teilweise – außer beim CDU-Finanzminister von Rheinland-Pfalz Gaddum keine Unterstützung erhielt, hat die NRW-Landesregierung sich an Schmidt mit den gleichen Forderungen gewandt. (siehe auch Seite 1) Auch wenn die CDU sich im Augenblick weigert *offen* die Lohnsenkungspolitik der SPD im öffentlichen Dienst mitzutragen, sind diese Vorschläge nicht vom Tisch. Innenminister Baum (FDP) hat ja ausdrücklich betont, daß er die gleichen Vorschläge von Lambsdorf nur deshalb kritisiere, weil so seine Vorschläge für die „Vorgespräche" mit den Gewerkschaften noch in diesem

öffentlichen Dienst eine Erhöhung von 2,5 bis 5% bedeuten. Insgesamt beabsichtigen seine Forderungen, die DGB-Gewerkschaften kreuz und quer zu spalten. Sie haben deshalb diese Vorschläge scharf abgelehnt.

Auf den Tisch kommen diese Pläne spätestens erneut dann, wenn der jetzige Haushaltsentwurf der Bundesregierung, die entsprechenden Entwürfe der Länder und Gemeinden aufgrund der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise des westdeutschen Kapitalismus nicht zu halten sind. Die Bundesbank hat im Dezemberbericht angekündigt, daß sie eine Entwicklung wie im Jahre 1980, in dem die Neuverschuldung den Plan um 10 Mrd. überstieg, für unhaltbar hält. So sind die Banken direkt aufgefordert, bei einer größeren Kreditaufnahme als 1980 (57 Mrd. DM) durch den Staat den Kredit zu sperren. „Inwieweit die Bemühungen der Länder um eine Begrenzung des Ausgabenwachstums erfolgreich sein werden, hängt angesichts des großen Gewichts der Personalkosten in ihren Etats weit stärker als beim Bund vom Tarifabschluß im öffentlichen Dienst ab. Ein ... angemessener und maßvoller Tarifabschluß im öffentlichen Dienst würde es auch den Gemeinden erleichtern, ihr derzeit starkes Ausgabenwachstum zu dämpfen."

Oslo: Streik der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

ref. Lillehammer. Am 4. Dezember streikten in Oslo ca. 11000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Sämtliche Kindertagesstätten waren geschlossen, in vielen Krankenhäusern, Pflegeheimen, kommunalen Einrichtungen wurde mindestens ein bis zwei Stunden gestreikt. Ursache ist die scharfe Kostendämpfungspolitik, die die Kommune Oslo in fast allen sozialen Bereichen durchführen will. So wird der Ausbautakt der Kindergärten halbiert, es werden weniger Altenheimplätze geschaffen, und vor allem sollen in allen Bereichen, besonders im Gesundheitswesen, Extrawachen eingeschränkt und die Arbeit rationalisiert werden. Gleichzeitig werden Abgaben und Tarife erhöht, so zum Beispiel für Dauermedikamente, für die die Patienten jetzt bis zu 35% Eigenanteil bezahlen sollen. Zu dem politischen Proteststreik hatten sich insgesamt 12 Gewerkschaften zusammengeschlossen, die ca. 15000 Mitglieder repräsentieren. In einem Kinderzug demonstrierten 800 Kinder gegen die Einsparungen bei den Kindergärten. Die Gewerkschaften wenden sich scharf gegen Rationalisierungsmaßnahmen, die die Krankenversorgung verschlechtern.

Die Streiks in Griechenland weiten sich aus

gih. Die griechischen Fluglotsen haben am vergangenen Samstag einen zweiten 88stündigen Warnstreik für bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen durchgeführt. Die Regierung hat daraufhin 30 Prozent der Fluglotsen dienstverpflichtet, um den Flugbetrieb überhaupt aufrechterhalten zu können. – Seit vergangenem Montag sind die 30000 Beschäftigten des Fernmeldewesens in einen 8tägigen Streik für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und Fünftagewoche getreten. – In Athen und im Umland der griechischen Hauptstadt legten ebenfalls am vergangenen Montag die Taxifahrer für 24 Stunden ihre Fahrzeuge still. Sie protestierten gegen Steuerbestimmungen der Regierung. – Ein Streik von 73000 Lehrern an staatlichen und privaten Schulen geht unterdessen in die zweite Woche. Dadurch haben 600000 griechische Schulkinder vorzeitig Ferien bekommen.

British Steel: 20000 neue Entlassungen angekündigt

gih. Mit weiteren Massenentlassungen und einer Lohnpause wollen die British-Steel-Kapitalisten den Staatskonzern sanieren. 200000 weitere Beschäftigte sollen entlassen werden. Bereits im letzten Jahr sind 520000 Beschäftigte entlassen worden. Z.Zt. arbeiten 132000 bei British-Steel. Außerdem sollen die Lohn- und Gehaltserhöhungen für ein halbes Jahr verschoben werden. Die Gewerkschaften haben sich zu den Plänen der Kapitalisten noch nicht geäußert. Vor einem Jahr hattenn die Gewerkschaften ein Lohnangebot über einen Zuwachs von 2% abgelehnt und 13 Wochen lang gestreikt.

Kurzmeldungen

Die Stahl-Tarifkommission NRW hat am 16.12. in Mülheim beschlossen, die Tarifverträge zum 31. Januar zu kündigen und am 23. Januar eine Lohnforderung aufzustellen. Die IG Metall sei nicht bereit, die von den Stahl-Kapitalisten vorgeschlagene Lohnpause zu akzeptieren, so der Essener Bezirksleiter Kurt Herb.

Eine Lohnerhöhung um 8 Prozent hat die IG Druck und Papier für die rund 113000 Beschäftigten in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik gefordert. Der Tarifvertrag läuft Ende Januar 1981 aus.

In der Flachglas-Verarbeitungsindustrie in Bayern ist der Arbeitskampf in vier von insgesamt fünf Betrieben beendet. Die Gewerkschaft IG Chemie und der Kapitalistenverband einigten sich am vergangenen Dienstag in Nürnberg darauf, die Löhne rückwirkend am 1. November um rund sieben Prozent zu erhöhen. Ab 1. Januar wird der Stundenlohn um 19 bis 23 Pfennig erhöht, wobei übertarifliche Zulagen angerechnet werden können. Auch die Angestellten erhalten ab 1. November rund sieben Prozent mehr Gehalt und ab 1. Januar monatlich 35 bis 40 DM mehr.



bag. Aarhus. Die beiden gewerkschaftlichen Organisationen der 35000 Lehrlinge und Berufsschüler in Dänemark riefen zu einem Aktionstag am 11.12. auf. Die Lehrlinge trugen ihre Forderungen „Lehrstellen für alle!", „Wiedereinführung des Lohns im 1. Lehrjahr" und „Aktionsrecht für Lehrlinge" in mehreren Betrieben vor (*Bild:* in einer Druckerei); 400 besetzten mehrere Stunden lang die Industrie- und Handelskammer in Kopenhagen.

Durch einen Schlichtungsspruch werden die Tarife für die rund 15000 Beschäftigten in der Bayerischen kunststoffverarbeitenden Industrie vom 1. Januar 1981 an um 6,2 Prozent erhöht. 5 Prozent mehr werden für November und Dezember bezahlt. Die neuen Verträge haben eine Laufzeit von 12 Monaten.

Am 13.12. wurden die Manteltarifverhandlungen für den Einzelhandel NRW abgeschlossen. Für die rund 350000 Beschäftigten wird es u.a. eine verbesserte Überstundenregelung geben. Ältere Beschäftigte mit langer Betriebszugehörigkeit können nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden. Auszubildende erhalten 4 Monate vor Ende der vertraglichen Ausbildungszeit Auskunft, ob sie in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Die mehr als 10000 Arbeiter der Berliner Heizungs-, Sanitär- und Klimabranche erhalten im kommenden Jahr eine Lohnerhöhung von 5,9 Prozent. Wie die IG Metall mitteilte, werden auch die Ausbildungsvergütungen um den gleichen Prozentsatz erhöht.

Auf Lohnerhöhungen von durchschnittlich rund 5,9 Prozent haben sich auch die Tarifparteien des Karosserie- und Fahrzeughandwerks für die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland geeinigt.



Am 12. Dezember haben die Arbeiter des Kasseler Enka-Werks den Betrieb besetzt und führen die Produktion weiter. Sie kämpfen gegen die für Januar angekündigte Schließung des Werks. Das Enka-Werk gehört zum niederländischen Chemiekonzern Akzo N.V. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat der Belegschaft seine Unterstützung zugesagt. 1976 waren wegen der Stillegung der Zellwollproduktion 1200 Arbeiter entlassen worden. Kassel weist die höchste Arbeitslosenquote in Hessen auf.

BDA-Jahresbericht: Lohnstückkosten mehr als verdoppelt

geh. Der Jammer über die in diesem Jahr stark angestiegenen Lohnstückkosten durchzieht den auf der BDA-Mitgliederversammlung 1980 vorgelegten Jahresbericht.

Jahr	Bruttoeinkommen	Produktivität	Lohnkosten	„bereinigte Produktivität"
70–74	12,5	3,7	8,5	2,9
1975	7,8	1,6	6,1	2,1
1976	7,8	6,1	1,6	4,7
1977	6,6	3,2	3,3	3,5
1978	5,4	2,5	2,8	3,2
1979	5,5	3,3	2,1	2,3
1980	6,5	1,5	5,0	0,5

Tatsächlich haben sich noch mehr als die Lohnstückkosten die anderen Kostenfaktoren erhöht. Allein im 1. Halbjahr 1980 sind die importierten Vorleistungen, das sind die Rohstoffe, Hilfsstoffe und Halbwaren, 33% teurer geworden, 1979 waren es 21%. Auch dem sollen die Arbeiter bei der Festlegung auf einen „produktivitätsorientierten Lohnabschluß" Rechnung tragen. Der BDA hat eine sogenannte „bereinigte Produktivität" eingeführt. Bereinigt um den Lohnkosteneffekt der Sozialleistungen wie auch um den Einfluß der Veränderungen des Austauschverhältnisses zwischen den Import- und Exportpreisen, den „Terms of Trade". Da verbleiben für 1980 nur 0,5% – 1981 wird es wegen der sinkenden Produktivität negativ werden. Die Tabelle zeigt auch, daß es den Kapitalisten in den letzten 10 Jahren nie gelungen ist, einen Abschluß auf die Größe der Produktivitätsrate zu reduzieren. Die gestiegenen Kosten sind auf die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit" durchgeschlagen. Sie haben stagniert, während 1978 und 1979 eine 7%ige bzw. 17%ige Steigerung vorhanden war. 1980 hat allein das Bankkapital den Schnitt gemacht; ein Hauch von Kritik weht durch den Bericht: „Darüberhinaus mußten die Unternehmen auch höhere Kapitalkosten hinnehmen." Rund 15% waren die Kosten für Wechsel- und Hypothekenzinsen höher, rund 33% in 1979.

Die Personalkosten sollen ebenfalls verringert werden. „Die Sozialkostenbelastung hat ein Ausmaß erreicht, das die internationale Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft gefährdet." Tatsächlich haben die direkten Arbeitgeberzahlungen dafür jedoch mit einer Steigerung um 5,4% bei einer Steigerung des Bruttosozialprodukts um 7,1% relativ abgenommen. Die Sozialquote wurde durch die Gesetze der Bundesregierung im letzten Jahr von 30,5% 1979 auf 30,1% gestoppt. Den größten Einfluß hatte die Umstellung der Renten auf die 4%-Anpassung. Das Nettorentenniveau (Altersruhegeld eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren im Verhältnis zum Nettoentgelt eines vergleichbar Versicherten) verminderte sich dadurch von 72,5% auf 71,5%. Der BDA fordert von der Bundesregierung Beibehaltung dieses Netto-Prinzips.

Arbeitslosenversicherung (V)

In den Ländern der 3. Welt steht der Aufbau der Sozialversicherung noch am Anfang

dog. In den siebziger Jahren haben die Länder der 3. Welt, unterstützt von der UNO, Anstrengungen im Aufbau eines Sozialversicherungssystems gemacht. Ihre Industrie ist konzentriert in den Zentren, der überwiegende Teil der Erwerbstätigen arbeitet in der Landwirtschaft, wo der Bedarf an Arbeitskräften stark schwankt. Sie bildet das Reservoir für Arbeitskräfte, das sie abstößt, aber auch wieder aufsaugt. In dem Maße, wie die Industrieproduktion sich ausbreitet und traditionelle Strukturen aufgelöst werden, wächst die Notwendigkeit gesellschaftlicher Regelungen für den Schutz bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit.

Beim Aufbau der Sozialversicherungen wird der Versorgung bei Krankheit und im Alter Vorrang eingeräumt. Die im folgenden dokumentierten gesetzlichen Regelungen für eine Arbeitslosenhilfe sind eines von wenigen Beispielen für Arbeitslosenversicherung in der 3. Welt. Sie wurden von vier indischen Bundesstaaten 1978 unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit eingeführt. 1977 waren 55% der indischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Über 70% arbeiteten in der Landwirtschaft, nur 11% in der Industrie. Das Durchschnittseinkommen eines Fabrikarbeiters lag 1975 bei 3171 Rupien im Jahr.

Kerala: Arbeitslosenleistungen werden an diejenigen gezahlt, die bei den Arbeitsämtern seit fünf oder mehr Jahren als arbeitslos registriert sind. Sie erhalten 400 Rupien im Jahr, sofern das Jahreseinkommen ihrer Familie 4000 Rupien nicht übersteigt. Der Bundesstaat Kerala hat 25,3 Mio. Einwohner. Im März 1978 betrug die Zahl der Arbeitslosen 885000. Die Empfänger der Arbeitslosenhilfe sind verpflichtet, zwei Monate lang an Gemeinschaftsprojekten der Regierung zu arbeiten.

Westbengalen: Am 1. April 1978 wurde ein beschränktes System von Arbeitslosenunterstützung eingeführt, was im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erweitert werden sollte. Anspruchsberechtigt waren diejenigen, die seit mindestens fünf Jahren bei einem Arbeitsamt registriert sind. Im ersten Jahr fielen 15000 Arbeitslose unter diese Regelung. Insgesamt 1,4 Mio. waren arbeitslos. Wo das Familieneinkommen unter 6000 Rupien lag, erhielten die Arbeitslosen 500 Rupien im Jahr, längstens für einen Zeitraum von drei Jahren. Die Arbeitslosenquote lag bei 3,5%.

Panjab: Arbeitslosenleistungen werden an jeden gezahlt, der als arbeitslos registriert ist. Das waren im März 1978 370000. Gezahlt werden 480 Rupien im Jahr, an Arbeitslose mit Universitätsausbildung 600 Rupien.

Maharashtra: Absolventen von Sekundarschulen, die drei Jahre als Arbeitslose registriert sind, erhalten für drei Jahre eine Beihilfe für die „Stellenjagd" in Höhe von 100 Rupien im Jahr. Arbeitslose mit Universitätsausbildung, die fünf Jahre registriert sind, haben Anspruch auf eine vom Staat geförderte Teilzeitbeschäftigung, gezahlt werden 100 Rupien im Monat für einen Zeitraum von drei Jahren. Arbeitslose mit dem Abschluß einer Sekundarschule erhalten bei Teilzeitbeschäftigung 75 Rupien im Monat. Maharashtra hat 59,5 Mio. Einwohner, im März 1978 waren 948000 Arbeitslose registriert. In diesem Zusammenhang wurde auch festgelegt, daß in Städten mit mehr als 100000 Einwohnern alle älteren Bedürftigen eine monatliche Beihilfe von 30 Rupien erhalten.

Daß Sonderregelungen für Arbeitslose mit Universitätsausbildung festgelegt wurden, hängt mit der relativ hohen Arbeitslosenquote bei den Akademikern zusammen. Ein großer Teil ist gezwungen, seine Arbeitskraft im Ausland zu verkaufen. Insgesamt sind die Zahlungen niedrig und werden erst nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt.

Rationalisierungsschutzabkommen für die Beschäftigten in der Wohnungswirtschaft in Kraft getreten

dog. Am 1. November ist für die Beschäftigten in der Wohnungswirtschaft ein Tarifvertrag über Rationalisierungsschutz in Kraft getreten. Fast ein Jahr lang hatte die IG Bau Steine Erden mit den Kapitalisten in der Wohnungswirtschaft verhandelt. Von seiten der Gewerkschaft wurde angestrebt, im Falle von Betriebsschließungen oder Verlegungen sowie bei Zusammenlegung mit anderen Betrieben und der Änderung der Betriebsstruktur Entlassungen und Lohn- und Gehaltskürzungen zu verhindern. Durch die Einführung neuer Techniken wie der elektronischen Datenverarbeitung hatten sich die Qualifikationsanforderungen geändert und war in den Büros kräftig rationalisiert worden.

Das abgeschlossene Rationalisierungsschutzabkommen gilt für Arbeiter und Angestellte. Es enthält folgende Festlegungen:

– Die Betriebsräte müssen rechtzeitig und umfassend über künftigen Perso-

nen ein gleichwertiger und zumutbarer Arbeitsplatz angeboten werden.

– Kann ein gleichwertiger Arbeitsplatz nicht angeboten werden, muß die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unter geänderten Bedingungen angeboten werden. Für den Fall sind die bisherigen Bezüge für ein halbes Jahr nach Ablauf der Kündigungsfrist weiterzuzahlen, wenn der Betroffene 35 Jahre alt und mindestens 10 Jahre im Betrieb ist.

– Die Kapitalisten kommen für alle Kosten im Zusammenhang mit einer Umschulung auf.

– Bei Entlassungen werden je nach Lebensalter und Betriebszugehörigkeit bis zu acht Monatsgehälter als Abfindung gezahlt.

– Die bisher nur für Angestellte geltende Regelung des Manteltarifvertrages, daß bei mehr als 10jähriger Betriebszugehörigkeit und einem Alter von mindestens 55 Jahren oder bei

IG Metall führt Prozeß um Krankenkassenbeitragssätze

AOKs wollen Finanzausgleich zwischen allen Kassen / Übel an der Wurzel gepackt?

eines Sozialversicherungssystems gemacht. Ihre Industrie ist konzentriert in den Zentren, der überwiegende Teil der Erwerbstätigen arbeitet in der Landwirtschaft, wo der Bedarf an Arbeitskräften stark schwankt. Sie bildet das Reservoir für Arbeitskräfte, das sie abstößt, aber auch wieder aufsaugt. In dem Maße, wie die Industrieproduktion sich ausbreitet und traditionelle Strukturen aufgelöst werden, wächst die Notwendigkeit gesellschaftlicher Regelungen für den Schutz bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit.

Beim Aufbau der Sozialversicherungen wird der Versorgung bei Krankheit und im Alter Vorrang eingeräumt. Die im folgenden dokumentierten gesetzlichen Regelungen für eine Arbeitslosenhilfe sind eines von wenigen Beispielen für Arbeitslosenversicherung in der 3. Welt. Sie wurden von vier indischen Bundesstaaten 1978 unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit eingeführt. 1977 waren 55% der indischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Über 70% arbeiteten in der Landwirtschaft, nur 11% in der Industrie. Das Durchschnittseinkommen eines Fabrikarbeiters lag 1975 bei 3171 Rupien im Jahr.

als arbeitslos registriert sind. Sie erhalten 400 Rupien im Jahr, sofern das Jahreseinkommen ihrer Familie 4000 Rupien nicht übersteigt. Der Bundesstaat Kerala hat 25,3 Mio. Einwohner. Im März 1978 betrug die Zahl der Arbeitslosen 885000. Die Empfänger der Arbeitslosenhilfe sind verpflichtet, zwei Monate lang an Gemeinschaftsprojekten der Regierung zu arbeiten.

Westbengalen: Am 1. April 1978 wurde ein beschränktes System von Arbeitslosenunterstützung eingeführt, was im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erweitert werden sollte. Anspruchsberechtigt waren diejenigen, die seit mindestens fünf Jahren bei einem Arbeitsamt registriert sind. Im ersten Jahr fielen 15000 Arbeitslose unter diese Regelung. Insgesamt 1,4 Mio. waren arbeitslos. Wo das Familieneinkommen unter 6000 Rupien lag, erhielten die Arbeitslosen 500 Rupien im Jahr, längstens für einen Zeitraum von drei Jahren. Die Arbeitslosenquote lag bei 3,5%.

Panjab: Arbeitslosenleistungen werden an jeden gezahlt, der als arbeitslos registriert ist. Das waren im März 1978 370000. Gezahlt werden 480 Rupien im

Maharashtra: Absolventen von Sekundarschulen, die drei Jahre als Arbeitslose registriert sind, erhalten für drei Jahre eine Beihilfe für die „Stellenjagd" in Höhe von 100 Rupien im Jahr. Arbeitslose mit Universitätsausbildung, die fünf Jahre registriert sind, haben Anspruch auf eine vom Staat geförderte Teilzeitbeschäftigung, gezahlt werden 100 Rupien im Monat für einen Zeitraum von drei Jahren. Arbeitslose mit dem Abschluß einer Sekundarschule erhalten bei Teilzeitbeschäftigung 75 Rupien im Monat. Maharashtra hat 59,5 Mio. Einwohner, im März 1978 waren 948000 Arbeitslose registriert. In diesem Zusammenhang wurde auch festgelegt, daß in Städten mit mehr als 100000 Einwohnern alle älteren Bedürftigen eine monatliche Beihilfe von 30 Rupien erhalten.

Daß Sonderregelungen für Arbeitslose mit Universitätsausbildung festgelegt wurden, hängt mit der relativ hohen Arbeitslosenquote bei den Akademikern zusammen. Ein großer Teil ist gezwungen, seine Arbeitskraft im Ausland zu verkaufen. Insgesamt sind die Zahlungen niedrig und werden erst nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt.

of Trade". Da verbleiben für 1980 nur 0,5% – 1981 wird es wegen der sinkenden Produktivität negativ werden. Die Tabelle zeigt auch, daß es den Kapitalisten in den letzten 10 Jahren nie

zum Nettoentgelt eines vergleichbar Versicherten) verminderte sich dadurch von 72,5% auf 71,5%. Der BDA fordert von der Bundesregierung Beibehaltung dieses Netto-Prinzips.

Rationalisierungsschutzabkommen für die Beschäftigten in der Wohnungswirtschaft in Kraft getreten

dog. Am 1. November ist für die Beschäftigten in der Wohnungswirtschaft ein Tarifvertrag über Rationalisierungsschutz in Kraft getreten. Fast ein Jahr lang hatte die IG Bau Steine Erden mit den Kapitalisten in der Wohnungswirtschaft verhandelt. Von seiten der Gewerkschaft wurde angestrebt, im Falle von Betriebsschließungen oder Verlegungen sowie bei Zusammenlegung mit anderen Betrieben und der Änderung der Betriebsstruktur Entlassungen und Lohn- und Gehaltskürzungen zu verhindern. Durch die Einführung neuer Techniken wie der elektronischen Datenverarbeitung hatten sich die Qualifikationsanforderungen geändert und war in den Büros kräftig rationalisiert worden.

Das abgeschlossene Rationalisierungsschutzabkommen gilt für Arbeiter und Angestellte. Es enthält folgende Festlegungen:

– Die Betriebsräte müssen rechtzeitig und umfassend über künftigen Perso-nalbedarf, geplante Investitionen und arbeitsorganisatorische Maßnahmen unterrichtet werden.

– Bei Umsetzungen, Versetzungen oder Umschulung muß dem Betroffe-

nen ein gleichwertiger und zumutbarer Arbeitsplatz angeboten werden.

– Kann ein gleichwertiger Arbeitsplatz nicht angeboten werden, muß die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unter geänderten Bedingungen angeboten werden. Für den Fall sind die bisherigen Bezüge für ein halbes Jahr nach Ablauf der Kündigungsfrist weiterzuzahlen, wenn der Betroffene 35 Jahre alt und mindestens 10 Jahre im Betrieb ist.

– Die Kapitalisten kommen für alle Kosten im Zusammenhang mit einer Umschulung auf.

– Bei Entlassungen werden je nach Lebensalter und Betriebszugehörigkeit bis zu acht Monatsgehälter als Abfindung gezahlt.

– Die bisher nur für Angestellte geltende Regelung des Manteltarifvertrages, daß bei mehr als 10jähriger Betriebszugehörigkeit und einem Alter von mindestens 55 Jahren oder bei 15jähriger Betriebszugehörigkeit und einem Alter von mehr als 50 Jahren die Kündigung nur noch aus wichtigen Gründen erfolgen darf, wird auf die Arbeiter jetzt auch angewendet.

IG Metall führt Prozeß um Krankenkassenbeitragssätze

AOKs wollen Finanzausgleich zwischen allen Kassen / Übel an der Wurzel gepackt?

hev. Die IG Metall unterstützt den Prozeß eines Schweißers aus Burgsteinfurt und zweier weiterer Mitglieder der westfälisch-lippischen AOK Steinfurt, die mit 14,2% 1980 den höchsten Beitragssatz aller bundesrepublikanischen Ortskrankenkassen verlangt. Die IG Metall will vom Bundesverfassungsgericht entscheiden lassen, ob „es mit dem Sozialstaatsprinzip und dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar ist, daß Arbeitnehmer für vergleichbare Leistungen solch unterschiedlich hohe Beiträge aufbringen müssen, ohne dabei die Möglichkeit zu haben, die Kasse zu wechseln." (Frankfurter Rundschau, 9.12.) Z.Zt. liegt die Klage noch beim Sozialgericht in Siegen.

Tatsächlich geht es nicht um irgendwelche abstrakte Grundsätze des Grundgesetzes, sondern um die unterschiedlichen Belastungen mit Krankenversicherungsbeiträgen, die zwischen 7% und über 14% in der gesetzlichen Krankenversicherung schwanken. Die 27 westfälisch-lippischen AOKs haben im Frühsommer ihre sog. Risikostruktur verglichen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die unterschiedlichen finanziellen Belastungen der Kassen vor allem abhängen

– vom Durchschnittslohn der Kassenmitglieder

– von der Zahl der mitversicherten Familienangehörigen

– von der Bevölkerungsdichte im Kassenbezirk

– vom Anteil der Kassenmitglieder an der Gesamtbevölkerungszahl

– von der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes

– von der Zahl der Anbieter von medizinischen Behandlungen aller Art.

Die ersten beiden Punkte haben sich als die entscheidenden herauskristallisiert. Als Beispiel nennt „Die Ortskrankenkasse" 22/80 die Mitglieder der AOK A., die einen Durchschnittslohn von jährlich 23000 DM erzielen und für einen Jahresbeitrag von 2760 DM 12% Mitgliedsbeitrag zahlen müssen, während die der AOK B. mit einem jährlichen Grundlohn von 21000 DM für die gleiche Beitragssumme 13,1% Beitrag aufbringen müssen. Hohe Kosten entstehen den Münsterländer AOKs durch die große Zahl der mitversicherten Familienangehörigen, während die Ortskrankenkassen des Ruhrgebiets ihre finanziellen Probleme wegen der großen Zahl der bei ihnen versicherten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger haben. Schließlich wurde gefunden, daß die Kassen in den Ballungsgebieten ausnahmslos Höchstausgaben für ärztliche Behandlung, Arzneien und Krankengeld aufweisen. Im Ergebnis zahlen die Mitglieder der gutgestellten AOKs bis zu 60 DM weniger als die Mitglieder von Krankenkassen mit schlechtem Risiko.

Als Überbrückungshilfe haben die genannten 27 AOKs in ihrer Vertreterversammlung am 30.9.80 für 2 Kassen für 1981 8,4 Mio. DM bereitgestellt, wobei sie ausdrücklich festhielten, „daß es nicht ihre Aufgabe ist, über einen Finanzausgleich schwierige soziale Probleme zu lösen." Ein solcher Finanzausgleich innerhalb der gleichen Kassenart ist nach §414b der Reichsversicherungsordnung (RVO) heute möglich, von den Ortskrankenkassen wird aber ein sog. „kassenübergreifender Finanzausgleich" gefordert, weil die guten Risiken – Angestellte mit geringerem Krankheitsrisiko, gutverdienende Arbeiter – zu den Ersatzkassen abwandern. Vom Staat verlangen sie, entweder die Beitragsunterschiede durch einen gesetzlich geregelten Finanzausgleich zu nivellieren oder „durch eine Veränderung der Risikostrukturen, also an der Wurzel des Übels, auszugleichen." Was mit „Veränderung der Risikostruktur" nun eigentlich gemeint ist, bleibt allerdings ziemlich unklar. Ein völliger Risikoausgleich wäre nur in der Einheitsversicherung möglich, dieses Ziel wird nicht ausdrücklich genannt, von DGB-Vertretern in den Kassen aber befürwortet. Elemente einer solchen Einheitsversicherung stecken ja auch schon im kassenübergreifenden Finanzausgleich. Beide von den AOKs ins Auge gefaßten Möglichkeiten packen das Übel der Versicherungsfinanzierung nicht an der Wurzel, weil sie erstens keine Verwirklichung der Einheitsversicherung bedeuten und zweitens die Tatsache nicht berücksichtigen, daß Versicherungskosten Bestandteil des Lohnes sind und deshalb *vollständig* von den Kapitalisten bezahlt werden müssen.

Verteilung der Beitragssätze der AOKs (1.7.1980)

Beitragssatz von	bis	Zahl der AOKs	Anteil der Mitgl.%
unter	9,0	7	2,83
10,0	10,4	7	2,32
10,5	10,9	33	13,50
11,0	11,4	51	26,70
11,5	11,9	55	16,82
12,0	12,4	51	17,78
12,5	12,9	44	12,29
13,0	13,4	14	4,22
13,5	13,9	9	3,19
14,0	u.höher	1	0,35

Frankreich: Neues Gesetz über Teilzeitarbeit verabschiedet

thh. Mit 1441600 ist die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten in Frankreich Ende 1980 um 7,1% höher als vor einem Jahr und hat eine neue Rekordmarke erreicht. Die Arbeitslosenquote liegt damit jetzt bei 7,8%. Nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen, 756095, sind Bezieher von Arbeitslosengeld. Die Preise sind nach Angaben der Regierung innerhalb eines Jahres um 13,6% gestiegen, nach Angaben des Instituts der Gewerkschaft CGT hat sich der durchschnittliche Warenkorb um 15,4% verteuert. Zwar wird die Steigerung der Stundenlöhne der Arbeiter mit 16% angegeben, die tatsächlich ausgezahlten Monatslöhne stiegen jedoch nur um 11,5% u.a. infolge von Kurzarbeit in vielen Bereichen.

Während diese Zahlen bekanntgegeben wurden, verabschiedete das Parlament ein neues Teilzeitarbeitsgesetz, das die Ausdehnung der Teilzeitarbeit beschleunigen soll. 6,4% aller Beschäftigten leisten heute Teilzeitarbeit. 1975 waren es noch 5,6%. Die überwältigende Mehrheit sind Frauen: 20% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, 5% aller Männer. Nach dem neuen Gesetz brauchen die Kapitalisten für die Einführung von Teilzeitarbeit nicht mehr zuzustimmen. Der Betriebsrat hat nur noch ein folgenloses Anhörungsrecht. Wer Teilzeit arbeitet, hat bei den Wahlen zu den betrieblichen Vertretungsorganen nur noch ein eingeschränktes Stimmrecht. Die Festlegung eines gesetzlich garantierten Mindestlohnes – von den Gewerkschaften gefordert – ist abgelehnt worden. Die Anbindung an den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn mit entsprechenden prozentualen Abschlägen bedeutet für die Mehrzahl der Teilzeitarbeiter, daß sie auch weiterhin von der gesetzlichen Sozialversicherung ausgeschlossen bleiben. Die Kapitalisten sparen die Arbeitgeberanteile für die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

Sowohl die CGT als auch die CFDT haben gegen die Verabschiedung des Gesetzes protestiert. Seit mehr als zwei Jahren verhandeln die französischen Gewerkschaften über eine Arbeitszeitverkürzung mit den Kapitalisten. Sie fordern die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden, zunächst für die Nachtschichtarbeiter und die Arbeiter an Fließbändern. Die Kapitalisten verlangen eine „flexible" Gestaltung der Arbeitszeit. Sie soll nur noch durch die Begrenzung der Jahresarbeitszeit eingeschränkt werden.

23,8 Mrd.-Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit

Den Kapitalisten zu „optimistisch“ / Sie fordern Ausdehnung der Zumutbarkeit

gkr. Am 12. Dezember hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit (BA) (⅓ in ihm sind Vertreter der Versicherten, ⅓ werden vom Staat entsandt und ⅓ von den Kapitalisten) den Haushaltsentwurf für 1981 beschlossen. Er muß jetzt noch von der Bundesregierung bestätigt werden. Von der Seite droht kein Ungemach mehr, denn allen Angaben nach wurde der Haushalt auf die Wünsche der Regierung hingetrimmt: Mit Ausgaben von 23,838 Mrd. DM wird er um 12% höher sein als im jetzt geltenden Finanzjahr. Die Arbeitslosenhilfe wird dabei im kommenden Jahr vollständig vom Staat übernommen. Der Bundeszuschuß, der demnach notwendig ist, um das Defizit zu decken, beträgt 3,647 Mrd. DM. Das ist fast exakt der Betrag, den die Bundesregierung in ihren Koalitionsabsprachen dafür vorgesehen hatte und den sie aus den Kassen der Rentenversicherung durch Kürzung des Bundeszuschusses an diese nehmen will.

Dem jetzigen Beschluß des Verwaltungsrates gingen längere Auseinandersetzungen innerhalb der BA voraus. Laut Gesetz hätte die Vorlage schon zum 1. September beschlossen werden müssen, zunächst aber wurden die Bundestagswahlen abgewartet. Der Vorstand korrigierte dann zum ersten Mal die Annahmen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nach oben. Nach dem ursprünglichen Entwurf wurden 8,6 Mrd. DM an Arbeitslosengeldzahlungen angenommen. Inzwischen steht hierfür im Haushaltsansatz ein Betrag von 10,6 Mrd. DM für eine angenommene Arbeitslosenzahl von 1,08 Mio. im Durchschnitt des Jahres 1981. Davon würden, so die Kalkulationen der Bundesanstalt, 567000 Arbeitslosengeld bekommen. Der jetzige Haushaltsentwurf geht nicht nur bei der Zahl der Arbeitslosen von den für die Versicherung günstigsten Zahlen aus, die der Wirtschaftsminister als voraussichtliche Entwicklung für 1981 genannt hat. Aber selbst unter diesen Annahmen (bei den Einnahmen dürfte der Haushaltsentwurf immer noch um gut 200 Mio. DM zu hoch liegen, legt man die vom Kabinett vorläufig festgelegten Planungsdaten für 1981 zugrunde) konnte der Ausgleich nur durch Einschränkungen vor allem bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erreicht werden.

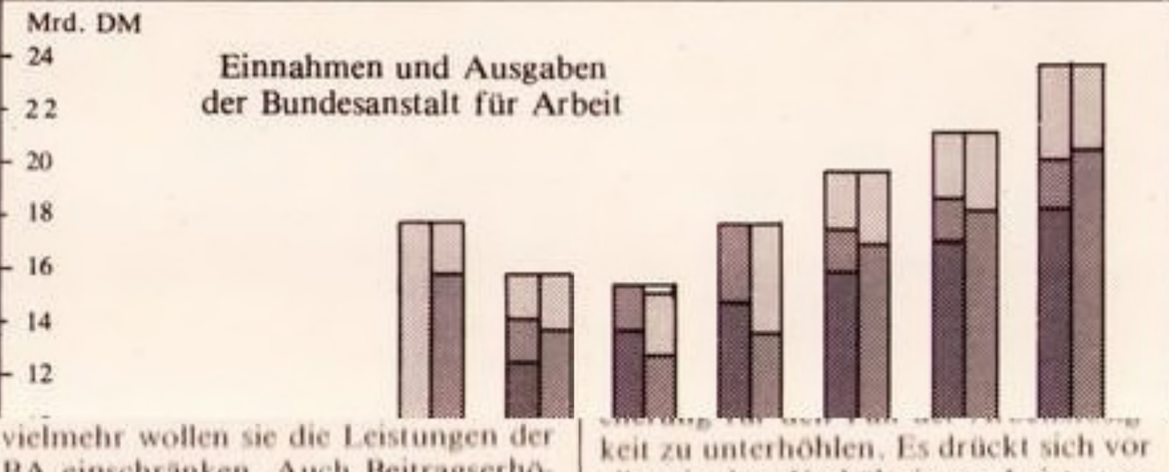
1,1 Mrd. DM waren im Jahre 1980 für „Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung“ vorgesehen, in diesem Jahr sollen es noch 850 Mio. DM sein. Auch in anderen Bereichen sind die Ansätze mittlerweile niedriger als im ersten Entwurf geplant oder sogar als im Vorjahr: Für Umschulung 1,55 Mrd. DM, 100 Mio. weniger als zunächst vorgesehen, aber immer noch deutlich höher als im Vorjahr; Förderung der Arbeitsaufnahme mit 650

rung dazu verpflichtet), würde auf 6,4 Mrd. DM ansteigen. Die Beweggründe für die Aufstellung dieses Haushalts nannte denn die Bundesanstalt in ihrer Presseerklärung: „Das Gremium (der Aufsichtsrat) betonte sein Bemühen, angesichts der äußerst angespannten Finanzlage des Bundes einerseits das Ausgabevolumen und den daraus resultierenden Zuschußbedarf so gering wie irgend möglich zu halten, andererseits die wegen der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage unverzichtbaren arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Bundesanstalt aber nicht über Gebühr einzuengen.“ Die Mehrheit im Aufsichtsrat kam dem Bestreben der sozialliberalen Koalition entgegen, in einer Lage, in der die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht ganz sicher abzusehen ist, möglichst wenige Konfliktpunkte zu schaffen. Den Kapitalistenvertretern im Aufsichtsrat sind solche Rücksichten auf die Regierung fremd, sie haben den Entwurf abgelehnt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ im Hinblick auf einen höheren Bundeszuschuß: „Damit stünden angesichts der Haushaltsmisere des Bundes eines Tages Leistungskürzungen oder eine Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung ins Haus.“ Weniger geht es den Kapitalisten um höhere Bundeszuschüsse, vielmehr wollen sie die Leistungen der BA einschränken. Auch Beitragserhöhungen wollen sie vermeiden, steigen doch schon zu Jahresbeginn die Beiträge zur Rentenversicherung und zu den Krankenversicherungen, und müssen die Kapitalisten diese Erhöhungen zum Teil bezahlen. Die Umschulungen sind noch zu hoch, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen auch nicht in diesem Maße sein. Vor allem aber sollen weniger Arbeitslose auch Arbeitslosengeld bekommen. Lambsdorff forderte die Kapitalisten auf, „arbeitsunwillige“ Arbeitslose zu melden, der CDU-Sozialexperte Franke hatte vorgerechnet, daß ein Arbeiter, der einige Monate im Jahr arbeitslos sei, sich besser stünde als ein Arbeiter, der das ganze Jahr arbeitet. Daß dies allenfalls für ledige Lohnabhängige, die ein Bruttoeinkommen von weit über 4000 DM haben, zutrifft, erschien da ganz unwichtig.

Vor allem aber, so ebenfalls die FAZ, müsse die „Gummiformulierung darüber, welche Tätigkeit einem Arbeitslosen zugemutet werden kann, im Arbeitsförderungsgesetz eindeutiger und schärfer“ gefaßt werden.

Die Bourgeoisie hatte das Arbeitsförderungsgesetz erst zum 1. August 1979 neu gefaßt, dort neben Maßnahmen zur Umschulung vor allem die Zumutbarkeitsregelungen. Danach steht dem Arbeitsmarkt nur zur Verfügung, wer sich täglich beim Arbeitsamt melden kann, Inkaufnahme von hohen Fahrtzeiten, Wochenendpendeln, nach längerer Arbeitslosigkeit auch Umzug werden erwartet, und schließlich Hinnahme niedrigeren Lohnes. Daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ jetzt, im Gleichklang mit der gesamten Bourgeoisie, über „Gummiformulierungen“ wettert, hat seinen Grund in der Formulierung des Gesetzes. Dies hebt ab auf die Prüfung des „Einzelfalles“ und legt keine endgültigen Richtlinien fest. Es war die Reaktion auf eine schärfere, detaillierter gefaßte Richtlinie der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahre 1978, gegen die es heftigen Protest seitens der Arbeiterbewegung gab.

Aber auch mit dieser „Gummiformulierung“ hat die Bourgeoisie schon einigen Erfolg gehabt, die Arbeitslosenversicherung als tatsächliche Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit zu unterhöhlen. Es drückt sich vor allem in dem Verhältnis von Leistungsempfängern (also Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) zu der gesamten Zahl der gemeldeten Arbeitslosen aus. Dies Verhältnis, das 1979 etwa 66,5% betragen hat, ist im Laufe dieses Jahres um fast vier Prozentpunkte gesunken, nachdem es schon in den vergangenen Jahren, allerdings erheblich langsamer, von 73% 1976 auf den Wert von 1979 gedrückt wurde. Alleine die Senkung des Anteils an Leistungsempfängern im vergangenen Jahr dürfte die Arbeitslosenversicherung einen Betrag von einer halben Milliarde DM eingebracht haben. Die Forderung der Bourgeoisie kann nichts anderes bedeuten, als mindestens den Erlaß der Bundesanstalt von 1978 jetzt in Gesetzesform zu gießen, möglichst noch ein Stück schärfer. Die Bourgeois wollen gegenwärtig die Lage der Lohnabhängigen drastisch verschlechtern. Ohne Angriff auf die Arbeitslosenversicherung wird das schwer gehen.



Berufsbildungsmaßnahmenn – finanziert aus der Arbeitslosenversicherung

ulw. Eine Steigerung der Teilnehmerzahlen an Maßnahmen der beruflichen Bildung um 21,6% in den ersten 4 Monaten dieses Jahres verkündete Ehrenberg als Erfolg der 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Mit Ausnahme der Erhöhung der Einarbeitungszuschüsse für die Kapitalisten bestanden die Maßnahmen der Novelle im wesentlichen in verschärftem Druck auf die Arbeitslosen. Die Beschäftigungsstruktur soll ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert werden, heißt es im Paragraphen 1 des AFG. Daran hat die Bourgeoisie natürlich gerade in krisenhaften Zeiten ein Interesse, denn was ihr an Mehrwert und Profit entgeht, weil sie auf dem Arbeitsmarkt nicht die für den konkreten Produktionsprozeß erforderliche Arbeitskraft mit den entsprechenden Qualifikationen vorfindet, fehlt ihr in der Konkurrenzschlacht. Sinn und Zweck des AFG ist es, über „aktive Arbeitsmarktpolitik“ diesen Mangel zu beheben. Ein Teil der dazu vorgesehenen Maßnahmen sind die der beruflichen Bildung: Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Die Maßnahmearten werden im Gesetz folgendermaßen unterschieden: Ziel der Fortbildung ist es, „berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten festzustellen, zu erhalten, zu erweitern oder der technischen Entwicklung anzupassen, oder einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen“ (§41 AFG). Unter Umschulung sind Maßnahmen gefaßt, die das Ziel haben, Teilnehmern „den Übergang in eine andere geeignete berufliche Tätigkeit zu ermöglichen, insbesondere um die berufliche Beweglichkeit zu sichern oder zu verbessern“ (§47 AFG). Es werden nicht nur Teilnehmer gefördert, die vor der Maßnahme arbeitslos waren, sondern im Rahmen der „weitschauenden Strukturpolitik“ auch solche, deren Arbeitsplatz von den Kapitalisten als gefährdet erklärt wurde.

	1969	1972	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Arbeitslose in Tsd.	179	246	582	1074	1060	1030	993	876
Neueintritte in Tsd.								
Fortbildungsmaßnahmen	–	–	–	216	117	101	129	150
Umschulungen	–	–	–	37	19	20	26	31
Einarbeitung	–	–	–	18	15	15	21	29
Insgesamt	–	260	233	271	152	136	175	209

Den größten Anteil an den Bildungsmaßnahmen nehmen die der Fortbildung ein, wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz. 1979 waren es rd. 72% (=rd. 150 Tsd.). Davon wurden 29% zu Industrie- und Handwerksmeister, Technikern und Betriebswirten ausgebildet. 48% der Maßnahmen dienten der Feststellung, Erweiterung und Anpassung der beruflichen Kenntnisse. Im wesentlichen wird darüber al-

kann. Der Anteil der Maßnahmen der betrieblichen Einarbeitung hat sich von 6,6% 1975 auf 13,7% 1979 erhöht. Das Arbeitsamt meldet hier die größten „Wiedereingliederungserfolge“, vor allem für die „Problemfälle“, Frauen und längerfristig Arbeitslose ohne Berufsausbildung. Die Grundlagen für die Erscheinungen, die die Bourgeoisie 1969 zur Verabschiedung des AFG veranlaßte, beschreibt Marx im Kapital folgendermaßen: „Durch große Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie (die große Industrie, d. Verf.) beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andererseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht;“ (...) „Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zu einer Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen.“ (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 511)

Die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter, die durch die beschriebene Gesetzmäßigkeit bewirkt wird, ist die Ursache dafür, daß aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst die Forderung nach Verbesserung der Bildung erhoben wird. So wandten sich die Gewerk-

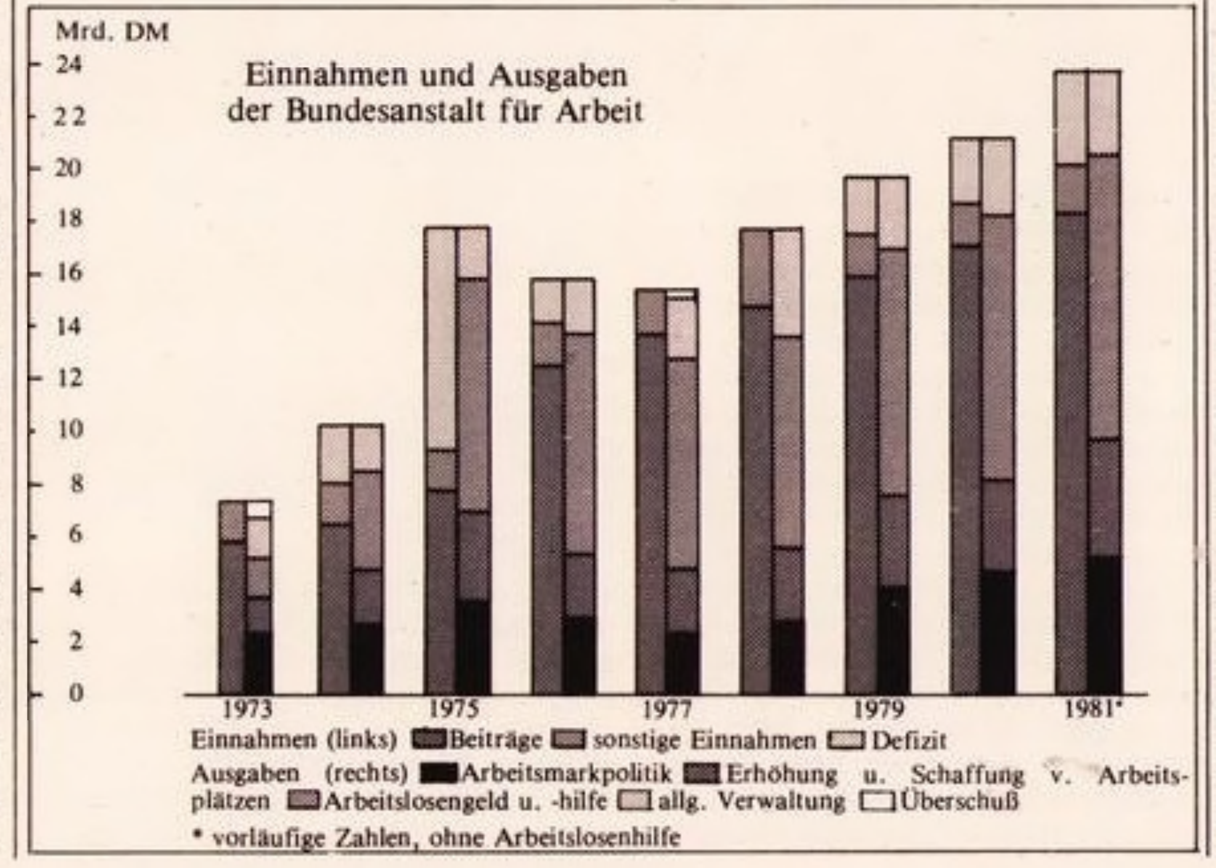
Mal die Annahmen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nach oben. Nach dem ursprünglichen Entwurf wurden 8,6 Mrd. DM an Arbeitslosengeldzahlungen angenommen. Inzwischen steht hierfür im Haushaltsansatz ein Betrag von 10,6 Mrd. DM für eine angenommene Arbeitslosenzahl von 1,08 Mio. im Durchschnitt des Jahres 1981. Davon würden, so die Kalkulationen der Bundesanstalt, 567000 Arbeitslosengeld bekommen. Der jetzige Haushaltsentwurf geht nicht nur bei der Zahl der Arbeitslosen von den für die Versicherung günstigsten Zahlen aus, die der Wirtschaftsminister als voraussichtliche Entwicklung für 1981 genannt hat. Aber selbst unter diesen Annahmen (bei den Einnahmen dürfte der Haushaltsentwurf immer noch um gut 200 Mio. DM zu hoch liegen, legt man die vom Kabinett vorläufig festgelegten Planungsdaten für 1981 zugrunde) konnte der Ausgleich nur durch Einschränkungen vor allem bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erreicht werden.

1,1 Mrd. DM waren im Jahre 1980 für „Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung“ vorgesehen, in diesem Jahr sollen es noch 850 Mio. DM sein. Auch in anderen Bereichen sind die Ansätze mittlerweile niedriger als im ersten Entwurf geplant oder sogar als im Vorjahr: Für Umschulung 1,55 Mrd. DM, 100 Mio. weniger als zunächst vorgesehen, aber immer noch deutlich höher als im Vorjahr; Förderung der Arbeitsaufnahme mit 650
Mio. DM, ca. 130 Mio. DM weniger als geplant. Leistungen zur Rehabilitation wurden um 100 Mio. DM auf 1,2 Mrd. DM gekürzt. Unter ungünstigeren Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr, so wie es z.B. die Wirtschaftsforschungsinstitute in einer Gemeinschaftsdiagnose geäußert haben, würde die Bilanz für die Bundesanstalt für Arbeit wesentlich anders aussehen: Der Fehlbetrag, den der Bundeshaushalt zu decken hätte (laut Gesetz ist die Regie-

vielmehr wollen sie die Leistungen der BA einschränken. Auch Beitragserhöhungen wollen sie vermeiden, steigen doch schon zu Jahresbeginn die Beiträge zur Rentenversicherung und zu den Krankenversicherungen, und müssen die Kapitalisten diese Erhöhungen zum Teil bezahlen. Die Umschulungen sind noch zu hoch, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen auch nicht in diesem Maße sein. Vor allem aber sollen weniger Arbeitslose auch Arbeitslosengeld bekommen. Lambsdorff forderte die Kapitalisten auf, „arbeitsunwillige“ Arbeitslose zu melden, der CDU-Sozialexperte Franke hatte vorgerechnet, daß ein Arbeiter, der einige Monate im Jahr arbeitslos sei, sich besser stünde als ein Arbeiter, der das ganze Jahr arbeitet. Daß dies allenfalls für ledige Lohnabhängige, die ein Bruttoeinkommen von weit über 4000 DM haben, zutrifft, erschien da ganz unwichtig.

Vor allem aber, so ebenfalls die FAZ, müsse die „Gummiformulierung

keit zu unterhöhlen. Es drückt sich vor allem in dem Verhältnis von Leistungsempfängern (also Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) zu der gesamten Zahl der gemeldeten Arbeitslosen aus. Dies Verhältnis, das 1979 etwa 66,5% betragen hat, ist im Laufe dieses Jahres um fast vier Prozentpunkte gesunken, nachdem es schon in den vergangenen Jahren, allerdings erheblich langsamer, von 73% 1976 auf den Wert von 1979 gedrückt wurde. Alleine die Senkung des Anteils an Leistungsempfängern im vergangenen Jahr dürfte die Arbeitslosenversicherung einen Betrag von einer halben Milliarde DM eingebracht haben. Die Forderung der Bourgeoisie kann nichts anderes bedeuten, als mindestens den Erlaß der Bundesanstalt von 1978 jetzt in Gesetzesform zu gießen, möglichst noch ein Stück schärfer. Die Bourgeois wollen gegenwärtig die Lage der Lohnabhängigen drastisch verschlechtern. Ohne Angriff auf die Arbeitslosenversicherung wird das schwer gehen.



	1969	1972	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Arbeitslose in Tsd.	179	246	582	1074	1060	1030	993	876
Neueintritte in Tsd.								
Fortbildungsmaßnahmen	–	–	–	216	117	101	129	150
Umschulungen	–	–	–	37	19	20	26	31
Einarbeitung	–	–	–	18	15	15	21	29
Insgesamt	–	260	233	271	152	136	175	209

len, zu erhalten, zu erweitern oder der technischen Entwicklung anzupassen, oder einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen“ (§41 AFG). Unter Umschulung sind Maßnahmen gefaßt, die das Ziel haben, Teilnehmern „den Übergang in eine andere geeignete berufliche Tätigkeit zu ermöglichen, insbesondere um die berufliche Beweglichkeit zu sichern oder zu verbessern“ (§47 AFG). Es werden nicht nur Teilnehmer gefördert, die vor der Maßnahme arbeitslos waren, sondern im Rahmen der „weitschauenden Strukturpolitik“ auch solche, deren Arbeitsplatz von den Kapitalisten als gefährdet erklärt wurde.

Den größten Anteil an den Bildungsmaßnahmen nehmen die der Fortbildung ein, wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz. 1979 waren es rd. 72% (=rd. 150 Tsd.). Davon wurden 29% zu Industrie- und Handwerksmeister, Technikern und Betriebswirten ausgebildet. 48% der Maßnahmen dienten der Feststellung, Erweiterung und Anpassung der beruflichen Kenntnisse. Im wesentlichen wird darüber al-
so der untere und mittlere Führungsnachwuchs der Kapitalisten ausgebildet und den Kapitalisten die Kosten für notwendige Ausbildung aufgrund technischer Veränderungen in der Produktion abgenommen. Die Umschulungen, deren Anteil 1979 bei 14,7% lag und damit seit 1977 stagniert, sollen den Kapitalisten diejenige Arbeitskraft verfügbar machen, deren bisherige Qualifikation nicht gefragt ist oder die aufgrund von Krankheit die bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben

cherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht;“ (...) „Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zu einer Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen.“ (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 511)

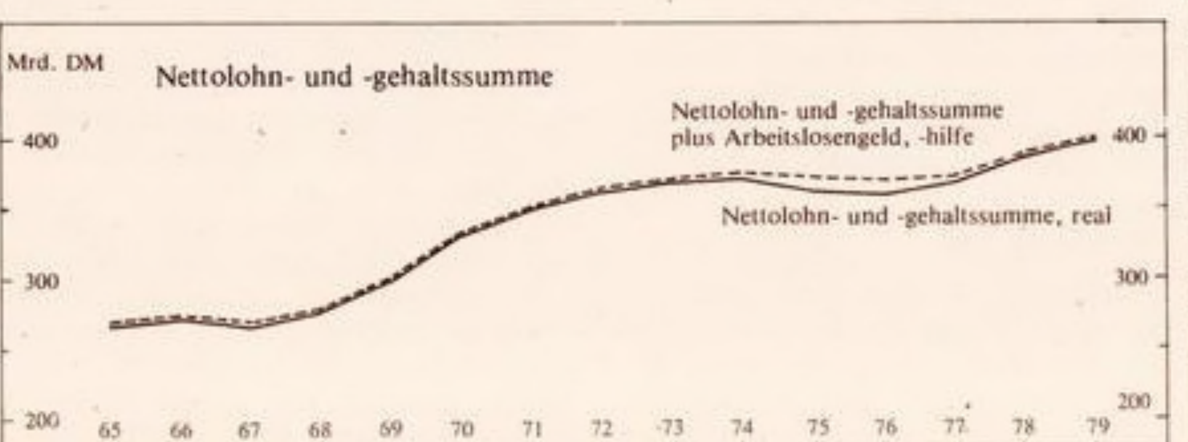
Die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter, die durch die beschriebene Gesetzmäßigkeit bewirkt wird, ist die Ursache dafür, daß aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst die Forderung nach Verbesserung der Bildung erhoben wird. So wandten sich die Gewerk-
schaften gegen die Einschränkung des Zugangs zu den Berufsbildungsmaßnahmen durch das Haushaltsstrukturgesetz 1975. Das Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen weit über die Zahl der offenen Stellen, bei gleichzeitiger Leere in den Kassen der Arbeitslosenversicherung, diente als Begründung für die Kürzungen des Unterhaltsgeldes. Seitdem wurde die Teilnehmerzahl an den berufsbildenden Maßnahmen stets knapp unter dem Niveau der offenen Stellen gehalten.

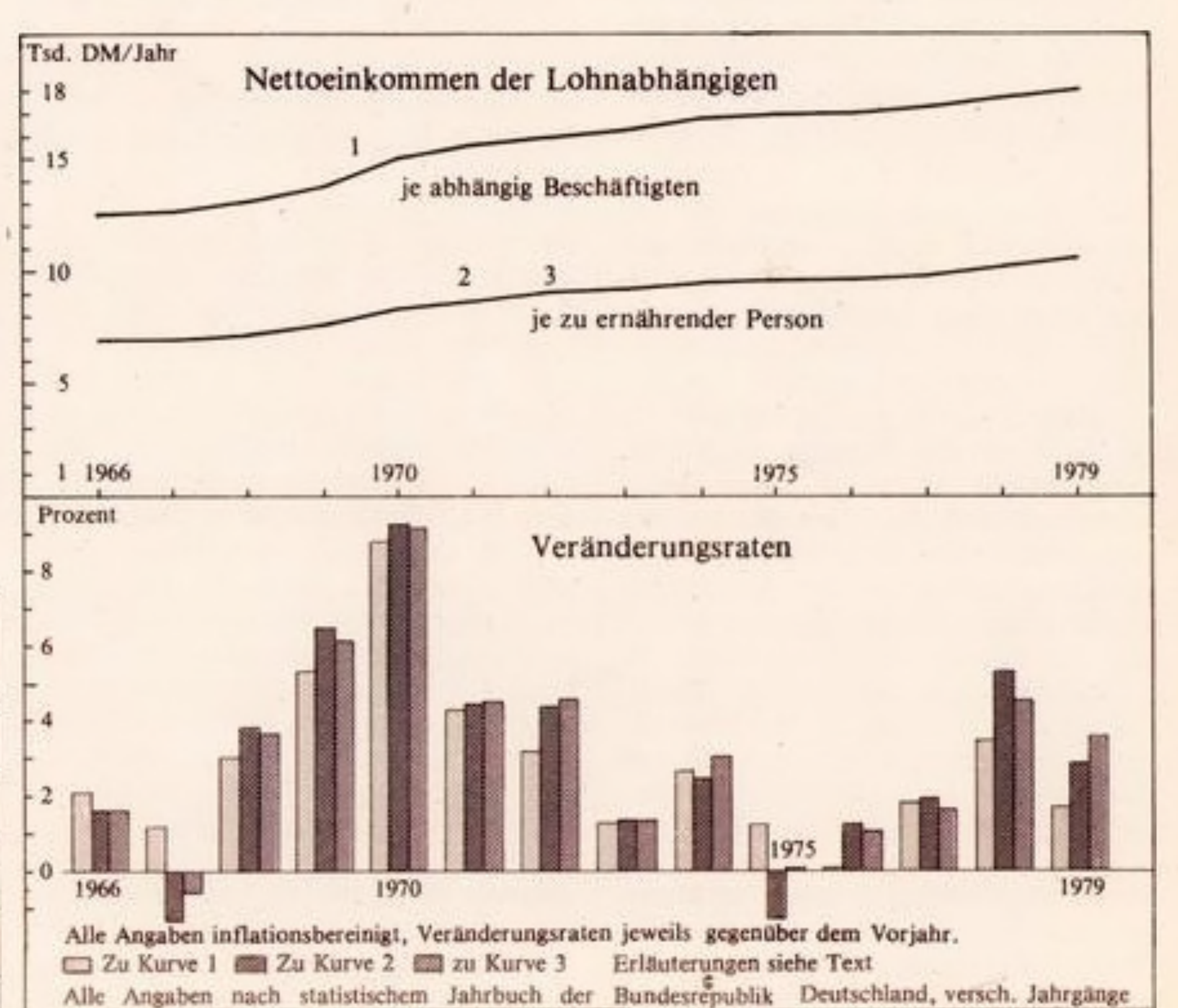
Arbeitslosengeld und -hilfe und Nettolohnsumme

gkr. Die Wirksamkeit der Arbeitslosenversicherung bemißt sich danach, inwieweit sie geeignet ist, die Spaltung der Arbeiterklasse einzuschränken und das Bestreben der Kapitalisten, den Lohn zu senken, zu verhindern. Einige Aspekte sind hier untersucht. Bei alleiniger Betrachtung der Nettolohn- und -gehaltssumme zeigt sich schon: In den Krisenjahren 1967 und 1975 sank sie vorübergehend, dieses Sinken wurde aber, wenn nicht aufgehoben, so doch durch die Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe deutlich gemindert.

Was aber, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl derer, die von der Lohn- und Gehaltssumme leben müssen, schwankt? Z.B. daß Frauen in Zeiten der Hochkonjunktur in den Arbeitsprozeß gesogen werden, in Zeiten der Krise aus ihm geworfen werden, ohne als Arbeitslose aufzutauchen. Dies wird in Schaubild 2, wenn auch nur näherungsweise, berücksichtigt. In Kurve 1 ist zunächst die Nettolohn- und -gehaltssumme, inflationsbereinigt, auf die abhängig Beschäftigten berechnet. Kurve 2 stellt dar, wieviel für jede Person, die von Lohn oder Gehalt leben muß, im Durchschnitt zur Verfügung steht. Dabei ist angenommen, die Arbeitslosen müßten auch daraus bezahlt werden, was ja auch der Wirklichkeit entsprechen würde, gäbe es keine Arbeitslosenversicherung. Nicht berücksichtigt sind Zahlungen des Staates wie Kindergeld etc.

In Kurve 3, die mit Kurve 2 fast zusammenfällt, sind schließlich auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, also Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, berücksichtigt. Die darunter abgebildeten jährlichen Veränderungsraten zder entsprechenden Kurven zeigen eines sehr deutlich: Die Arbeitslosenversicherung konnte in Jahren, in denen das Einkommen pro zu Versorgendem auf Grund der Arbeitslosigkeit etc. abgenommen hätte, ein Sinken mit einer Ausnahme verhindern.





Arbeitslosenversicherung I – IV: Günstigere und ungünstigere Regelungen

dog. In den letzten Ausgaben der KVZ haben wir dokumentiert, welche Regelungen die Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern der EG, in den USA und Japan zum Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit durchgesetzt hat. Dabei sind deutliche Unterschiede zutage getreten. Während in den USA erst 1978 die Einbeziehung der Beschäftigten bei den Bundesstaaten und eines Teils der Landarbeiter erreicht wurde (60% der Landarbeiter waren damit aber noch immer von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen), sind die japanischen Kapitalisten dabei, das Prinzip der ,,lebenslangen Einstellung" abzuschaffen. Einheitliche Pflichtversicherungen gibt es bisher nur in verschiedenen europäischen Ländern.

Durch Schutzmaßnahmen wie die Versicherungskassen kann die Produktion der industriellen Reservearmee nicht verhindert werden, sie entsteht im Verlauf der kapitalistischen Produktion in größerem oder kleinerem Umfang. Inwieweit es den Kapitalisten jedoch gelingt, ihre Existenz für die Verschärfung der Ausbeutung zu nutzen, hängt u.a. davon ab, welche Schranken die Arbeiterklasse zu ihren Schutz errichten kann. Die von uns untersuchten Regelungen unterscheiden sich sowohl nach der Höhe der Zahlungen als auch in dem Zeitraum, für den diese Zahlungen gewährt werden. In den Niederlanden sind während der ersten 40 Tage 80% des Lohnes abgesichert, danach 75% bis zu zwei Jahren. In Belgien werden während des ersten Jahres 60% gezahlt, danach können bis zu 20% gekürzt werden. In Großbritannien und Frankreich errechnet sich das Arbeitslosengeld aus einem pauschalen Grundbetrag und prozentualen Anteilen des Lohnes. Dabei beträgt in Großbritannien der Pauschalsatz für eine Woche etwa 20% des Durchschnittslohns in der Industrie (alle Daten beziehen sich auf 1978). Der auf den Lohn bezogene Zuschlag wird höchstens für eine Dauer von 156 Tagen gezahlt. In Frankreich liegt der pauschale Tagessatz der Arbeitslosenversicherung unter dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn eines Industriearbeiters. Am ungünstigsten sieht die Regelung in Italien aus: Als Grundbetrag gilt eine Pauschale von 800 Lire pro Tag, das entspricht noch nicht einmal einem Viertel des durchschnittlichen Bruttostundenlohns in der Industrie.

Verschiedene Ausnahmebestimmungen ergänzen die Versicherungsbedingungen: ungünstiger als eine einheitliche Regelung, weil sie als Mittel zur Spaltung der Arbeitslosen selber eingesetzt werden können. Auch in den USA sind nur zwischen 20 und 50% des ehemaligen Lohnes, je nach Bundesstaat, abgesichert. In Betriebsvereinbarungen haben die Gewerkschaften eine Aufstockung bis zu 95% durchsetzen können. Dabei werden die Zuschläge auf die Pauschalsätze oder durch Kündigungsgründe bedingte Zahlungen (Massenentlassungen) über einen kürzeren Zeitraum gewährt.

Ohne zeitliche Begrenzung zahlt nur die belgische Arbeitslosenversicherung. In Frankreich werden die Zahlungen nach Jahresfrist um 10% gekürzt, in der BRD wird gestaffelt nach Beschäftigungsdauer gezahlt und in Japan je nach Alter für drei bis zehn Monate.

Inwieweit die verschiedenen gesetzlichen Regelungen ausreichenden Schutz bieten, ist auch von jeweils konkreten Umständen (Preissteigerungen, Anteil der landwirtschaftlichen Produktion etc.) abhängig. Unser Vergleich kann nur günstigere gegenüber ungünstigeren Regelungen aufzeigen. Zum einen ist es notwendig, daß die Arbeitslosenunterstützung so hoch ist, daß die Arbeitslosen nicht jede Arbeit zu allen Bedingungen annehmen müssen. Für die Finanzierung müssen Regelungen durchgesetzt werden, die die Spaltung zwischen den Arbeiter, die in die Kasse einzahlen, und den Arbeitslosen, die daraus bezahlt werden, einschränken. Italien ist das einzige Land, in dem die Arbeitslosenversicherung nur durch die Kapitalisten finanziert wird. In den anderen Ländern werden die Arbeiter in unterschiedlicher Höhe für die Finanzierung herangezogen. Dabei ist der Beitragssatz in Westdeutschland relativ hoch. In Belgien zahlen die Arbeiter 1,2% vom Lohn, die Kapitalisten 1,7%;in Frankreich 0,44% die Arbeiter und 1,76% die Kapitalisten; in den Niederlanden sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten 0,7%. Die Ausgangsbedingungen für den Kampf um eine Verbesserung der Versicherungsbedingungen sind in Westdeutschland dabei im Vergleich günstig: Die einheitliche Versicherung für die Überzahl der Lohnabhängigen erleichtert die Entwicklung von Forderungen in Richtung Selbstverwaltung durch die Versicherten und Finanzierung durch die Kapitalisten und nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.



Von Oktober 1956 bis Februar 1957 streikten die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für mehr Urlaub und für Urlaubsgeld. Der Streik dauerte 114 Tage und ist der längste Streik, den die IG Metall bisher durchführte.

Kündigungsschutz im Krankheitsfall!

Frau S. wegen ,,krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit" entlassen

woh. Seit Anfang 1967, seit 13 Jahren also, ist die jetzt 55jährige italienische Arbeiterin S. bei einem Chemiekapitalisten beschäftigt. Im November erkrankte sie an Grippe und wurde krank geschrieben. Während sie ihre Erkrankung zu Hause auskurierte, stand ihr ,,per Einschreiben" die ordentliche Kündigung ins Haus, Begründung: ,,... erhebliche krankheitsbedingte Fehlzeiten". Die Arbeiterin S. konnte das nicht verstehen.

Sie hätte allerdings gewarnt sein müssen, als sie einen Monat zuvor, ebenfalls während einer kurzfristigen Erkrankung, ein Schreiben des Kapitalisten erhielt, das sie auf Fehlzeiten von ca. 70 Tagen im Jahre 1978, von ca. 50 Tagen im Jahre 1979 und von bisher 30 Tagen im Jahre 1980 hinwies. Weiter heißt es in diesem Schreiben, das übrigens in derartigen Fällen von den Kapitalisten mit einheitlichem Wortlaut verwandt wird:

,,... Wie Sie wissen, können wir Ihren Arbeitsplatz nicht unbesetzt lassen. Daher waren wir gezwungen, während Ihrer häufigen Fehlzeiten besondere betriebliche Maßnahmen zu ergreifen, um einen reibungslosen Betriebsablauf sicherzustellen.

Aus diesen Gründen benötigen wir eine Auskunft darüber, ab wann Sie voraussichtlich wieder in der Lage sein

sondere das Kündigungsschutzgesetz (KSchG), Mutterschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz, sowie die Regelungen des Anspruchs auf Krankenvergütung, z.B. durch das Lohnfortzahlungsgesetz (LFZG), welches die Voraussetzungen für den dem Arbeiter zu zahlenden Lohn im Krankheitsfall beinhaltet, scheinen nämlich darauf hinzuweisen, daß der Arbeitsplatz im Krankheitsfalle einen ganz besonderen Schutz erfährt und der Bestand des Arbeitsverhältnisses überhaupt nicht von Erkrankungen berührt wird.

Die Erfahrungen der Frau S. sind jedoch keine Einzelfallerscheinung; der kündigende Kapitalist stützt sich gerade auf Gesetz und Rechtsprechung.

Nach §1 Absatz 1 und 2 KSchG ist eine ordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber nur dann u.a. unwirksam, wenn sie nicht durch Gründe, die in der Person des Arbeitnehmers liegen, bedingt ist. Als personenbedingte Gründe sind aber solche anzusehen, die auf den persönlichen Eigenschaften des Arbeitnehmers beruhen. Einen besonderen Kündigungsschutz wegen Krankheit gibt also das KSchG ebensowenig wie andere Vorschriften. Vielmehr gehen die bestehenden Gesetze selbst von der Möglichkeit einer Kündigung wegen und aus Anlaß des Krankheitsfalles aus, so z.B. §§616 II, 4 BGB, 6 II LFZG. In letzterem heißt

Frau S. nicht zu ihrem Gesundheitszustand in der Zukunft Stellung genommen habe.

Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptung leicht aufgestellt werden kann; und daß gerade ältere, in der Profitproduktion zerschlissene Arbeiter eher krank werden, auch.

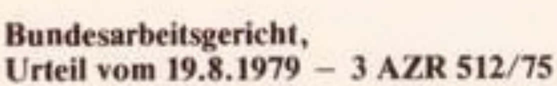
Zwei Monate nach Klageerhebung wird eine sogenannte Güteverhandlung anberaumt. Eine gütliche Einigung kommt jedoch nicht zustande. Der Kapitalist ist nicht bereit, die einmal ausgesprochene Kündigung zurückzunehmen; die Arbeiterin S., die, arbeitslos gemeldet, schon wegen ihres Alters noch keine neue Arbeitsstelle erhalten hat, akzeptiert keine angebotene Abfindung in Höhe zweier Bruttomonatsgehälter. Der Richter am Arbeitsgericht weist darauf hin, daß die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts teilweise schon eine Fehlzeit von 14% als ausreichend für eine Kündigung angesehen hat, das Ganze sei aber eine Frage des Einzelfalls und der Abwägung der beiderseitigen Interessen.

Nachdem sich der Richter angehört hat, was der Kapitalist für und die Arbeiterin S. gegen eine Kündigung vorgebracht haben, erteilt er die Auflage, darzulegen und womöglich nachzuweisen, welcher Art die Erkrankungen in den letzten drei Jahren denn gewesen

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19.8.1979 – 3 AZR 512/75

Ob häufige Kurzerkrankungen eines Arbeitnehmers die Kündigung sozial

und die Art seiner Erkrankungen zu berücksichtigen; so müssen Beinbruch und Blinddarmentzündung in der Regel anders bewertet werden als etwa immer wieder auftretende oder an-



Schutz errichten kann. Die von uns untersuchten Regelungen unterscheiden sich sowohl nach der Höhe der Zahlungen als auch in dem Zeitraum, für den diese Zahlungen gewährt werden. In den Niederlanden sind während der ersten 40 Tage 80% des Lohnes abgesichert, danach 75% bis zu zwei Jahren. In Belgien werden während des ersten Jahres 60% gezahlt, danach können bis zu 20% gekürzt werden. In Großbritannien und Frankreich errechnet sich das Arbeitslosengeld aus einem pauschalen Grundbetrag und prozentualen Anteilen des Lohnes. Dabei beträgt in Großbritannien der Pauschalsatz für eine Woche etwa 20% des Durchschnittslohns in der Industrie (alle Daten beziehen sich auf 1978). Der auf den Lohn bezogene Zuschlag wird höchstens für eine Dauer von 156 Tagen gezahlt. In Frankreich liegt der pauschale Tagessatz der Arbeitslosenversicherung unter dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn eines Industriearbeiters. Am ungünstigsten sieht die Regelung in Italien aus: Als Grundbetrag gilt eine Pauschale von 800 Lire pro Tag, das entspricht noch nicht einmal einem Viertel des durchschnittlichen Bruttostundenlohns in der Industrie.

Verschiedene Ausnahmebestimmungen ergänzen die Versicherungsbedin-

ist es notwendig, daß die Arbeitslosenunterstützung so hoch ist, daß die Arbeitslosen nicht jede Arbeit zu allen Bedingungen annehmen müssen. Für die Finanzierung müssen Regelungen durchgesetzt werden, die die Spaltung zwischen den Arbeiter, die in die Kasse einzahlen, und den Arbeitslosen, die daraus bezahlt werden, einschränken. Italien ist das einzige Land, in dem die Arbeitslosenversicherung nur durch die Kapitalisten finanziert wird. In den anderen Ländern werden die Arbeiter in unterschiedlicher Höhe für die Finanzierung herangezogen. Dabei ist der Beitragssatz in Westdeutschland relativ hoch. In Belgien zahlen die Arbeiter 1,2% vom Lohn, die Kapitalisten 1,7%;in Frankreich 0,44% die Arbeiter und 1,76% die Kapitalisten; in den Niederlanden sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten 0,7%. Die Ausgangsbedingungen für den Kampf um eine Verbesserung der Versicherungsbedingungen sind in Westdeutschland dabei im Vergleich günstig: Die einheitliche Versicherung für die Überzahl der Lohnabhängigen erleichtert die Entwicklung von Forderungen in Richtung Selbstverwaltung durch die Versicherten und Finanzierung durch die Kapitalisten und nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Kündigungsschutz im Krankheitsfall!

Frau S. wegen ,,krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit" entlassen

woh. Seit Anfang 1967, seit 13 Jahren also, ist die jetzt 55jährige italienische Arbeiterin S. bei einem Chemiekapitalisten beschäftigt. Im November erkrankte sie an Grippe und wurde krank geschrieben. Während sie ihre Erkrankung zu Hause auskurierte, stand ihr ,,per Einschreiben" die ordentliche Kündigung ins Haus, Begründung: ,,... erhebliche krankheitsbedingte Fehlzeiten". Die Arbeiterin S. konnte das nicht verstehen.

Sie hätte allerdings gewarnt sein müssen, als sie einen Monat zuvor, ebenfalls während einer kurzfristigen Erkrankung, ein Schreiben des Kapitalisten erhielt, das sie auf Fehlzeiten von ca. 70 Tagen im Jahre 1978, von ca. 50 Tagen im Jahre 1979 und von bisher 30 Tagen im Jahre 1980 hinwies. Weiter heißt es in diesem Schreiben, das übrigens in derartigen Fällen von den Kapitalisten mit einheitlichem Wortlaut verwandt wird:

,,... Wie Sie wissen, können wir Ihren Arbeitsplatz nicht unbesetzt lassen. Daher waren wir gezwungen, während Ihrer häufigen Fehlzeiten besondere betriebliche Maßnahmen zu ergreifen, um einen reibungslosen Betriebsablauf sicherzustellen.

Aus diesen Gründen benötigen wir eine Auskunft darüber, ab wann Sie voraussichtlich wieder in der Lage sein werden, Ihre Tätigkeit in vollem Umfange – d.h. ohne Fehlzeiten – auszuüben. Wir stellen Ihnen aber auch anheim, sich zu diesem Zwecke mit Ihrem behandelnden Arzt in Verbindung zu setzen. Sie als Patient haben die Möglichkeit, ihn von seiner Schweigepflicht zu entbinden. In diesem Falle kann Ihr Arzt die Auskunft nicht mit dem Hinweis auf seine ärztliche Schweigepflicht verweigern. Selbstverständlich sind wir auch damit einverstanden, wenn sich Ihr Arzt dann direkt mit unserer Personalabteilung in Verbindung setzt.

Wir sichern Ihnen hiermit ausdrücklich zu, daß alle Informationen, die wir in diesem Zusammenhang erhalten, streng vertraulich behandelt werden.

Zur Vermeidung etwaiger Nachteile bitten wir um eine entsprechende Mitteilung innerhalb einer Woche direkt an die Personalabteilung. Bitte setzen Sie sich auf jeden Fall mit der Personalabteilung in Verbindung, auch dann, wenn Sie uns zwischenzeitlich eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zugeleitet haben oder diese noch übersenden werden oder wenn Sie die Arbeit in der nächsten Zeit wieder aufnehmen ..."

Die Arbeiterin S., die dieses Schreiben wegen mangelnder Schriftdeutschkenntnisse weder *richtig* verstanden hatte noch nach ihrer Arbeitsaufnahme darauf angesprochen wurde, begriff daher weder diesen Schuß vor den Bug noch die kurz darauf erfolgte Kündigung.

Daß Erkrankungen nicht ursächlich für eine Kündigung sein können, ist weit verbreitete, allerdings irrige Ansicht. Eine Anzahl von ,,kündigungsbeschränkenden" Gesetzen, wie insbesondere das Kündigungsschutzgesetz (KSchG), Mutterschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz, sowie die Regelungen des Anspruchs auf Krankenvergütung, z.B. durch das Lohnfortzahlungsgesetz (LFZG), welches die Voraussetzungen für den dem Arbeiter zu zahlenden Lohn im Krankheitsfall beinhaltet, scheinen nämlich darauf hinzuweisen, daß der Arbeitsplatz im Krankheitsfalle einen ganz besonderen Schutz erfährt und der Bestand des Arbeitsverhältnisses überhaupt nicht von Erkrankungen berührt wird.

Die Erfahrungen der Frau S. sind jedoch keine Einzelfallerscheinung; der kündigende Kapitalist stützt sich gerade auf Gesetz und Rechtsprechung.

Nach §1 Absatz 1 und 2 KSchG ist eine ordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber nur dann u.a. unwirksam, wenn sie nicht durch Gründe, die *in der Person* des Arbeitnehmers liegen, bedingt ist. Als personenbedingte Gründe sind aber solche anzusehen, die auf den persönlichen Eigenschaften des Arbeitnehmers beruhen. Einen besonderen Kündigungsschutz wegen Krankheit gibt also das KSchG ebensowenig wie andere Vorschriften. Vielmehr gehen die bestehenden Gesetze selbst von der Möglichkeit einer Kündigung wegen und aus Anlaß des Krankheitsfalles aus, so z.B. §§616 II, 4 BGB, 6 II LFZG. In letzterem heißt es: ,,Der Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts wird nicht dadurch berührt, daß der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis aus Anlaß der Arbeitsunfähigkeit kündigt."

Wen wundert es da noch, daß auch während der akuten Erkrankung gekündigt werden kann – nicht nur wegen der Erkrankung, sondern auch aus anderen Gründen – und daß auch im Falle der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, also ,,betriebsbedingt notwendig", wie der Kapitalist sagt, erkrankte Arbeiter und Angestellte anderen nicht erkrankten auch nicht vorgezogen werden müssen.

Da die Arbeiterin S. sich dagegen wehrt, nach 13 Jahren Ausbeutung auch noch einen letzten Tritt zu erhalten, wendet sie sich an einen Rechtsanwalt, der gegen entsprechenden Gebührenvorschuß sie dahingehend berät, daß nach höchstrichterlicher Rechtsprechung eine nur vorübergehende Erkrankung bzw. Arbeitsunfähigkeit die Kündigung nicht zu rechtfertigen vermag; anders sei es wohl aber dann möglich, wenn die Erkrankung besonders lang dauert oder bei häufigen, wiederholten Fehlzeiten in der Vergangenheit, wenn auch im Zeitpunkt der Kündigung mit weiteren Erkrankungen zu rechnen sei.

Da es ohnehin ihre einzige Chance ist, weiterbeschäftigt zu werden, erhebt sie Klage bei dem Arbeitsgericht. Der Kapitalist läßt daraufhin erwidern, teilt genau die Fehlzeiten der letzten drei Jahre mit, ferner, daß Frau S. auch während der Kündigung noch krank geschrieben gewesen sei und er daher auch für die Zukunft mit Fehlzeiten rechnen müsse, da die Vergangenheit dies gezeigt und darüberhinaus Frau S. nicht zu ihrem Gesundheitszustand in der Zukunft Stellung genommen habe.

Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptung leicht aufgestellt werden kann; und daß gerade ältere, in der Profitproduktion zerschlissene Arbeiter eher krank werden, auch.

Zwei Monate nach Klageerhebung wird eine sogenannte Güteverhandlung anberaumt. Eine gütliche Einigung kommt jedoch nicht zustande. Der Kapitalist ist nicht bereit, die einmal ausgesprochene Kündigung zurückzunehmen; die Arbeiterin S., die, arbeitslos gemeldet, schon wegen ihres Alters noch keine neue Arbeitsstelle erhalten hat, akzeptiert keine angebotene Abfindung in Höhe zweier Bruttomonatsgehälter. Der Richter am Arbeitsgericht weist darauf hin, daß die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts teilweise schon eine Fehlzeit von 14% als ausreichend für eine Kündigung angesehen hat, das Ganze sei aber eine Frage des Einzelfalls und der Abwägung der beiderseitigen Interessen.

Nachdem sich der Richter angehört hat, was der Kapitalist für und die Arbeiterin S. gegen eine Kündigung vorgebracht haben, erteilt er die Auflage, darzulegen und womöglich nachzuweisen, welcher Art die Erkrankungen in den letzten drei Jahren denn gewesen sind, und durch geeignete Darlegungen über den Gesundheitszustand die Befürchtungen weiterer Erkrankungen zu entkräften.

Daß dies besonders schwierig für die Arbeiterin S. wird, da sie sich mit großer Wahrscheinlichkeit an die Gründe für die Erkrankung z.B. Ende Januar und Anfang 1979 nicht erinnern kann, ist offensichtlich.

Etwa vier Monate nach der Güteverhandlung wird die Hauptverhandlung stattfinden, die darüber entscheiden wird, ob Frau S. weiterbeschäftigt werden muß oder nicht. Legt man die Rechtsprechung zugrunde, wonach bereits 14% Fehlzeiten als für die Kündigung ausreichend angesehen werden, hat sie schlechte Karten; geht man nämlich von 230 durchschnittlichen Arbeitstagen im Jahr aus, so würden schon 32 Krankheitstage für die gerechtfertigte Kündigung ausreichen.

Zur Frage, wann die Kündigung gerechtfertigt ist, stellt die Rechtsprechung auf die einzelnen Umstände ab, wobei sie auf seiten des Kapitalisten dessen Interessen am geregelten Betriebsablauf, also an der Planungsmöglichkeit, den Auswirkungen auf den Arbeitsablauf, die behauptete Überlastung der übrigen Arbeiter und die Zumutbarkeit der Kostenbelastung in den Vordergrund stellt.

Zugunsten der Arbeiterin S. wird das Gericht bei der Interessenabwägung im wesentlichen berücksichtigen, wie lange sie dem Betrieb angehört hat und ob die Erkrankung vielleicht mit der Tätigkeit im Betrieb zusammenhängt, z.B. mit einem Betriebsunfall. Kann sie dies nicht beweisen, stehen ihre Chancen auf Wiedereinstellung nicht gerade gut.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19.8.1979 – 3 AZR 512/75

Ob häufige Kurzerkrankungen eines Arbeitnehmers die Kündigung sozial rechtfertigen, läßt sich nicht generell und schematisch, sondern nur nach eingehender Abwägung der betroffenen Belange des Arbeitgebers und den Interessen des Arbeitnehmers an der Erhaltung des Arbeitsplatzes beurteilen.

Aus den Gründen:

...1. Grundsätzlich kann Krankheit des Arbeitnehmers einen Grund zur Kündigung im Sinne des §1 Kündigungsschutzgesetz darstellen. Da das Kündigungsschutzgesetz dem Arbeitnehmer jedoch einen besonderen Bestandsschutz für sein Arbeitsverhältnis einräumen will und dieser Schutz ihn auch im Krankheitsfall sichern soll, sind an die soziale Rechtfertigung einer solchen Kündigung strenge Anforderungen zu stellen. ...

Die Frage, wann Krankheit des Arbeitnehmers einen ausreichenden Kündigungsgrund bildet, kann nicht rein schematisch beantwortet werden. Hierzu bedarf es vielmehr einer eingehenden Interessenabwägung für den einzelnen Fall, die auf die Verhältnisse im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung abstellt. Dabei ist neben Dauer und Häufigkeit der Erkrankungen des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, wie die Krankheitsausfälle den Arbeitgeber wirtschaftlich belasten und wie sie sich auf den Betriebsablauf sowie auf die Zusammenarbeit der übrigen Arbeitnehmer, die teilweise für den erkrankten Arbeitnehmer einspringen müssen, auswirken. Diese Umstände können außerdem von unterschiedlichem Gewicht sein, je nachdem, ob es sich um einen Großbetrieb, einen mittleren oder um einen kleinen Betrieb handelt. Weiter sind auch die Dauer der Betriebszugehörigkeit des Arbeitnehmers und die Art seiner Erkrankungen zu berücksichtigen; so müssen Beinbruch und Blinddarmentzündung in der Regel anders bewertet werden als etwa immer wieder auftretende oder ansteckende oder chronische Krankheiten. Vor allem ist auch die voraussichtliche zukünftige Entwicklung in die Interessenabwägung mit einzubeziehen, wie dies die bereits erwähnte Entscheidung des Ersten Senats vom 12.3.1968 für den Fall einer voraussichtlich lange andauernden Krankheit verlangt hat (BAG 20, 345, 350). Dabei wird es allerdings oft auch nicht möglich sein, lediglich auf der Grundlage früherer Erkrankungen mit unterschiedlichen Ursachen die gutachterlichen Äußerungen eines Arztes über die voraussichtliche Entwicklung der gesundheitlichen Verfassung des Arbeitnehmers zu erhalten, weil diese Frage aus ärztlicher Sicht nicht immer klar zu beantworten ist. Andererseits läßt sich jedoch häufig durch ärztliche Prüfung der Grad der gesundheitlichen Anfälligkeit eines Arbeitnehmers feststellen und damit ein wichtiges Kriterium für seine zukünftige Einsatzfähigkeit gewinnen. Auch ist der Arbeitnehmer selbst zur Frage der voraussichtlichen Entwicklung seiner Gesundheit zu hören, und auf diese Weise festzustellen, wie er selbst die Entwicklung beurteilt. Die dann vorzunehmende Interessenabwägung muß vom Standpunkt eines sozial gerecht denkenden Arbeitgebers getroffen werden; dabei ist auch die Möglichkeit der vorübergehenden oder endgültigen Umsetzung des Arbeitnehmers auf einen anderen Arbeitsplatz sorgfältig zu prüfen, besonders dann, wenn der Arbeitnehmer bereits eine lange Betriebszugehörigkeit aufzuweisen hat. Demgegenüber reichen mehrfache kurze Erkrankungen des Arbeitnehmers in den letzten 3 oder 4 Jahren für sich genommen nicht aus, um eine Kündigung als sozial gerechtfertigt anzuerkennen ...

Bewirtschaftungsmaßnahmen: Alle überrascht - aber jeder wußte es!

Angriff des Hamburger Senats auf die konsumtiven Ausgaben

thw. Eine Welle künstlicher Aufregung schwappte in der vergangenen Woche über das Rathaus. Alle möglichen Parlamentarier fühlten sich angeblich durch die Bewirtschaftungsmaßnahmen des Finanzsenators Nölling überfahren. Dagegen muß man unbedingt Klose und Nölling Recht geben, daß eigentlich kein Grund zur Aufregung bestehe, der Angriff auf die Personalausgaben, auf die Ausgaben für die Massen und andererseits die Kontinuität bei den Investitionsausgaben sei schon lange in den Gremien der Bürgerschaft und in der Bürgerschaftsdebatte selbst behandelt worden. Bereits im September ist im Haushaltsausschuß der Bürgerschaft über die Notwendigkeit von Bewirtschaftungsmaßnahmen gesprochen worden. Und in der Bürgerschaftsdebatte über den Haushalt hat Klose am 10.12. erklärt: , ... Diese Programme, diese Investitionsprogramme werden wir verwirklichen trotz finanzieller Sorgen. Das ist keine Absage an unseren Sparwillen, aber sparen wollen wir vornehmlich im konsumtiven Bereich, und auch hier nicht pauschal, so wie es die Opposition hier in diesem Haus und die außerparlamentarische Opposition empfehlen, sondern flexibel reagieren auf die tatsächliche Entwicklung im Wege der Bewirtschaftung, die ich für unausweichlich halte. Ich lege Wert darauf, dies dem Parlament hier in aller Deutlichkeit zu sagen. Aber es wird keine Einschränkungen im investiven Bereich geben." Während Klose dies in aller Deutlichkeit verkündete, waren Döllings Handlanger bereits mit aller Energie dabei, die Bewirtschaftungsmaßnahmen auszuarbeiten, so daß die Senatoren und Staatsräte diese am 13.12. per Post bekamen, um dann ihre Empörung organisieren zu können. Ein Lehrstück des bürgerlichen Parlamentarismus.

Der Inhalt der Bewirtschaftungsmaßnahmen besteht in folgenden Punkten: – bis zunächst Ende März 1981 dürfen nur 20% *sämtlicher* Sach- und Verwaltungsausgaben ausgegeben werden; das sind 5% weniger als normal. Die Sach- und Verwaltungsausgaben umfassen alle Ausgaben des Haushalts außer den Personalausgaben, dem Schuldendienst und den Investitionen. – alle am 1. Januar freien und im ersten Quartal 1981 frei werdenden Stellen werden bis Ende März nicht wieder besetzt. Die im Etat 1981 neu bewilligten Stellen müssen bis 30. Juni 1981 ebenfalls unbesetzt bleiben. Neu bewilligt worden sind insgesamt 857 Stellen, freie Stellen gibt es mindestens einige 100 insbesondere an den Krankenhäusern, genauere Zahlen darüber sind nicht bekannt.

Über die Steuermindereinnahmen, die den Bewirtschaftungsmaßnahmen zu Grunde liegen, die bei der weiteren Entwicklung der Krise der kapitalistischen Produktion auch tatsächlich eintreten, gibt es von der Höhe her wilde Spekulationen, die von 400 - 800 Millionen DM gehen. Die weiteren Mindereinnahmen durch die Kürzung der Bundeszuschüsse für die Gemeinschaftsausgaben um 2% sind für die Öffentlichkeit ebenfalls noch nicht ersichtlich, weil die konkreten Streichungen nicht bekanntgemacht werden. Über die Steuermindereinnahmen hat der Haushaltsausschuß der Bürgerschaft in seinem Bericht an die Bürgerschaft zum Haushaltsplan 1981 folgende Modellrechnung gemacht (wobei er von einem 1%igen geringeren Zuwachs des Bruttosozialprodukts ausgegangen ist, als angenommen wurde – und das waren 2,5%):

in Mio. DM	brutto	netto
Lohnsteuer	-100	-34
Veranlagte Einkommensteuer	-20	-10
Körperschaftssteuer	-30	-6
Gewerbesteuer	-20	-18
Summe	-170	-68



Die Bourgeoisie „löst" die Wohnungsfrage, indem sie alte Bruchviertel durch moderne Elendsquartiere ersetzt, stellte Friedrich Engels schon vor hundert Jahren fest. Bilder aus Mettenhof, dem Stadtteil mit der höchsten Jugendkriminalität in Kiel.

Brutto bedeuten die Gesamtsteuereinnahmen in Hamburg, netto die Steuereinnahmen, die dem Land Hamburg verbleiben. Das Sinken der Lohnsteuer macht die Hälfte der Steuermindereinnahmen aus. Die Lohnsteuer sinkt nicht wegen irgendwelcher Steuererleichterungen. Nur 2 Annahmen können dem zugrundeliegen: 1. Daß die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer in die Höhe schnellt, trotz der angeblich arbeitsplatzsichernden Investitionen des HHer Senats; und 2. daß die Kapitalisten eine drastische Reallohnsenkung durchsetzen, wodurch die Lohnsteuermehreinnahmen durch Lohnerhöhungen gering sind. Diese Annahmen stellen zusammen mit der Streichung von konsumtiven Staatsausgaben, die wesentlich die staatlichen Ausgaben für die Massen sind, das Programm dar, mit dem die Kapitalisten ohne geschmälerte Profite, aber mit schärferen Ausbeutungsverhältnissen als Ergebnis, die Krise durchstehen wollen.

Der Wohnungsmarkt in Kiel

Zahlen und Besitzverhältnisse

rgr. Alle Lebensbereiche der lohnabhängigen Bevölkerung stehen unter Kontrolle oder sind im Besitz der Bourgeoisie. Besonders in Großstädten gibt es davon kaum noch Ausnahmen. Das Grundbedürfnis eines Menschen, zu wohnen, ermöglicht es der Bourgeoisie, Mieten und Baupreise hochzuschrauben. Und das Bedürfnis des Kapitals, sich zu konzentrieren, zu rationalisieren und sich zusammenzuballen zum Zwecke des höheren Profits, braucht auch Platz, braucht Grundstücke, Straßen, Häuser. Wohnhäuser im Zentrum müssen dann weichen. Weiter draußen wohnen ist teurer. Als Erwachsener oder als Paar bei den Eltern wohnen bleiben, geht kaum, in der Stadt schon der geringen Wohnungsgröße wegen nicht. Also müssen viele unkomfortablel oder beengt oder teuer wohnen oder auch alles zusammen, wie die Studenten, die auf zentrale Lage ihrer Wohnungen ziemlich angewiesen sind.

So, wie aus vielen kleinen Bank- und Industriekapitalen Konzerne geworden sind, unter Ruinierung und Enteignung unzähliger kleiner Selbständiger, so konzentriert sich heute auch der größte Teil des Hausbesitzes in wenigen Händen. Das Gros der Arbeiterklasse ist längst des eigenen Hauses, der eigenen Wohnung beraubt. Der Kapitalismus hat die Mietwohnung erfunden.

4 – 5000 Wohnungssuchende sind ständig beim Kieler Wohnungsamt gemeldet. 3 bis 4 Jahre muß man auf eine Wohnung warten, weil das Amt nicht viel anzubieten hat. 111857 Wohnungen gab es in Kiel am 31.12.76, 99566 waren es acht Jahre zuvor. Die Differenz entfällt hauptsächlich auf den neugebauten Stadtteil Mettenhof. Er gehört ganz der Neuen Heimat; in Kiel verwaltet diese jetzt 7129 Wohnungen. Die Obergesellschaft aller Neue-Heimat-Tochtergesellschaften gehört zu 33,9% dem DGB und zu 66% verschiedenen Einzelgewerkschaften. Der größte Konzern ist die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG) mit rund 12000 Wohnungen. Sie ist zu 100% in städtischem Besitz. Das Wohnungsverwaltungsgeschäft (neu baut die KWG kaum noch) ist so anstrengend, daß die SPD-Ratsherrenfraktion der KWG unbedingt einen zweiten Direktor gönnen will, ihren Stadtrat Lippe nämlich. Dabei hat der bisherige Allein-Direktor Klouth, begeisterter Jäger, schon so wenig zu tun, daß er bei Jägerfunktionären rumfragt, ob sie nicht was zu tippen hätten für sein Büro. Zweitgrößte Gesellschaft ist die Kieler Werks-Wohnungen GmbH (KWW) mit ca. 9500 Wohnungen. Die KWW gehört zu 100% den Howaldtswerken-Deutsche Werft AG, die wiederum gehören zu 74,9% der Salzgitter AG und zu 25,1% dem Land Schleswig-Holstein, und die Salzgitter AG gehört zu 100% dem Bund.

Der Stadtteil Elmschenhagen-Nord, 7000 Einwohner, gehört der Frank-Siedlungsbau. Die Frank-Gruppe verwaltet in Kiel insgesamt ca. 2900 Wohnungen; von den etwa 1800 Wohnungen in Elmschenhagen-Nord sind nur 200 frei vermietbar, der Rest ist reserviert für Bundes- und Landesbedienstete. Ähnlich ist es mit der Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein (im Besitz des Landes und der landeseigenen Wohnungsbaukreditanstalt), die dem Wohnungsamt nur 920 Wohnungen offerieren muß. Kleinere Privatgesellschaften wie die Hansa-Heimbau Lüder KG haben nur Landesbediensteten-Wohnungen. Fünf bis sechs Genossenschaften, die nur an Mitglieder vermieten, besitzen je einige Blocks mit einigen Dutzend bis einigen hundert Wohnungen. Die restlichen rund 70000 Wohnungen in Kiel beinhalten etwa 18000 Eigentumswohnungen, 15000 Eigenheime, der Rest sind vor allem Mietskasernen, als Kapitalanlage in der Hand kleiner Kapitalisten und Gewerbetreibender.

Ende im Hamburger Studentenprozeß

Urteile zwischen 3 Monaten und 120 Tagessätzen

hel. Im Prozeß gegen vier ehemalige Studenten vor dem Amtsgericht Hamburg wegen Beteiligung am studentischen Streik im Sommersemester 1977 sowie Störung einer Veranstaltung des RCDS sind als Strafen in einem Falle drei Monate Gefängnis mit Bewährung, in einem weiteren Fall 120 Tagessätze zu je 20 DM und im dritten Fall 30 Tagessätze zu 31 DM verhängt worden. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Den Angeklagten waren insgesamt 5 verschiedene Ereignisse zum Vorwurf gemacht worden, davon drei Vorlesungsstörungen, eine Besetzung der Universitätspräsidentenräume und die Störung der RCDS-Veranstaltung. Wegen der RCDS-Veranstaltung sind die Angeklagten in keinem Falle verurteilt worden.

Das Gericht blieb mit den ausgeworfenen Strafen deutlich unter dem, was die Staatanwaltschaft in ihrem Plädoyer gefordert hatte. Dort war noch von einem Jahr (statt der 3 Monate) die Rede, sowie von 10 Monaten (anstelle der 120 Tagessätze) und von 90 Tagessätzen (anstelle der 30). Für die Staatsanwaltschaft hatten die Angeklagten 1977 die Universität für zwei Wochen „terrorisiert", deshalb diese für hamburger Verhältnisse außergewöhnlich hohen Strafanträge. Bewährung nur, weil die Angeklagten seit dem nicht wieder straffällig geworden seien.

Demgegenüber führte der Vorsitzende des Gerichts in seiner mündlichen Urteilsbegründung aus, daß das Gericht die von den Angeklagten unter Beweis gestellten Grundlagen und Ziele des damaligen Streiks strafmildernd berücksichtigt habe. In der Tat war nachgewiesen worden, daß die Studenten in ihren Kampfaktionen in den gerade jetzt zurückliegenden Wochen im wesentlichen dieselben Ziele verfolgten, wie die Studentenschaft im Sommer 1977, wobei sich die Studienbedingungen an der Universität Hamburg und die soziale Lage der Studenten insgesamt seither noch weiter verschlechtert haben. Universitätspräsident Fischer-Appelt, Zeuge in diesem Prozeß, ist heute z.B. gezwungen, mit den kämpfenden Studenten eine Aktionseinheit einzugehen. Damals hatte er es wagen können, den Versuch zu unternehmen, den Streik durch Einsatz von Ordnertrupps und ein Semester später sogar durch Einsatz von Polizei zu brechen. Als Zeuge vor Gericht ist er gegen die Angeklagten und ihre Ziele aufgetreten. Der Streik im Sommer 1977 sei „der letzte Ausläufer einer aktionistischen Bewegung" gewesen. So etwas paßt schlecht ins Bild, wenn gleichzeitig, drei Jahre später, schon wieder Studenten streiken. Politisch hat sich das Gericht nicht auf Fische-Appelt stützen können.

sondern flexibel reagieren auf die tatsächliche Entwicklung im Wege der Bewirtschaftung, die ich für unausweichlich halte. Ich lege Wert darauf, dies dem Parlament hier in aller Deutlichkeit zu sagen. Aber es wird keine Einschränkungen im investiven Bereich geben." Während Klose dies in aller Deutlichkeit verkündete, waren Nöllings Handlanger bereits mit aller Energie dabei, die Bewirtschaftungsmaßnahmen auszuarbeiten, so daß die Senatoren und Staatsräte diese am 13.12. per Post bekamen, um dann ihre Empörung organisieren zu können. Ein Lehrstück des bürgerlichen Parlamentarismus.

schaftsausgaben um 2% sind für die Öffentlichkeit ebenfalls noch nicht ersichtlich, weil die konkreten Streichungen nicht bekanntgemacht werden. Über die Steuermindereinnahmen hat der Haushaltsausschuß der Bürgerschaft in seinem Bericht an die Bürgerschaft zum Haushaltsplan 1981 folgende Modellrechnung gemacht (wobei er von einem 1%igen geringeren Zuwachs des Bruttosozialprodukts ausgegangen ist, als angenommen wurde – und das waren 2,5%):
in Mio. DM brutto netto
Lohnsteuer -100 -34
Veranlagte Einkommensteuer -20 -10

nen dem zugrundeliegen: 1. Daß die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer in die Höhe schnellt, trotz der angeblich arbeitsplatzsichernden Investitionen des HHer Senats; und 2. daß die Kapitalisten eine drastische Reallohnsenkung durchsetzen, wodurch die Lohnsteuermehreinnahmen durch Lohnerhöhungen gering sind. Diese Annahmen stellen zusammen mit der Streichung von konsumtiven Staatsausgaben, die wesentlich die staatlichen Ausgaben für die Massen sind, das Programm dar, mit dem die Kapitalisten ohne geschmälerte Profite, aber mit schärferen Ausbeutungsverhältnissen als Ergebnis, die Krise durchstehen wollen.

geoisie. Besonders in Großstädten gibt es davon kaum noch Ausnahmen. Das Grundbedürfnis eines Menschen, zu wohnen, ermöglicht es der Bourgeoisie, Mieten und Baupreise hochzuschrauben. Und das Bedürfnis des Kapitals, sich zu konzentrieren, zu rationalisieren und sich zusammenzuballen zum Zwecke des höheren Profits, braucht auch Platz, braucht Grundstücke, Straßen, Häuser. Wohnhäuser im Zentrum müssen dann weichen. Weiter draußen wohnen ist teurer. Als Erwachsener oder als Paar bei den Eltern wohnen bleiben, geht kaum, in der Stadt schon der geringen Wohnungsgröße wegen nicht. Also müssen viele unkomfortablel oder beengt oder teuer wohnen oder auch alles zusammen, wie die Studenten, die auf zentrale Lage ihrer Wohnungen ziemlich angewiesen sind.

So, wie aus vielen kleinen Bank- und Industriekapitalen Konzerne geworden sind, unter Ruinierung und Enteignung unzähliger kleiner Selbständiger, so konzentriert sich heute auch der größte Teil des Hausbesitzes in wenigen Händen. Das Gros der Arbeiterklasse ist längst des eigenen Hauses, der eigenen Wohnung beraubt. Der Kapitalismus hat die Mietwohnung erfunden.

4 – 5000 Wohnungssuchende sind ständig beim Kieler Wohnungsamt gemeldet. 3 bis 4 Jahre muß man auf eine Wohnung warten, weil das Amt nicht viel anzubieten hat. 111857 Wohnun-

städtischem Besitz. Das Wohnungsverwaltungsgeschäft (neu baut die KWG kaum noch) ist so anstrengend, daß die SPD-Ratsherrenfraktion der KWG unbedingt einen zweiten Direktor gönnen will, ihren Stadtrat Lippe nämlich. Dabei hat der bisherige Allein-Direktor Klouth, begeisterter Jäger, schon so wenig zu tun, daß er bei Jägerfunktionären rumfragt, ob sie nicht was zu tippen hätten für sein Büro. Zweitgrößte Gesellschaft ist die Kieler Werks-Wohnungen GmbH (KWW) mit ca. 9500 Wohnungen. Die KWW gehört zu 100% den Howaldtswerken-Deutsche Werft AG, die wiederum gehören zu 74,9% der Salzgitter AG und zu 25,1% dem Land Schleswig-Holstein, und die Salzgitter AG gehört zu 100% dem Bund.

Der Stadtteil Elmschenhagen-Nord, 7000 Einwohner, gehört der Frank-Siedlungsbau. Die Frank-Gruppe verwaltet in Kiel insgesamt ca. 2900 Wohnungen; von den etwa 1800 Wohnungen in Elmschenhagen-Nord sind nur 200 frei vermietbar, der Rest ist reserviert für Bundes- und Landesbedienstete. Ähnlich ist es mit der Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein (im Besitz des Landes und der landeseigenen Wohnungsbaukreditanstalt), die dem Wohnungsamt nur 920 Wohnungen offerieren muß. Kleinere Privatgesellschaften wie die Hansa-Heimbau Lüder KG haben nur Landesbediensteten-Wohnungen. Fünf bis sechs Genossenschaften, die

Ende im Hamburger Studentenprozeß
Urteile zwischen 3 Monaten und 120 Tagessätzen

hel. Im Prozeß gegen vier ehemalige Studenten vor dem Amtsgericht Hamburg wegen Beteiligung am studentischen Streik im Sommersemester 1977 sowie Störung einer Veranstaltung des RCDS sind als Strafen in einem Falle drei Monate Gefängnis mit Bewährung, in einem weiteren Fall 120 Tagessätze zu je 20 DM und im dritten Fall 30 Tagessätze zu 31 DM verhängt worden. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Den Angeklagten waren insgesamt 5 verschiedene Ereignisse zum Vorwurf gemacht worden, davon drei Vorlesungsstörungen, eine Besetzung

er gefordert hatte. Dort war noch von einem Jahr (statt der 3 Monate) die Rede, sowie von 10 Monaten (anstelle der 120 Tagessätze) und von 90 Tagessätzen (anstelle der 30). Für die Staatsanwaltschaft hatten die Angeklagten 1977 die Universität für zwei Wochen „terrorisiert", deshalb diese für hamburger Verhältnisse außergewöhnlich hohen Strafanträge. Bewährung nur, weil die Angeklagten seit dem nicht wieder straffällig geworden seien.

Demgegenüber führte der Vorsitzende des Gerichts in seiner mündlichen

ten, wie die Studentenschaft im Sommer 1977, wobei sich die Studienbedingungen an der Universität Hamburg und die soziale Lage der Studenten insgesamt seither noch weiter verschlechtert haben. Universitätspräsident Fischer-Appelt, Zeuge in diesem Prozeß, ist heute z.B. gezwungen, mit den kämpfenden Studenten eine Aktionseinheit einzugehen. Damals hatte er es wagen können, den Versuch zu unternehmen, den Streik durch Einsatz von Ordnertrupps und ein Semester später sogar durch Einsatz von Polizei zu brechen. Als Zeuge vor Gericht ist er ge-

Mietspiegelstreit: Prozesse jetzt noch teurer

khg. Der Ring Deutscher Makler (RDM), der Hamburger Grundeigentümerverein und der Mieterverein zu Hamburg sind weiterhin gegen die Entscheidungen des Landgerichts Hamburg aufgetreten, bei Mieterhöhungsprozessen den Mietenspiegel nicht mehr anzuwenden und stattdessen ein Sachverständigengutachten über die ortsübliche Vergleichsmiete zu verlangen. Das Sachverständigengutachten würde erhebliche Kosten jeweils verursachen, die teilweise in keinem Verhältnis mehr stehen würden zu der im Streit befindlichen Mieterhöhung. Wer den jeweiligen Prozeß verliert, hätte dann die gesamten Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Hauseigentümer und Kapitalisten, die ihr Kapital gerne auf dem Wohnungssektor anlegen möchten, klagen seit geraumer Zeit darüber, daß das geltende Mietrecht Mieterhöhungen sehr erschwere und im Wohnungsbau angelegtes Kapital nicht den gewünschten Zins bringe. Der Gesetzgeber befaßt sich auch bereits mit diesem Problem. Kein Wunder, daß die Hausbesitzer jetzt wenigstens erreichen wollen, daß das bestehende Mieterhöhungsrecht von ihnen voll ausgeschöpft werden kann und ihnen die Gerichte da nicht noch Knüppel zwischen die Beine werfen. Da die Vermieter die Berechtigung der Mieterhöhung beweisen müssen, haben sie die Gutachterkosten zunächst vorzuschießen.

Flohmarkt-Basar brachte 250 DM

hen. Am 6.12.80 beteiligten sich die Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Kiel/Holstein und die Kampuchea-Initiative Kiel mit einem Basar zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression am „Flohmarkt" (Kieler). Mit einer Bilderausstellung wurde über den Kampf des kampucheanischen Volkes informiert. Am Stand wurden die Spendenaufrufe zur Unterstützung des Volkes von Kampuchea (...) verteilt. Während des Tages sind insgesamt 250 DM für das Demokratische Kampuchea eingenommen worden. In Zukunft wird die Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung sich regelmäßig mit einem Basar für Kampuchea auf dem Kieler Flohmarkt beteiligen.

Demonstration der Erzieherfachschüler

pes. Am letzten Mittwoch demonstrierten in Kiel ca. 350 Schüler der Fachschulen für Sozialpädagogik aus Schleswig-Holstein. Anlaß dieser Aktion und eines vorangegangenen Streiks in der Fachschule Kiel ist die Einstufung der Fachschulen in Berufsfachschulen. Diese Umwandlung bedeutet eine Verschlechterung der Ausbildung durch die Verringerung der Stundenzahl und der Lehrmittelsätze. Gleichzeitig sinken die BAFöG-Sätze von bisher 460 (585) auf 260 (456) DM. Stützen tut sich das Kultusministerium bei dieser Maßnahme auf §9 der Fachrichtungsverordnung. Nach der Demonstration überbrachte eine Delegation der Schüler dem Kultusministerium eine Resolution mit den Forderungen: Für die Erzieherausbildung an Fachschulen; Für die Fachschul-Bafög-Förderung; Für die Durchlässigkeit des Bildungssystems; Hauptschüler mit Beruf an die Fachschule; Fachhochschulreifeanerkennung ohne Zusatzbereich. Die Schüler wehren sich gegen die Absicht des Kultusministeriums durch die Herabqualifizierung ihrer jetzigen Ausbildung und die geplante Neueinrichtung „echter Fachschulen" eine Dequalifizierung zu erreichen. Am 6. Februar findet vor dem Verwaltungsgericht Schleswig eine Anhörung zur Klage der Schüler gegen die Kürzung des BAFöGs statt.

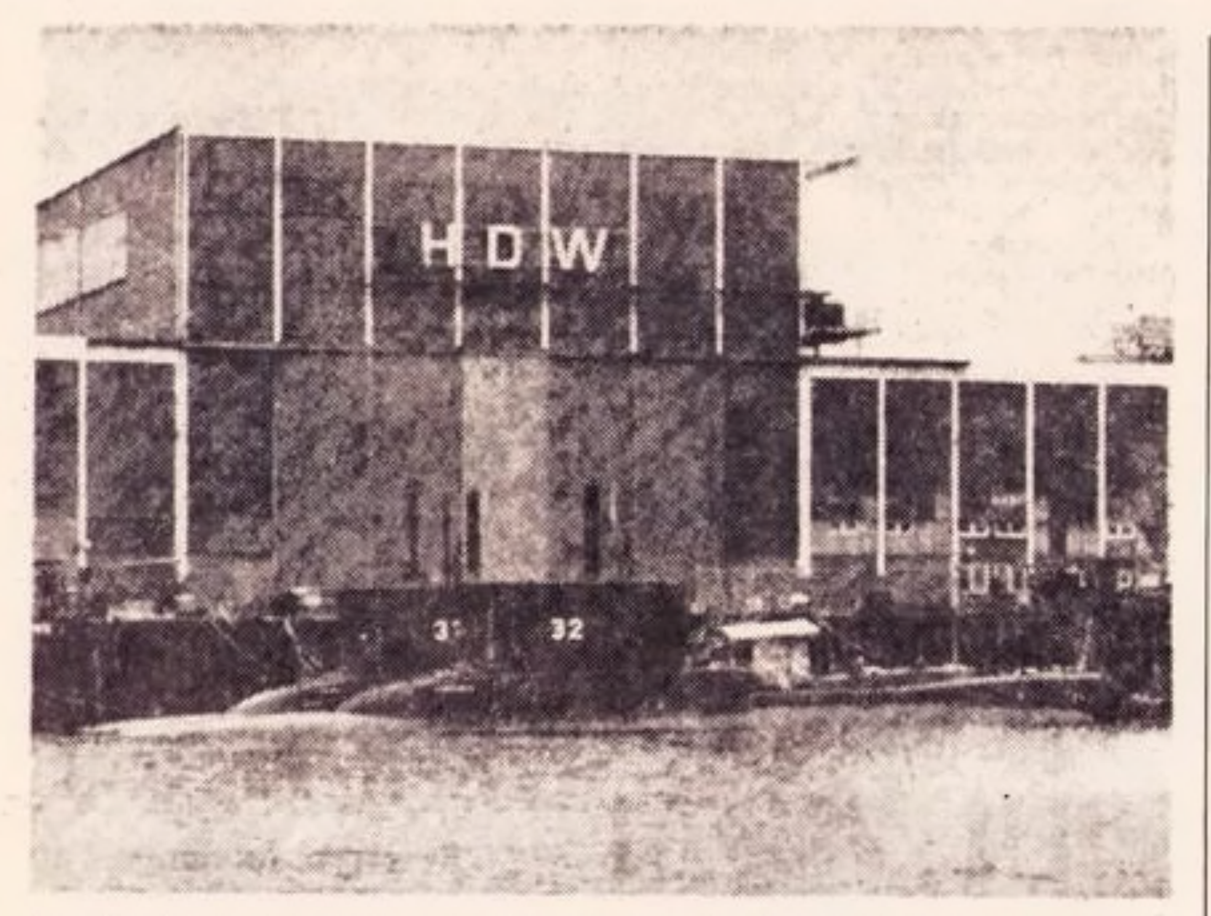
Jugendamt Kiel: Aktion gegen Kriegsspielzeug

abc. In jedem größeren Ort gibt es zu Weihnachten Umtauschaktionen gegen Kriegsspielzeug. In Kiel hat auch das Jugendamt aufgerufen, kein Kriegsspielzeug zu schenken: „Krieg ist kein Spiel! ... Weil das Kind lernt, daß Konflikte mit Gewalt gelöst werden können ... Weil Kriegsspielzeug das feindliche Gegeneinander fördert. Weil es das tatsächliche Elend des Krieges verharmlost." Daran ist Richtiges und Falsches. Kinder lernen zuerst aus ihrer realen Umwelt, im Spiel wird diese Erfahrung vertieft. Welch Wunder, daß Kinder in ihrer Umwelt, Fernsehen und Zeitung mit Krieg und Waffen bombadiert, dies auch im Spiel bewältigen wollen. Kriegsspielzeug mit US- und Polizeiemblemen soll gleich die Parteinahme zugunsten des imperialistischen Staates beeinflussen. Es ist weniger eine Frage des Spielzeugs als eine Frage der Erziehung insgesamt, wie Kinder den imperialistischen Krieg begreifen und davon die gerechten Kriege der unterdrückten Völker um Befreiung unterscheiden lernen. Wenn dies geschieht, können Kinder auch erkennen, daß gegen den imperialistischen Krieg und sein Elend gewaltsame Aktionen durchaus gerechtfertigt sind. Panzer machen aus Kindern noch keine Militaristen, aber Panzer und Bomben kann man ausschließlich zum Zerstören gebrauchen, sie sind geisttötend und konstruktives Spiel unterdrückend und deswegen auch nicht zu empfehlen. Dem Jugendamt ist diese Tatsache recht, um eine billige und publikumswirksame Aktion zu machen und gleichzeitig von der Politik des Staats abzulenken.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611 730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



Der Bereich Sonderschiffbau im Werk Süd der HDW in Kiel produziert U-Boote. Gegenwärtig ist der Betrieb mit den zwei Aufträgen voll ausgelastet.

HDW: Streik für Arbeitsplätze

Weder SPD noch CDU sind im Recht

pes. Nach dem Streik der 1000 Arbeiter des Werks Süd der HDW für die Beibehaltung des U-Boot-Auftrages für Chile beschloß die Kieler Ratsversammlung am Mittwoch den Bundeskanzler aufzufordern, den Auftrag zu stornieren; ebenso meldete sich die Mehrheit der SPD-Fraktion im Bundestag zu Wort. Es sei moralisch nicht zu verantworten, an eine reaktionäre Militärdiktatur wie die chilenische Kriegsmaterial zu liefern.

Die Moral der Bundesregierung besteht einzig darin, daß sie es in der Hand haben will, wem sie Waffen liefert; darin, die Produktion von Waffen und den Export von Kriegsmaterial für die imperialistische Allianz NATO zu fördern und sich gleichzeitig gegenüber den Ländern der dritten Welt, die mit ihren Waffen keine imperialistischen Ziele verfolgen, als Apostel des Weltfriedens aufzuspielen. So werden dann auch die Arbeiter von HDW samt ihrem Betriebsrat als rückschrittliche Elemente dargestellt, die nichts außer ihren Arbeitsplätzen im Kopf haben. Das berechtigte Interesse der Arbeiter, ihren Arbeitsplatz gerade angesichts der wirtschaftlichen Krise zu behalten, machen sich die Reaktionäre von der CDU zunutze und wollen die Schicksalsgemeinschaft von Lohnarbeit und Kapital herstellen. Die Tatsache, daß der Arbeiter im Kapitalismus von jeglichen Produktions- und Lebensmitteln getrennt ist, daß er seine Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen muß, um sich von seinem Lohn von den Besitzern der Konsumtionsmittel die Mittel zum Leben kaufen zu können, legt den Gedanken nahe, für die Erhaltung und Expansion des Kapitals eintreten zu müssen. Darauf bauen die Reaktionäre und Klassenversöhnler, wenn sie ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärken wollen. Nur – weder erhält das Arbeitsplätze, noch verbessern sich die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft. Im Gegenteil: In dem Maße, wie sich das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durchsetzt, indem die Entwicklung der Maschinerie auf immer neuer technischer Basis Arbeitskraft überflüssig macht, muß die Arbeiterklasse sich politische Bedingungen schaffen, die Vergrößerung der industriellen Reservearmee nicht zur Verstärkung der Konkurrenz untereinander um den Verkauf der Arbeitskraft werden zu lassen. Der Kampf um die Sozialversicherungen und insbesondere die Arbeitslosenversicherung ist dabei von entscheidender Bedeutung, weil die Sicherung der Existenz der Arbeitslosen diese Konkurrenz einschränkt.

Insofern ist der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen gerecht und muß unterstützt werden, auch wenn wir gegen den beschränkten Charakter durch Aufklärung tätig werden müssen.

Was die Sache mit dem Kriegsgerät angeht, werden kriegerische Auseinandersetzungen nicht und erst recht nicht imperialistische Kriege durch die Einstellung oder den Boykott der Rüstungsproduktion verhindert oder ihre Verteuerung durch den Lohnkampf oder Steuerverweigerung, sondern durch den politischen Kampf des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg und für die soziale Revolution.

Zivildienstleistende behaupten Selbstverwaltung

Betriebsvereinbarung beim ASB / Bundesamt will scharfe Kontrolle

mah. Der Landesverband Hamburg des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) wird fast nur durch die 60 Zivildienstleistenden (ZDL) aufrechterhalten. Aufgrund dieser Tatsache mußte ihnen der ASB eine relative Selbstverwaltung zugestehen. Sie umfaßt die Tourenplanung durch einen ZDL als Fahrdienstleiter und die Personalplanung.

Mit seinem finanziellen Sanierungsprogramm hatte der Geschäftsführer Faetting auch mehr Kontrolle und ,,effektive Arbeitshaltung'' der ZDL im Auge. Als sich der neue Sachbearbeiter für ZDL (selbst ZDL) als Freund Faettings herausstellte, forderten ihn die ZDL auf, seine Arbeit einem Kollegen zu übergeben, dem alle vertrauen. Der Sachbearbeiter weigerte sich, und Faetting drohte den ZDL-Vertrauensleuten mit Rausschmiß, nachdem er den vorherigen Sachbearbeitern die Einstellung einer ,,roten Zelle'' vorgeworfen hatte. Da die ZDL auch noch durch 100 DM Extra-Weihnachtsgeld, nur für einen Teil von sich, gespalten werden sollten, verabschiedeten sie auf einer Vollversammlung einen Offenen Brief gegen diese Angriffe. Faetting reagierte mit Hausverbot und Beurlaubung für einen ZDL 14 Tage vor dessen Dienstende (später zurückgenommen) sowie Versetzungsdrohungen. Den ZDL-Fahrdienstleiter ersetzte er über Nacht durch einen heimlich eingearbeiteten Hauptamtlichen.

2 Tage später sollte Faetting auf einer VV Rede und Antwort stehen. Als er sich weigerte, wurde er kurzerhand von 30 Leuten aus seinem Büro abgeholt. Verhandlungen konnte er sich dann nicht mehr widersetzen. Herausgekommen ist inzwischen eine Betriebsvereinbarung (,,Protokoll''), in der die bisherigen Rechte der ZDL weitgehend anerkannt werden. Der ZDL-Fahrdienstleiter ist wieder auf seinem Posten, der Festangestellte ist zuständig für KFZ-Reparatur und Versicherung.

Grundlage des Erfolges ist das von der ZDL-Betriebsgruppe organisierte geschlossene und einheitliche Vorgehen. Die Verteidigung der Selbstverwaltungsrechte richtet sich letztlich gegen die rechtlose Lage der ZDL im allgemeinen. Daß sich die Kollegen beim ASB auch nicht mit ihrem Einsatz als billige Arbeitskräfte anstelle Festangestellter abfinden, zeigt sich an der Anfang des Jahres durch massive Kampfmaßnahmen gemeinsam mit dem Betriebsrat verhinderten Entlassung Festangestellter zugunsten neuer ZDL.

Einmischungen in die jetzigen Auseinandersetzungen gab es vom Bundesamt für Zivildienst (BAZ) und seinem Regionalbetreuer Schnabel: Das BAZ drohte aus Köln mit Versetzung *aller* ZDL bei mangelnder Kompromißbereitschaft. Als nach den Angriffen des ASB die Zahl der Krankgeschriebenen auf 14 gestiegen war, wies Schnabel den ZDL in einer ,,Dienstlichen Anordnung des BAZ'' dem Arzt Dr. Schmidt im Graumannsweg zu.

Schnabel hat sich auch an anderen Dienststellen herumgetrieben und u.a. Schließung der Dienststelle oder Streichung des Dienstsports angekündigt. Ab 1.4. soll ein großer Teil der ZDL (zusätzlich zu bisher ca. 100) direkt einer Regionalstelle des BAZ unterstellt werden – eine Vorwegnahme der nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe. Die Selbstorganisation der ZDL ruft zur Mitteilung weiterer Machenschaften Schnabels auf, um eine größere Versammlung Hamburger ZDL vorzubereiten.

Hartnäckige Auseinandersetzung um Arbeitsverträge

Nebenberufliche Lehrkräfte an der KJM Stade fordern mehr Lohn

haw. Die Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Vorstand der Kreisjugendmusikschule Stade, die schon über ein Jahr dauern, spitzen sich gegenwärtig zu: Nach jahrelangem vertragslosen Zustand bzw. Arbeitsverträgen, die eine einseitige Festlegung der Stundenzahl der Lehrkräfte durch die Schulleitung vorsahen und gleichzeitig Erteilung von Privatunterricht verboten.

So wurde zum Beispiel einer Lehrkraft für Blockflöte im September auf der Grundlage der alten Arbeitsverträge kurzerhand gekündigt, gleichzeitig sollte die Anzahl der Kinder einer Gruppe heraufgesetzt werden, was unweigerlich eine Verschlechterung der Qualität des Unterrichts und eine höhere Belastung der Lehrkraft mit sich bringt. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung. Nach einem Arbeitsgerichtsverfahren mußte die Kollegin auf Grund früher gemachter mündlicher Zusagen wieder eingestellt werden. Bisher wurden ihr jedoch nur fünf der vorher gegebenen 25 Unterrichtsstunden zugeteilt und bezahlt. Die Kollegen erteilten ihrem Betriebsrat den Auftrag, einen Arbeitsvertrag durchzusetzen, der ihre Interessen wahrt. Der Betriebsrat ist diesem Auftrag nachgekommen: Der Vorstand mußte einem Vertrag zustimmen, der neben anderen Verbesserungen vorsieht, daß die Unterrichtsstundenzahl nur im ,,Benehmen mit der Lehrkraft'' festgelegt werden kann. Der Vorstand hat inzwischen seine Zustimmung wieder zurückgezogen. Der Landkreis hat mit Zusammenstreichung der Gelder gedroht und nach ,,Überprüfung des Vertragstextes'' will er die einseitige Festlegung der Stundenzahl durch die Schulleitung unbedingt aufrechterhalten. Auf den letzten beiden Betriebsversammlungen haben die Kollegen sich strikt dagegen gewandt, weil dadurch Vorstand und Schulleitung jeden Kollegen durch Androhung des Entzugs der Existenzgrundlage unter Druck setzen können. Der Landkreis beharrt auf der Durchsetzung dieses Punktes vor allem, um das gegenwärtige niedrige Lohnniveau beibehalten zu können (eine Lehrkraft mit gleicher Stundenzahl wie an einer normalen Schule bekommt an der KJM nur ca. 1600 DM netto). Die zuständige Gewerkschaft, die GDMK im DGB, steht kurz davor, durchzusetzen, daß die KJM und die GDMK Tarifvertragspartner werden. Das würde bedeuten, daß alle Lehrkräfte mit mehr als 14 Stunden nach BAT bezahlt werden müssen, was erheblich mehr ist. Die Schulleitung hat schon damit begonnen, dafür zu sorgen, daß Lehrkräfte nicht über 13 Stunden kriegen. Sie will das auch in Zukunft können und Stunden streichen. Noch ist nichts entschieden. Bisher gilt die Einstufung der vollen Lehrtätigkeit (28 Wochenstunden) als ,,Nebentätigkeit'' und der Angestellten als ,,freier Mitarbeiter'' mit der oben angegebenen entsprechend niedrigen Entlohnung. Ein Schritt auf dem Wege der Durchsetzung der Forderung nach Übernahme in ein Anstellungsverhältnis und Entlohnung nach BAT und damit in die Reihen aller Beschäftigten bei den Kommunen, ist die Ablehnung der 13-Stunden-Verträge auf der nächsten Betriebsversammlung.

Der Vorstand verweist auf den Landkreis, der Landkreis sagt, er sei nicht zuständig, außerdem sei kein Geld da. Die Kollegen und ihr Betriebsrat lassen sich jedoch nicht abspeisen und haben für Anfang 81 eine Betriebsversammlung vereinbart, auf der weitere Schritte beraten werden sollen auf Grundlage der Kenntnis des Haushalts sowie des Etats der KJM.

IGM Nordverbund fordert 125
Gestank bei uns an.'' Abgesehen da-
und Kolleginnen in den unteren Grup-
Über Weiteres ließ sich Lüdemann
Sonderurlaubsverhandlungen
Nebenberufliche Lehrkräfte an der KJM Stade fordern mehr Lohn

destag zu Wort. Es sei moralisch nicht zu verantworten, an eine reaktionäre Militärdiktatur wie die chilenische Kriegsmaterial zu liefern.

Die Moral der Bundesregierung besteht einzig darin, daß sie es in der Hand haben will, wem sie Waffen liefert; darin, die Produktion von Waffen und den Export von Kriegsmaterial für die imperialistische Allianz NATO zu fördern und sich gleichzeitig gegenüber den Ländern der dritten Welt, die mit ihren Waffen keine imperialistischen Ziele verfolgen, als Apostel des Weltfriedens aufzuspielen. So werden dann auch die Arbeiter von HDW samt ihrem Betriebsrat als rückschrittliche Elemente dargestellt, die nichts außer ihren Arbeitsplätzen im Kopf haben. Das berechtigte Interesse der Arbeiter, ihren Arbeitsplatz gerade angesichts der wirtschaftlichen Krise zu behalten, machen sich die Reaktionäre von der CDU zunutze und wollen die Schicksalsgemeinschaft von Lohnarbeit und Kapital herstellen. Die Tatsache, daß der Arbeiter im Kapitalismus von jeglichen Produktions- und Lebensmitteln getrennt ist, daß er seine Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen muß, um sich von seinem Lohn von den Besitzern der Konsumtionsmittel die Mittel zum Leben kaufen zu können, legt den Gedanken nahe, für die Erhaltung und

Maße, wie sich das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durchsetzt, indem die Entwicklung der Maschinerie auf immer neuer technischer Basis Arbeitskraft überflüssig macht, muß die Arbeiterklasse sich politische Bedingungen schaffen, die Vergrößerung der industriellen Reservearmee nicht zur Verstärkung der Konkurrenz untereinander um den Verkauf der Arbeitskraft werden zu lassen. Der Kampf um die Sozialversicherungen und insbesondere die Arbeitslosenversicherung ist dabei von entscheidender Bedeutung, weil die Sicherung der Existenz der Arbeitslosen diese Konkurrenz einschränkt.

Insofern ist der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen gerecht und muß unterstützt werden, auch wenn wir gegen den beschränkten Charakter durch Aufklärung tätig werden müssen.

Was die Sache mit dem Kriegsgerät angeht, werden kriegerische Auseinandersetzungen nicht und erst recht nicht imperialistische Kriege durch die Einstellung oder den Boykott der Rüstungsproduktion verhindert oder ihre Verteuerung durch den Lohnkampf oder Steuerverweigerung, sondern durch den politischen Kampf des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg und für die soziale Revolution.

haw. Die Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Vorstand der Kreisjugendmusikschule Stade, die schon über ein Jahr dauern, spitzen sich gegenwärtig zu: Nach jahrelangem vertragslosen Zustand bzw. Arbeitsverträgen, die eine einseitige Festlegung der Stundenzahl der Lehrkräfte durch die Schulleitung vorsahen und gleichzeitig Erteilung von Privatunterricht verboten.

So wurde zum Beispiel einer Lehrkraft für Blockflöte im September auf der Grundlage der alten Arbeitsverträge kurzerhand gekündigt, gleichzeitig sollte die Anzahl der Kinder einer Gruppe heraufgesetzt werden, was unweigerlich eine Verschlechterung der Qualität des Unterrichts und eine höhere Belastung der Lehrkraft mit sich bringt. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung. Nach einem Arbeitsgerichtsverfahren mußte die Kollegin auf Grund früher gemachter mündlicher Zusagen wieder eingestellt werden. Bisher wurden ihr jedoch nur fünf der vorher gegebenen 25 Unterrichtsstunden zugeteilt und bezahlt. Die Kollegen erteilten ihrem Betriebsrat den Auftrag, einen Arbeitsvertrag durchzusetzen, der ihre Interessen wahrt. Der Betriebsrat ist diesem Auftrag nachgekommen: Der Vorstand mußte einem Vertrag zustimmen, der neben anderen Verbesserungen vorsieht, daß die Unterrichtsstundenzahl nur im ,,Benehmen mit der Lehrkraft'' festgelegt werden kann. Der Vorstand hat inzwischen seine Zustimmung wieder zurückgezogen. Der Landkreis hat mit Zusammenstreichung der Gelder gedroht und nach ,,Überprüfung des Vertragstextes'' will er die einseitige Festlegung der Stundenzahl durch die Schulleitung unbedingt aufrechterhalten. Auf den letzten beiden Betriebsversammlungen haben die Kollegen sich strikt dagegen gewandt, weil dadurch Vorstand und Schulleitung jeden Kollegen durch Androhung des Entzugs der Existenzgrundlage unter Druck setzen können. Der Landkreis beharrt auf der Durchsetzung dieses Punktes vor allem, um das gegenwärtige niedrige Lohnniveau beibehalten zu können (eine Lehrkraft mit gleicher Stundenzahl wie an einer normalen Schule bekommt an der KJM nur ca. 1600 DM netto). Die zuständige Gewerkschaft, die GDMK im DGB, steht kurz davor, durchzusetzen, daß die KJM und die GDMK Tarifvertragspartner werden. Das würde bedeuten, daß alle Lehrkräfte mit mehr als 14 Stunden nach BAT bezahlt werden müssen, was erheblich mehr ist. Die Schulleitung hat schon damit begonnen, dafür zu sorgen, daß Lehrkräfte nicht über 13 Stunden kriegen. Sie will das auch in Zukunft können und Stunden streichen. Noch ist nichts entschieden. Bisher gilt die Einstufung der vollen Lehrtätigkeit (28 Wochenstunden) als ,,Nebentätigkeit'' und der Angestellten als ,,freier Mitarbeiter'' mit der oben angegebenen entsprechend niedrigen Entlohnung. Ein Schritt auf dem Wege der Durchsetzung der Forderung nach Übernahme in ein Anstellungsverhältnis und Entlohnung nach BAT und damit in die Reihen aller Beschäftigten bei den Kommunen, ist die Ablehnung der 13-Stunden-Verträge auf der nächsten Betriebsversammlung.

Der Vorstand verweist auf den Landkreis, der Landkreis sagt, er sei nicht zuständig, außerdem sei kein Geld da. Die Kollegen und ihr Betriebsrat lassen sich jedoch nicht abspeisen und haben für Anfang 81 eine Betriebsversammlung vereinbart, auf der weitere Schritte beraten werden sollen auf Grundlage der Kenntnis des Haushalts sowie des Etats der KJM.

IGM Nordverbund fordert 125 DM / 7,7%

edd. Am 17.12. tagte in Bremen die große Tarifkommission der IG Metall im Nordverbund. 372 Mitglieder der Tarifkommission beschlossen mehrheitlich, nicht die Forderung 8% aufzustellen, sondern 7,7%, mindestens aber 125 DM Festgeld zu fordern. Ein großer Teil der Diskussionsredner schlug höhere Forderungen vor, vor allem mit höheren Festgeld- bzw. Sockelseiten. ,,Als einer der Redner hatte Hans Janssen vom IGM Vorstand deutlich gemacht, daß diese Lohnrunde vielleicht nicht ohne Streik über die Runde gehen würde. Und ein solcher Streik könnte gerade im Nordverbund nötig sein.'' (Metall Nachrichten 2) Bezirksleiter Otto vom Steeg erklärte, daß ,,nicht die Propaganda der Unternehmer, sondern die Erhaltung des Lebensstandards der Mitglieder Maßstab der Forderungen sein kann.''

Anwohner schreiben an das Gewerbeaufsichtsamt

ins. Ca. 15 Anwohner aus der unmittelbaren Nähe des Aluminiumwerkes VAW in Stade-Bützfleth haben sich in einem Schreiben an das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt gewandt, um sich über starke Fluorschäden zu beschweren. In dem Brief heißt es: ,,Bei Cox-Orangen-Bäumen setzte schon im August-September ein starker Blattfall ein ... Die jungen Triebe sind verbrannt, in den oberen Spitzen braun und abgestorben. Der Krebsbefall in den Bäumen nimmt zu ... Bei Ostwind kommt ein übelkeitserregender Gestank bei uns an.'' Abgesehen davon, daß das Gewerbeaufsichtsamt in seinem Antwortschreiben zunächst einmal feststellt, daß ,,Fluorschäden in der geschilderten Art und im geschilderten Umfang nicht möglich'' sind, schlägt Herr Gewerbeoberrat Hübner dann folgende Erklärung vor: 'Ende August des Jahres war eine Sturmflut im o.a. Raum, die zu Schädigungen an Pflanzen längs eines mindestens 10 km Küstenbereichs ... führte.'' Vielleicht hätte der Gewerbeoberrat gut getan, sich vorher über die Lage der Höfe zu erkundigen; sie liegen hinter dem Deich und haben von der Sturmflut nichts gesehen. Die Bewohner beraten jetzt weitere Maßnahmen.

Warnstreiks für Streichung der Lohngruppe II

edd. Am 15. Dezember fand in Kiel die Verhandlung um die für das Tarifgebiet Schleswig-Holstein aufgestellte Forderung nach Streichung der Lohngruppe II statt. Die Vertreter der Kapitalistenverbände lehnten wiederholt die Forderung der IG Metall ab. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein, Detlefsen, erklärte: ,,... *Frauen sind nun einmal in erster Linie Hausfrauen, ihre Tätigkeit in der Industrie ist ein Nebenjob*''. Gegen die unteren Lohngruppen, die verschärfte Ausbeutung und die Möglichkeit der Kapitalisten, damit auf die Facharbeiterlöhne zu drücken, führten 600 Arbeiter der Firma DETEWE in Rendsburg, 2500 bei Danfoss in Flensburg und bei Hagenuk Warnstreiks durch. Den Unternehmern wurde damit gezeigt, daß ihre beliebte Taktik, Facharbeiter gegen Kollegen und Kolleginnen in den unteren Gruppen auszuspielen, diesmal nicht aufgeht'' (Metallnachrichten 2). Die IGM besteht weiter auf der vollständigen Abschaffung der sogenannten ,,Leichtlohngruppen''.

Refrendare: Go-In im Amt für Schule

two. Um endlich Genaueres über die geplante neue Ausbildungsordnung für Lehrerreferendare zu erfahren, statteten ca. 40 Referendare dem Amt für Schule letzten Donnerstag einen Besuch ab. Grolle hatte zuvor eine gegebene Zusage für eine Diskussionsveranstaltung am Studienseminar nicht eingehalten. Um sich auch jetzt der Diskussion mit den Anwesenden, vornehmlich Seminarsprechern und Vorstandsmitgliedern, zu entziehen, ließ er den Haupteingang sperren und sich selbst verleugnen – ,,Sitzung''. Der Leiter für Lehrerausbildung, Lüdemann, empfing eine Delegation. Nach halbstündigem Gerede in üblicher Manier war zumindest klar: Die neue Ausbildungsordnung ist so gut wie fertig. Innerhalb des nächsten halben Jahres würde sie vorgelegt, so Lüdemann. Verlängerung der Ausbildung von 1 ÷ auf 2 Jahre kann als gesichert gelten, strittig ist nur noch, ob dann, um die ,,Kostenneutralität'' zu wahren, weniger Referendare pro Semester eingestellt werden sollen, oder ob die Kosten pro Referendar gleich bleiben sollten, was ja wohl Gehaltskürzung heißen würde. Außerdem: ein drittes Fach für Grundschullehrer wird ,,ausgebildet'' und geht über Anleiter- und Hospitationsberichte in die Examensnote ein. Über Weiteres ließ sich Lüdemann nicht genauer aus. Er hält die neue Ausbildungsordnung in NRW, die u.a. eine zweite schriftliche Hausarbeit vorsieht und zig weitere Unterrichtsbesuche, für eine ,,Verbesserung''. Man kann also abmessen, welcher Art die weiteren Details sein werden. Am 6.1. will der Referendarausschuß über weitere Schritte beraten.

Karstadt-Kapitalisten fürchten Aktionen Jugendlicher

hek. Jugendliche machten in der vergangenen Woche in Hamburg ihrer berechtigten Wut über Wohnungsmangel und die brutale Räumung besetzter Häuser durch die Berliner Polizei Luft. Angegriffen wurden u.a. Kaufhäuser. Daß die dort Beschäftigten, die fast alle auch unter schlechten Wohnverhältnissen leiden von den Aktionen betroffen werden, aber in keiner Weise die Wohnungsbau-Kapitalisten, macht diese Aktion nicht sehr sympathisch. Die Geschäftsleitung von Karstadt Mönckebergstraße war von der Polizei über die geplante Aktion informiert. 40 Zivile waren am Sonnabend im Haus. Haustechnik und zahlreiche Angestellte wurden gezwungen, an ihrem freien Sonnabend zu arbeiten und Wache zu stehen. Einsatz für die Firma war nirgends zu spüren. ,,Da habe ich keine Aktien drin'', hieß es. Bei Karstadt kam es bis nachmittags zu keinen Auseinandersetzungen.

Sonderurlaubsverhandlungen für Schichtdienstler beim NDR

bam. Im Januar verhandelt die RFFU (Rundfunk, Fernseh, Film-Union) für die Kollegen im Schicht- und unregelmäßigen Dienst mit der NDR-Leitung über Sonderurlaub. Der NDR versuchte ständig durch Spaltungsmanöver, den Kreis der ,,Begünstigten'' möglichst klein zu halten. Tatsächlich gibt es Kollegen im technischen Bereich, die sogenannten ,,Zigeuner'', die keinen Dienstplan haben, sondern erst 1 Tag vorher erfahren, ob und wann sie am nächsten Tag zur Arbeit erscheinen sollen – das kann zwischen 0 und 24 Uhr sein. Da diese Kollegen unter solchen Bedingungen keine Möglichkeiten haben, die Zeit, die ihnen zur Reproduktion zur Verfügung bleibt, irgendwie zu planen, sind die Belastungen natürlich besonders stark. Aber auch die Kollegen, die ständig oder überwiegend Schicht machen, müssen nach Ansicht der Gewerkschaft genauso berücksichtigt werden. Die erfolgreichen Kämpfe der Postler und die Verhandlungen der ÖTV haben die Position der RFFU gegenüber der Leitung des NDR erheblich gestärkt.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 31.12.1980

Kiel: Silvesterveranstaltung des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung mit kulturpolitischem Programm. Wiker Post, Holtenauer Straße, 19 Uhr.

Sanierung der Staatsfinanzen über Kürzung der kommunalen Haushalte

Haushaltsentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung

reh. Nach mehreren Anläufen hat die schleswig-holsteinische Landesregierung in der vergangenen Woche einen Etatentwurf für die Landtagsberatungen im Januar vorgelegt. Der Haushalt sieht eine Steigerung um 3,5% auf 9,055 Mrd. DM vor. Das würde nach Abzug der Inflationsrate eine reale Senkung gegenüber diesem Jahr bedeuten. Muß es letzten Endes aber nicht, weil über Kreditaufnahmen und Nachtragshaushalte während des Haushaltsjahres einige hundert Millionen DM nachgeschoben werden können. Noch bevor der Haushalt 1981 beschlossen ist, hat Finanzminister Titzck einen 80 Millionen-Nachtragshaushalt für Investitionen angekündigt.

Sollen einerseits die investiven Ausgaben (zur Zeit 17,6% des Haushalts), also die Spritzen für die Belebung der Profitproduktion, real erhöht werden, ist andererseits geplant, die Personalausgaben im öffentlichen Dienst drastisch zu beschneiden (Einstellungs- und teilweiser Beförderungsstop, niedrige Abschlüsse in den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen) und die Zuweisung an die kommunalen Haushalte zu kürzen. Nach den bis jetzt veröffentlichten Plänen und Konjunkturprognosen ergeben sich folgende Kürzungen der Kommunalfinanzen:
– Senkung des kommunalen Finanzausgleichs um 50 Mio. DM (ca. 5%)
– Einbehaltung von ca. 36 Mio. DM aus der Finanzausgleichsmasse durch die Landesregierung.
– Steuermindereinnahmen der Gemeinden von ca. 78 Mio. DM.
Neben diesen Mindereinnahmen von ca. 164 Mio. DM werden weitere Mittel für Gemeinschaftsaufgaben und zweckgebundene Zuschüsse gekürzt oder gestrichen.

Innenminister Barschel hatte die Gemeinden und Gemeindeverbände Anfang November aufgefordert, ihre Haushaltsberatungen auf einen Termin nach Verabschiedung des Landeshaushalts zu verlegen. Das Haushaltsjahr beginnt aber am 1. Januar und die Magistrate und Gemeinderäte haben gegenüber den Stadt- und Gemeindebewohnern Verpflichtungen, die sie nicht aufschieben können, und eine Finanzierung auf der Grundlage von Nachtragshaushalten und Krediten ins Blaue hinein lehnen sie ab. Die Mehrzahl der Gemeindevertretungen hat deshalb die Aufforderung Barschels in den Wind geblasen, viele haben ihren Haushalt 1981 bereits beschlossen. Es wird der Landesregierung so die Möglichkeit genommen, mit weiteren Sparmaßnahmen in noch „offene" Haushalte hineinzuregieren, was offensichtlich der Hintergedanke bei Barschels Aufforderung war. Die beschlossenen Haushalte sind jedenfalls Tatsachen, die es der Landesregierung erschweren werden, Maßnahmen, wie z.B. die angekündigte Kürzung des Landesanteils an den Schülerbeförderungskosten, durchzusetzen.

Bis jetzt zeichnen sich die einschneidenden Auswirkungen der Finanzpolitik von Bund und Land gegenüber den Gemeinden ab:
– Von den bisher verabschiedeten Haushalten liegt kaum einer über 2 % Steigerung. Bei der Mehrzahl der über Lokalpresse im Holsteiner Raum bekanntgemachten Haushalte ist das Volumen absolut gesenkt worden, teilweise bis zu 30 % (Panker).
– Durch das Abwassergesetz von 1976 sind die Gemeinden verpflichtet, die Abwasser aus Hauskläranlagen abzutranspotieren und zur Verarbeitung auf regionaler Ebene Kläranlagen zu errichten. Das Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) hat diese Ausgaben zynisch als „förderungswürdig" bezeichnet. Die Landesregierung würde dafür aber kein Geld zur Verfügung stellen.
– In Eutin ist der Bau des bereits beschlossenen Ausbildungszentrums für Bauberufe gefährdet.
– In Neumünster kann der Blockunterricht für Druckerauszubildende im kommenden Jahr nicht wie geplant beginnen, weil keine Geld für den Weiterbau des Ausbildungszentrums bewilligt wird.
– In Oldenburg sind der Bau eines Kreispflegeheims und eines Jugendaufbauwerks nicht mehr gesichert.
– In Berkenthin sind für Kanalisationsarbeiten drei Straßenzüge aufgerissen worden. Zugesagte Zuschüsse des ALW wurden erheblich gekürzt, so daß die Schwarzdecke in diesen Straßen nicht wiederhergestellt werden kann.
– In mehreren Gemeinden wurden Baumaßnahmen für Sportanlagen, Gehwege und Straßenausbauten, vom kommenden auf spätere Jahre verschoben.
Die „Finanzschwäche greift bis ins letzte Dorf", hatte Finanzminister Titzck Ende November gedroht. Er muß es wissen, denn die Kürzungen der Kommunalfinanzen werden neben der Bundesregierung vor allem von der Landesregierung betrieben, die dazu die gesetzlichen Instrumente in der Hand hält.

Gesetzliche Grundlage für das Eingreifen in die kommunalen Finanzen ist die Gemeindeordnung (GO) und das Finanzausgleichsgesetz (FAG), die ihre Vorläufer im Gemeindefinanzgesetz von 1933 und in der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 haben. Beides Instrumente, mit denen die deutsche Reichsbourgeoisie erstmals umfassend über die zentralen Staatsorgane in die Gemeindepolitik eingriff.

Die GO schreibt in Verbindung mit der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) die Fachaufsicht des Innenministers über die Kommunen vor. So müssen die Gemeindehaushalte generell vom Innenministerium genehmigt werden, insbesondere die Aufnahme von Krediten, die Erhebungssätze der Grund- und Gewerbesteuer und die Bildung von Rücklagen. Der Zeitrahmen und die Aufteilung der Haushalte ist bis ins kleinste vorgeschrieben.

Mit dem FAG sollen die unterschiedlichen Einkommensentwicklungen der Gemeinden ausgeglichen und dabei insbesondere überdurchschnittliche Ausgaben der Orte mit übergemeindlichen Aufgaben berücksichtigt werden. Das Berechnungsverfahren für den Finanzausgleich ist im Groben das folgende: Aus den Gewerbesteuern, den Grundsteuern und dem gemeindlichen Anteil der Einkommenssteuer (derzeit 15 %) wird die landesdurchschnittliche Steuerkraftzahl je Einwohner berechnet. Liegt die entsprechend berechnete Steuerkraftzahl der Gemeinde darunter, wird über Gemeindeschlüsselzuweisungen und Sonderschlüsselzuweisungen die Differenz nach einer bestimmten Formel verkleinert. Die Orte mit zentralen Funktionen für das Umland (Schulen, Kultureinrichtungen etc.) bekommen je nach Einstufung (Ober-, Mittel-, Unterzentrum, ländlicher Zentralort), die von der Landesregierung bestimmt wird, für übergemeindliche Aufgaben (Zentralitätsmittel).

Die Masse des Finanzausgleichs sowie die Aufteilung zwischen Gemeindeschlüsselzuweisungen und Zentralitätsmitteln können von der Landesregierung willkürlich festgelegt werden. Zu den Schlüsselzuweisungen in den verschiedenen Formen kommen zweckgebundene Zuweisungen von Bund und Land (teilweise auch von der EG), die zum großen Teil aufeinander bezogen sind. D.h., streicht der Bund seine Zuweisung, folgt die Streichung des Landeszuschusses und umgekehrt. Im Bundesdurchschnitt entfielen 1978 von den gemeindlichen Einnahmen auf Steuern 34,1%, auf Zuweisungen von zentralen Staatsorganen 29,6% und auf Gebühren und Beiträge 21,8%.

Diese völlige Abhängigkeit von Bundes- und Landesregierung treibt die bürgerlichen Kommunalpolitiker ständig dazu, den Anteil an eigenen Einnahmen zu erhöhen. Dazu bleiben ihnen im wesentlichen die kommunalen Gebühren und der Versuch, Kapital in den Ort zu locken (Gewerbe- und Einkommenssteuererhöhung), indem sie Gewerbegebiete erschließen, die Grundstücke zu Schleuderpreisen und Zuschüsse zu Investitionskosten anbieten. Die Millioneninvestitionen für den Bau von Kanalisation, Straßen, Planierung, Lärmschutzwällen etc. in den Gewerbegebieten erweisen sich häufig als Fehlinvestitionen, weil sie nicht einem gesellschaftlichen Plan folgen, sondern anarchisch vorgenommen werden. Der Versuch, das entstandene Defizit durch erhöhte Plünderung der Volksmassen zu decken, folgt auf den Fuß und wird von den Massen mehr oder weniger erfolgreich bekämpft. Mittlerweile vergeht kaum ein Städte- oder Gemeindetag, auf dem nicht der Streit um die kommunale Finanzausstattung im Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen kommunalen Funktionsträgern und Vertretern der Bundes- und Landesregierung steht. So auch auf der Kreisverbandsversammlung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages am 29.11., wo der Vorsitzende Sätje unter Beifall ausführte: "Wenn eine Gemeinde für ein Projekt einen Zuschuß bekommt und zur Einweihung dann ein Minister erscheint, erwartet der auch noch Dank. Dazu besteht überhaupt kein Anlaß, denn es sind unsere Mittel und die Steuern unserer Bürger, die da von oben zurückkommen". Die Gemeinden sollten finanziell so ausgestattet sein, daß sie nicht auf Zuschüsse angewiesen sind.

Diesen Standpunkt kann man unterstützen, er wird aber nicht ausreichen, wenn nicht eindeutige Forderungen erhoben werden nach Finanzhoheit der Kommunen. Diese müßte beinhalten den Steuereinzug ausschließlich über die Kommunen, die jährliche Bewilligung der Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg und das Recht der Kommunen auf Steuerverweigerung. Dies würde den Volksmassen erheblich bessere Bedingungen verschaffen im Kampf um Mindestbedingungen der Gesundheits-, Alters-, Schulversorgung und die Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste. Die Finanzhoheit ist unabdingbares Element einer Demokratischen Kommunalverfassung und im Kampf um die Demokratische Kommunalverfassung entwickeln die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes die Kraft und die Fähigkeit zur Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates, die notwendig ist, um der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel zu entreißen und sie in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.



Der Versuch der bürgerlichen Kommunalpolitiker, die Finanzmisere der Kommunen durch Plünderung der Volksmassen über Gebührenerhöhungen zu bereinigen, wird nicht hingenommen. Bild: Kundgebung vor dem Kieler Rathaus im Sommer 1974.

„Morgen Kinder wird's nichts geben..."
Bundeswehrhochschule Hamburg
weisung an die kommunalen Haushalte zu kürzen. Nach den bis jetzt veröffentlichten Plänen und Konjunkturprognosen ergeben sich folgende Kürzungen der Kommunalfinanzen:
– Senkung des kommunalen Finanzausgleichs um 50 Mio. DM (ca. 5%)
– Einbehaltung von ca. 36 Mio. DM aus der Finanzausgleichsmasse durch die Landesregierung.
– Steuermindereinnahmen der Gemeinden von ca. 78 Mio. DM.
Neben diesen Mindereinnahmen von ca. 164 Mio. DM werden weitere Mittel für Gemeinschaftsaufgaben und zweckgebundene Zuschüsse gekürzt oder gestrichen.
Innenminister Barschel hatte die Gemeinden und Gemeindeverbände Anfang November aufgefordert, ihre Haushaltsberatungen auf einen Termin nach Verabschiedung des Landeshaushalts zu verlegen. Das Haushaltsjahr beginnt aber am 1. Januar und die Magistrate und Gemeinderäte haben gegenüber den Stadt- und Gemeindebewohnern Verpflichtungen, die sie nicht aufschieben können, und eine Finanzierung auf der Grundlage von Nachtragshaushalten und Krediten ins Blaue hinein lehnen sie ab. Die Mehrzahl der Gemeindevertretungen hat deshalb die Aufforderung Barschels in den Wind geblasen, viele haben ihren Haushalt 1981 bereits beschlossen. Es wird der
errichten. Das Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) hat diese Ausgaben zynisch als „förderungswürdig" bezeichnet. Die Landesregierung würde dafür aber kein Geld zur Verfügung stellen.
– In Eutin ist der Bau des bereits beschlossenen Ausbildungszentrums für Bauberufe gefährdet.
– In Neumünster kann der Blockunterricht für Druckerauszubildende im kommenden Jahr nicht wie geplant beginnen, weil keine Geld für den Weiterbau des Ausbildungszentrums bewilligt wird.
– In Oldenburg sind der Bau eines Kreispflegeheims und eines Jugendaufbauwerks nicht mehr gesichert.
– In Berkenthin sind für Kanalisationsarbeiten drei Straßenzüge aufgerissen worden. Zugesagte Zuschüsse des ALW wurden erheblich gekürzt, so daß die Schwarzdecke in diesen Straßen nicht wiederhergestellt werden kann.
– In mehreren Gemeinden wurden Baumaßnahmen für Sportanlagen, Gehwege und Straßenausbauten, vom kommenden auf spätere Jahre verschoben.
Die „Finanzschwäche greift bis ins letzte Dorf", hatte Finanzminister Titzck Ende November gedroht. Er muß es wissen, denn die Kürzungen der Kommunalfinanzen werden neben



Der Versuch der bürgerlichen Kommunalpolitiker, die Finanzmisere der Kommunen durch Plünderung der Volksmassen über Gebührenerhöhungen zu bereinigen, wird nicht hingenommen. Bild: Kundgebung vor dem Kieler Rathaus im Sommer 1974.
denn es sind unsere Mittel und die Steuern unserer Bürger, die da von oben zurückkommen". Die Gemeinden sollten finanziell so ausgestattet sein, daß sie nicht auf Zuschüsse angewiesen sind.
Diesen Standpunkt kann man unterstützen, er wird aber nicht ausreichen, wenn nicht eindeutige Forderungen erhoben werden nach Finanzhoheit der Kommunen. Diese müßte beinhalten den Steuereinzug ausschließlich über die Kommunen, die jährliche Bewilligung der Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg und das Recht der Kommunen auf Steuerverweigerung. Dies würde den Volksmassen erheblich bessere Bedingungen verschaffen im Kampf um Mindestbedingungen der Gesundheits-, Alters-, Schulversorgung und die Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste. Die Finanzhoheit ist unabdingbares Element einer Demokratischen Kommunalverfassung und im Kampf um die Demokratische Kommunalverfassung entwickeln die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes die Kraft und die Fähigkeit zur Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates, die notwendig ist, um der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel zu entreißen und sie in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

„Morgen Kinder wird's nichts geben..."

„Lerne lachen ohne zu weinen"

Werbekunst
oder:
Der Text unserer Anzeigen

Die hängenden Gärten der Semiramis waren ein Weltwunder. Auch noch heute läßt die Dame von Welt ihren Büstenhalter nur ungern auf dem zierlich gedeckten Frühstückstisch liegen. Sie sollte in der Tat nie versäumen, ihn anzulegen; unsachgemäße Behandlung der überaus empfindlichen Haut verstärkt einen Mangel, an dem schon manches Herzensbündnis jäh zerschellt ist. Welch ein Staunen, wenn ein Geschenk auf dem Gabentisch liegt, das mit vornehmem Takt einen geheimen Wunsch errät! Schenken Sie "Tetons Büstenformer", Marke "Eierbecher"!

Wenn Sie im Kreis Ihrer Geschäftsfreunde und schöner Frauen bei wohlgepflegtem, schäumendem Sekt sitzen, während Ihr behaglicher, vornehmer und taktvoller Haushalt Sie umgibt, dann vergessen Sie nicht, unsern Luxusapparat "Kokmeš" bei der Hand zu haben. Die faszinierende Wirkung ihrer festlichen Geselligkeit wird dadurch noch erhöht; keine elegante und gepflegte Frau von Welt ist ohne denselben denkbar. "Kokmeš" ist ohne jede schädliche Nebenwirkung, weil es überhaupt keine hat. Wir fabrizieren es nur, um die hohen Anzeigenpreise wieder hereinzubringen, und wir inserieren, um fabrizieren zu können. Und so symbolisieren wir, was uns am meisten am Herzen liegt: die deutsche Wirtschaft – !

(Kurt Tucholsky) (1)

Weihnachten zu Haus

Ihr Kinderlein kommet, o kommet doch all,
zur Krippe her kommet in Bethlehems Stall / Pst! /
Und seht, was in dieser hochheiligen Nacht / Ruhe! Könnt Ihr nicht mitsingen /
Der Vater im Himmel / Na wirds bald / für Freude uns macht. (...)

(Agnes Hüfner) (2)

Legende, Nicht Ganz Stubenrein

Weihnachten vergangnen Jahres
(17 Uhr präzise) war es:
Daß der liebe Gott nicht, wie gewöhnlich,
den Vertreter Ruprecht runterschickte,
sondern er besuchte uns persönlich.
Und erschrak, als er die Welt erblickte.

Er beschloß dann doch, sich aufzuraffen.
Schließlich hatte er uns ja geschaffen!
Und er schritt (bewacht von Detektiven
des bewährten Argus-Institutes,
die, wo er auch hinging, mit ihm liefen)
durch die Städte und tat nichts als Gutes.

Gott war nobel, sah nicht auf die Preise,
und er schenkte, dies nur beispielsweise,
den Ministersöhnen Dampfmaschinen
und den Kindern derer, die im Jahre
mehr als 60000 Mark verdienen,
Autos, Boote, – lauter prima Ware.

Derart reichten Gottes Geld und Kasse
abwärts bis zur zwölften Steuerklasse.
Doch dann folgte eine große Leere.
Und die Deutsche Bank gab zu bedenken,
daß sein Konto überzogen wäre.
Und so konnte er nichts weiter schenken.

Gott ist gut. Und weiß es. Und wahrscheinlich
war ihm die Geschichte äußerst peinlich.
Deshalb sprach er, etwa zehn Minuten,
zu drei sozialistisch eingestellten
Journalisten, die ihn interviewten,
von der Welt als bester aller Welten.

Und die Armen mußten nichts entbehren,
wenn es nur nicht so sehr viele wären.
Die Reporter nickten auf und nieder.
Und Gott brachte sie bis ans Portal.
Und sie fragten: „Kommen Sie bald wieder?"
Doch er sprach: „Es war das letzte Mal."

(Erich Kästner) (3)

Spruch für die Silvesternacht

Man soll das Jahr nicht mit Programmen
beladen wie ein krankes Pferd.
Wenn man es allzu sehr beschwert,
bricht es zu guter Letzt zusammen.

Je üppiger die Pläne blühen,
um so verzwickter wird die Tat.
Man nimmt sich vor, sich zu bemühen,
und schließlich hat man den Salat!

Es nützt nicht viel, sich rotzuschämen.
Es nützt nichts, und es schadet bloß,
sich tausend Dinge vorzunehmen.
Laßt das Programm! Und bessert Euch drauflos!

(Erich Kästner) (3)

(1) Kurt Tucholsky, Panter, Tiger & Co. (2) Garstige Weihnachtslieder '70 (3) Erich Kästner, Die Zunge der Kultur reicht weit

Bundeswehrhochschule Hamburg

Offiziersstudenten fordern Verfaßte Studentenschaft

thw. „Der Konvent ist tot", verkünden die Mitglieder dieses angeblichen studentischen Vertretungsorgans der Bundeswehrhochschüler in einem Flugblatt anläßlich der 25-Jahr-Feiern der Bundeswehr. Sie enthüllen darin die tatsächlichen Möglichkeiten der studentischen Vertretung durch den Konvent: „Seit 7 Jahren ist der Konvent ‚de Jure' nicht anerkannt, seit 7 Jahren erhält der Konvent keine Mittel zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung seiner Aufgaben". Die Konventsmitglieder haben daraus jetzt die Konsequenzen gezogen: Sie sind geschlossen zurückgetreten und fordern die volle rechtliche Verankerung des Konvents und seiner Aufgaben gemäß § 131 Hamburger Hochschulgesetz.

Die Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München sind von der Arbeiter- und demokratischen Bewegung von Beginn an bekämpft worden. Die jetzigen Forderungen der Offiziersstudenten nach demokratischen Rechten müssen ausdrücklich unterstützt werden. Sie entspringen zunächst der eigentümlichen Stellung der Bundeswehrhochschulen als scheinbar öffentlichen Hochschulen, richten sich aber im Kern gegen die Unterdrückung der Soldaten durch das Soldatengesetz.

Die Hochschulen der Bundeswehr unterstehen direkt dem Verteidigungsministerium. Sie sind aber keine Kriegsakademien im herkömmlichen Sinn. Die Bundeswehrhochschule Hamburg ist Teil des öffentlichen Hochschulwesens des Landes Hamburg, ihre gesetzlichen Grundlagen sind geregelt durch das Hamburger Hochschulgesetz und das Universitätsgesetz, die Offiziersstudenten sind offiziell immatrikuliert als Studenten der Universität Hamburg und werden durch die Universitätsverwaltung immatrikuliert. Andererseits befinden sich die Bundeswehrhochschulen auf Bundeswehrgelände, dürfen nur Offiziersschüler dort studieren, und ist das Studium für diese Offiziersstudenten Dienst, womit sie sämtlichen knechtenden Wehrgesetzen unterliegen.

Diese sonderbare Lage hat mehrere Gründe. 1. Sind die reinen Kriegsakademien als Kaderschmieden des imperialistischen Militärs unter den Massen so verhaßt, daß die Bundesregierung sich nicht getraut hat, sie in der Form einzuführen. 2. Besteht der Offizierskader zu einem großen Teil aus Zeitsoldaten und nicht nur aus Berufssoldaten; die Bundesregierung möchte das auch so haben, weil viele junge Offiziere auf der Ebene der Kompanie und der Bataillone gebraucht werden, aber nur verhältnismäßig wenig ältere auf den höheren Offiziersposten. Die Zeitsoldaten gehen dann nach 12 Jahren wieder in das Zivilleben. Diese Soldaten können sie überhaupt nur gewinnen, wenn sie ihnen die Möglichkeit eines Hochschulstudiums anbieten. Die Hochschulen unterstehen der Länderhoheit, nur sie haben das Recht, entsprechende Abschlüsse und Prüfungen als mit den anderen Hochschulen vergleichbar anzuerkennen. Die daraus resultierenden beschriebenen Widersprüche können genutzt werden im Kampf für die Rechte der Soldaten.

Jahreschronik 1980

Die wichtigsten politischen Ereignisse

Januar

Inland

1.1. Neujahrsrede Schmidt: Apel zum Energiesparen; Fortsetzung Entspannungspolitik.

16.1. Hearing zum Wehrdienstverweigerungsgesetz. Selbstorganisation der Zivildienstleistenden gegen Unions- und Koalitionsentwurf.

16.1. AEG-Vorstand gibt Sanierungs- und Entlassungspläne bekannt.

17.1. Schmidt zur internationalen Lage: In Geiselfrage werde BRD an der Seite der USA stehen. Zur Entspannung: Miteinanderreden, auch mit der SU.

21.1. Beginn des Ausbaus der Tiefbohrungsstelle in Gorleben.

29.1. Öffentlicher Dienst: Warnstreiks der Auszubildenden für Manteltarifvertrag

Ausland

1.1. NATO-Kommuniqué: SU-Aggression in Afghanistan sei flagrante Verletzung des Völkerrechts und Bedrohung des Friedens.

1.1. UNO-Generalsekretär zur Vermittlung in der Geiselfrage in Teheran.

2.1. Afghanistan: Sowjetische Großoffensive mit 30 – 40000 Mann.

2.1. Großbritannien: Beginn Stahlarbeiter-Streik, teilweise mit 100000, gegen Massenentlassungen und Lohnsenkungen. Ende mit Kompromiß an 2.4.: 16%-Abschluß

3.1. Indien: Parlamentswahlen für Indira Gandhis Kongreß-Partei.

5.1. UNO-Sicherheitsrat: Afghanistan-Debatte; USA drohen SU mit Sanktionen.

Streik, teilweise mit 100000, gegen Massenentlassungen und Lohnsenkungen. Ende mit Kompromiß an 2.4.: 16%-Abschluß

3.1. Indien: Parlamentswahlen für Indira Gandhis Kongreß-Partei.

5.1. UNO-Sicherheitsrat: Afghanistan-Debatte; USA drohen SU mit Sanktionen.

11.1. Afghanistan: Volksmassen stürmen Zentralgefängnis in Kabul.

15.1. UNO-Vollversammlung fordert Abzug der SU-Truppen aus Afghanistan.

15.1. Italien: Generalstreik gegen Steuerausplünderung, für höhere Renten und Familienzuschläge.

18.1. Ausnahmezustand in Zimbabwe verlängert.

18.1. EG zu Afghanistan: u.a. Abzug der SU-Truppen gefordert, Wunsch nach Entspannung bekräftigt, Überprüfung von möglichen Sanktionen gegen SU.

20.1. USA: Carter für Boykott der Olympiade in Moskau.

21.1. Republik Irland: 700000 demonstrieren gegen Lohnsteuerausplünderung.

22.1. El Salvador: 100000 demonstrieren in San Salvador gegen Junta.

25.1. Iran: Bani-Sadr zum iranischen Staatspräsidenten gewählt.

27.1. Kampuchea: Internationale Flüchtlingshilfe wieder aufgenommen.

27.1. Israel: Rückzug auf Sinai bis zur Linie El Arisch-Ras Muhammed; Generalstreik in den besetzten Gebieten gegen Separatfrieden und Autonomiepläne.

27.1. Tunesien: Generalstreik; 50 Todesopfer; am 27.3. werden 15 zum Tode verurteilt.

28.1. Afghanistan: Konferenz der islamischen Staaten gegen SU-Invasion.

Februar

Inland

3.2. Deutsch-französischer Gipfel in Paris. Trotz Verurteilung der Invasion der SU in Afghanistan müßten Wege gesucht werden, mit denen das, was an Entspannung erreicht wurde, bewahrt werden könne.

5./6.2. NDR-Verhandlungen gescheitert, Niedersachsen und Schleswig-Holstein schließen neuen Staatsvertrag ab.

19.2. US-Außenminister Vance bei Schmidt und Genscher. Erhält Zusicherung über Unterstützung von US-Sanktionen gegen SU.

28.2. Regierungserklärung zur internationalen Lage: Im Interesse von Entspannung und Frieden sei das Gleichgewicht wiederherzustellen; unverzügliche Beendigung der SU-Invasion in Afghanistan. Stabilisierung der 3. Welt.

Ausland

1.2. Guatemala: Bauern besetzen spanische Botschaft.

2.2. UN-Sicherheitsrat zu Zimbabwe: Abzug aller südafrikanischen Truppen; Aufhebung der Notstandsgesetze; unparteiische Verwirklichung des Waffenstillstandes.

3.2. Vietnam überfällt Grenzgebiet zu Thailand.

6.2. Genfer Abrüstungskonferenz. VR China kritisiert SU-Aggression gegen Afghanistan.

6.2. OAU-Konferenz zu Zimbabwe.

6.2. Korea: Gespräche zwischen Nord und Süd über Kontakte auf hoher Ebene.

10.2. 3. Unido-Konferenz: 3. Welt fordert Fonds, bezahlt von reichen Staaten, kontrolliert durch Entwicklungsländer, für Industrieprojekte.

12.2. Persischer Golf: 1800 US-Marines aus den USA hierher verlegt.

Süd über Kontakte auf hoher Ebene.

10.2. 3. Unido-Konferenz: 3. Welt fordert Fonds, bezahlt von reichen Staaten, kontrolliert durch Entwicklungsländer, für Industrieprojekte.

12.2. Persischer Golf: 1800 US-Marines aus den USA hierher verlegt.

14.2. Türkei: Nach Stürmung einer besetzten Fabrik Ausweitung des Kriegsrechts.

18.2. Indien: Gandhi setzt Regierungen in 9 Bundesstaaten ab.

19.2. UNO-Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Schahs gebildet.

21.2. Afghanistan: Generalstreiks und Kriegsrecht.

27.2. Zimbabwe: Wahlen ergeben absolute Mehrheit für ZANU.



Das Demokratische Kampuchea an vorderster Front im Kampf gegen den sowjetischen Hegemonismus



Das Demokratische Kampuchea an vorderster Front im Kampf gegen den sowjetischen Hegemonismus

März

Inland

5.3. Schmidt in den USA (bis 8.3.). Abschlußerklärung: Verteidigung der internationalen Stabilität müsse durch Maßnahmen des Westens gewährleistet werden; Bekräftigung des NATO-Ziels, Verteidigungsausgaben um 3% zu steigern; Teilnahme an Olympiade in Moskau unangebracht.

8.3. Strauß in den USA (bis 14.3.).

16.3. Grüne erringen bei Landtagswahl Baden-Württemberg 5,3%.

20.3. Bundestags-Debatte zur Lage der Nation.

24.3. Essen: 14000 Bauern demonstrieren gegen EG-Agrarpolitik, für vollen Inflationsausgleich bei Preisverhandlungen, Neuregelung der Einkommensbesteuerung, die Mehrbelastungen für Bauern vermeidet, Anhebung der Vorsteuerpauschale um mind. 1%.

Ausland

1.3. UN-Sicherheitsrat verurteilt Israels Siedlungspolitik.

3.3. Frankreich: Nahostreise v. Giscard: „Palästinenserproblem nicht einfach Flüchtlingsproblem".



Zimbabwe: 1. Kundgebung des Vorsitzenden der ZANU, R. Mugabe, nach seiner Rückkehr nach Zimbabwe am 27.1.

3.3. UNO-Seerechtskonferenz: 9. Runde beginnt.

4.3. Niederlande: 500000 streiken gegen Lohngesetz.

5.3. Pakistan lehnt US-Militärhilfe ab.

7.3. El Salvador: Junta verhängt übers ganze Land Belagerungszustand.

7.3. ASEAN/EG schließen Wirtschaftsabkommen; sprechen sich für Neutralisierung Kampucheas und Afghanistans aus.

15.3. Schweden: 120000 demonstrieren im ganzen Land gegen Kernenergieprogramm, für Baustopp und Stillegung der Kernkraftwerke.

16.3. USA: 4. Stabilitätsprogramm gegen Regierung.

22.3. Mali: Studentenkämpfe gegen Regierung.

25.3. Frankreich: Hunderttausende streiken im öffentlichen Dienst für Lohnerhöhung von 400 FF.

29.3. USA/Türkei: Abkommen über US-Nutzungsrecht von 12 Stützpunkten verlängert.

April

Inland

1.4. Deutscher Städtetag schlägt zentrale Sammellager für Asylanten, verschärfte Kontrollvollmachten der Grenzbeamten und Verkürzung der Anerkennungsverfahren vor.

4.4. Sinti und Roma führen Hungerstreik im KZ Dachau durch gegen Diskriminierung und für Anerkennung als politisch Verfolgte der Nazi-Zeit.

5.4. Gorleben: 5000 demonstrieren gegen Wiederaufbereitungsanlage.

5.3. Pakistan lehnt US-Militärhilfe ab.

7.3. El Salvador: Junta verhängt übers ganze Land Belagerungszustand.

7.3. ASEAN/EG schließen Wirtschaftsabkommen; sprechen sich für Neutralisierung Kampucheas und Afghanistans aus.

15.3. Schweden: 120000 demonstrieren im ganzen Land gegen Kernenergieprogramm, für Baustopp und Stillegung der Kernkraftwerke.

16.3. USA: 4. Stabilitätsprogramm gegen Regierung.

22.3. Mali: Studentenkämpfe gegen Regierung.

25.3. Frankreich: Hunderttausende streiken im öffentlichen Dienst für Lohnerhöhung von 400 FF.

29.3. USA/Türkei: Abkommen über US-Nutzungsrecht von 12 Stützpunkten verlängert.

April

Inland

1.4. Deutscher Städtetag schlägt zentrale Sammellager für Asylanten, verschärfte Kontrollvollmachten der Grenzbeamten und Verkürzung der Anerkennungsverfahren vor.

4.4. Sinti und Roma führen Hungerstreik im KZ Dachau durch gegen Diskriminierung und für Anerkennung als politisch Verfolgte der Nazi-Zeit.

5.4. Gorleben: 5000 demonstrieren gegen Wiederaufbereitungsanlage.

19.4. Über 5000 Ausländer demonstrieren in Bonn für gleiches Kindergeld.

23.4. Bundesregierung und Bundesrat empfehlen NOK Boykott der Olympiade.

30.4. BRD und DDR schließen Verkehrsabkommen ab; Bundesregierung zahlt 507 Mio. DM für Autobahnausbau.

Ausland

1.4. Brasilien: Metallarbeiterstreik in Sao Paulo: 15% mehr Lohn, 1-Jahres-Mindestarbeitsvertrag, Arbeitszeitverkürzung, Überstundenzuschläge, freier Zugang der Gewerkschaften in Betrieben. Nach 41 Tagen und Verhaftung von Gewerkschaftsführern ergebnislos abgebrochen.

4.4. UNO-Generalsekretär legt Zypernbericht vor.

4.4. El Salvador: Gründung der Demokratischen Front.

7.4. USA brechen diplomatische Beziehung zu Iran ab.

12.4. Liberia: Militärputsch gegen Präsident Tolbert.

12.4. 4. Tagung der Arabischen Ablehnungsfront: Ölboykott gegen USA, falls sie pro-israelische Haltung nicht ändern.

18.4. Zimbabwe: Unabhängigkeitsfeierlichkeiten.

19.4. Azania: 25000 – 100000 Schüler und Studenten im Schulstreik für gleiche Bildungsausgaben für Weiße und Schwarze; Recht auf Bildung von Schülerkomitees und Studentenvertretungen; niedrigere Schulgebühren; Abschaffung der Zwangsuniformen. Am 12.5. nach Zusage Bothas zur Untersuchung der Forderungen ausgesetzt.

22.4. EG beschließt Sanktionen gegen Iran auf Druck der USA.

25.4. Iran: Kommandounternehmen der USA zur Geiselbefreiung fehlgeschlagen.

29.4. OAU: Vorbereitungen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes.

Mai

Inland

1.5. Rund 300000 beteiligen sich an den DGB-Maidemonstrationen und -Kundgebungen. DGB-Motto: Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich. Wir vertrauen auf unsere Kraft.

3.5. Gorleben: 5000 besetzen Bohrplatz.

5.5. Schmidt zum 25. Jahrestag des NATO-Beitritts: Zur NATO gebe es für die BRD keine Alternative.

6.5. Bremen: Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung aus Anlaß des 25. Jahrestages des NATO-Beitritts, für Austritt aus der NATO demonstrieren 15000.

11.5. NRW-Landtagswahlen: FDP erreicht keine 5%.

13.5. 83. Deutscher Ärztetag fordert Selbstbeteiligung an Behandlungs- und Krankenhauskosten.

15.5. Nationales Olympisches Komitee mit 59:40 Stimmen für Olympia-Boykott.

20.5. Lambsdorff vor Jahrestagung des BDI: Regierung habe Interesse an normalen wirtschaftlichen Beziehungen zur SU-Regierung, könne aber keine Position eines unbeteiligten Dritten bei Iran und Afghanistan einnehmen.

Ausland

1.5. UN-Sicherheitsrat: Nahostresolution (Recht der Palästinenser auf eigenen Staat) am USA-Veto gescheitert.

2.5. Schweden: Streik von 100000, Aussperrung von 750000. Lohn-Abschluß am 11.5.: 6,8% Industrie; 7,3% öffentlicher Dienst.

4.5. Jugoslawien: Staatspräsident Marschall Josip Broz Tito verstorben.

1.5. Rund 300000 beteiligen sich an den DGB-Maidemonstrationen und -Kundgebungen. DGB-Motto: Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich. Wir vertrauen auf unsere Kraft.

3.5. Gorleben: 5000 besetzen Bohrplatz.

5.5. Schmidt zum 25. Jahrestag des NATO-Beitritts: Zur NATO gebe es für die BRD keine Alternative.

6.5. Bremen: Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung aus Anlaß des 25. Jahrestages des NATO-Beitritts, für Austritt aus der NATO demonstrieren 15000.

11.5. NRW-Landtagswahlen: FDP erreicht keine 5%.

13.5. 83. Deutscher Ärztetag fordert Selbstbeteiligung an Behandlungs- und Krankenhauskosten.

15.5. Nationales Olympisches Komitee mit 59:40 Stimmen für Olympia-Boykott.

20.5. Lambsdorff vor Jahrestagung des BDI: Regierung habe Interesse an normalen wirtschaftlichen Beziehungen zur SU-Regierung, könne aber keine Position eines unbeteiligten Dritten bei Iran und Afghanistan einnehmen.

Ausland

1.5. UN-Sicherheitsrat: Nahostresolution (Recht der Palästinenser auf eigenen Staat) am USA-Veto gescheitert.

2.5. Schweden: Streik von 100000, Aussperrung von 750000. Lohn-Abschluß am 11.5.: 6,8% Industrie; 7,3% öffentlicher Dienst.

4.5. Jugoslawien: Staatspräsident Marschall Josip Broz Tito verstorben.

7.5. Libanon: israelische Militäroperationen gegen Palästinenserlager.

9.5. Ägypten unterbricht vorerst Autonomieverhandlungen mit Israel.

17.5. Korea (Süd): Seit 3 Wochen Demonstrationen gegen Kriegsrecht; Ausnahmezustand über Südkorea verhängt; Vertreibung des Militärs aus Kwangju; Zerschlagung des Volksaufstandes am 27.5.

17.5. Islamische Konferenz verurteilt USA-Intervention in Iran; erklärt Israels Jerusalem-Gesetz für null und nichtig.

18.5. EG-Sanktionen gegen Iran treten in Kraft.

19.5. Frankreich: Giscard bei Breschnew.

26.5. Konferenz über humanitäre Hilfe für Kampuchea von 62 Staaten, SU und Vietnam nehmen nicht teil.

27.5. Indien/Sowjetunion: Abschluß eines Vertrages über Waffenlieferungen von 1,63 Mrd. $.

30.5. EG einigt sich über Verminderung des britischen Beitrags um 6,5 Mrd. DM.

31.5. Israel: Regierungskrise nach Rücktritt von Verteidigungsminister Weizman.

Juni

Inland

1.6. Absatzschwierigkeiten bei Opel und Ford: Entlassungen und Kurzarbeit.

4.6. Räumung der besetzten Bohrstelle in Gorleben durch 7000 Polizisten.

5.6. Katholikentag mit 740000 Teilnehmern.

7./8.6. Bonn: 8 – 9000 Studenten auf vds-Festival; Forderungen zu BAföG und für Vertretungsrechte.

8. – 14.6. 9. Gewerkschaftstag der ÖTV.

9.6. Freiburg: Bis zu 10000 demonstrieren gegen Wohnungsnot und gegen Häuser-Abriß; Polizeieinsatz zur Räumung besetzter Häuser.

10.6. Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts.

17.6. Frankfurt: DGB-Kundgebung von 15000 gegen Faschismus; NPD-Deutschlandtag verhindert.

18.6. Regierung legt Gesetzentwurf zur Verschärfung des Asylrechts vor.

19.6. Chinesischer Außenminister Huang Hua in Bonn: Verurteilung der SU-Intervention in Afghanistan, Begrüßung der EG-Initiative zu Nahost.

24.6. Koalition uneins über Montan-Mitbestimmung anläßlich Umstrukturierungsplänen bei Mannesmann.

25.6. Bayern: 10000 Studenten demonstrieren gegen Einführung von 600 DM Semestergebühren an Hochschulen.

Juni

Inland

1.6. Absatzschwierigkeiten bei Opel und Ford: Entlassungen und Kurzarbeit.

4.6. Räumung der besetzten Bohrstelle in Gorleben durch 7000 Polizisten.

5.6. Katholikentag mit 740000 Teilnehmern.

7./8.6. Bonn: 8 – 9000 Studenten auf vds-Festival; Forderungen zu BAföG und für Vertretungsrechte.

8. – 14.6. 9. Gewerkschaftstag der ÖTV.

9.6. Freiburg: Bis zu 10000 demonstrieren gegen Wohnungsnot und gegen Häuser-Abriß; Polizeieinsatz zur Räumung besetzter Häuser.

10.6. Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts.

17.6. Frankfurt: DGB-Kundgebung von 15000 gegen Faschismus; NPD-Deutschlandtag verhindert.

18.6. Regierung legt Gesetzentwurf zur Verschärfung des Asylrechts vor.

19.6. Chinesischer Außenminister Huang Hua in Bonn: Verurteilung der SU-Intervention in Afghanistan, Begrüßung der EG-Initiative zu Nahost.

24.6. Koalition uneins über Montan-Mitbestimmung anläßlich Umstrukturierungsplänen bei Mannesmann.

25.6. Bayern: 10000 Studenten demonstrieren gegen Einführung von 600 DM Semestergebühren an Hochschulen.

26.6. Enquete-Kommission zur Kernenergie: Entscheidung bleibt offen.

30.6. Darmstadt/Kassel: GEW-Demonstrationen von 2500 für Arbeitszeitverkürzung und Einstellung aller Lehrer.

30.6. Schmidt und Genscher in Moskau.

Ausland

1.6. USA lehnen eigene EG-Initiative zu Nahost ab.

2.6. Azania: Guerilla-Aktionen, 3 Energieversorgungslager gesprengt.

2.6. Palästina: Generalstreik nach Attentat auf 2 arabische Bürgermeister in Westjordanien.

2.6. Namibia: UNO-Rat für Namibia lehnt jede „interne" Lösung ab.

6.6. Iran: Internationale Konferenz verurteilt USA.

8.6. Afghanistan: 30000 Studenten demonstrieren in Kabul gegen SU-Besatzer.



15000 demonstrieren in Bremen gegen die Rekrutenvereidigung am 6. Mai

12.6. USA: Senat stimmt Wiedereinführung der Registrierung von Wehrfähigen zu.

12.6. OPEC legt neuen Mindest- und Höchstpreis von 32 – 37 $ pro barrel Erdöl fest.

12.6. EG-Gipfel in Venedig. Nah-Ost-Erklärung: Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen, Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik.

16.6. Azania: Schülerdemonstrationen; Streik von 3500 VW-Arbeitern für Erhöhung des Mindestlohns (bis Ende Juni).

17.6. Libanon: Verlängerung der Stationierung von UN-Truppen.

19.6. 35. Tagung des OAU-Ministerrates verurteilt südafrikanischen Siedlerstaat wegen Unterdrückung der Volksmassen; unterstützt den Befreiungskampf in Namibia.

22.6. Wirtschaftsgipfel in Venedig der 7 größten westlichen Industrienationen: Erklärung über Abzug der SU-Truppen aus Afghanistan; Energiesparmaßnahmen; Bekämpfung Inflation; freier Welthandel; Unterstützung 3. Welt.

22.6. ASEAN-Staaten verurteilen sowjetische Unterstützung Vietnams bei Aggression auf Kampuchea.

22.6. Vietnam dringt 60 km auf thailändisches Gebiet vor.

25.6. NATO-Ratstagung in Türkei.

27.6. El Salvador: Militär stürmt Universitäten in San Salvador.

27.6. UN-Sicherheitsrat verurteilt die gegen die SWAPO gerichteten Angriffe Südafrikas.

Juli

Inland

2.7. Bundestag verabschiedet eine erste Gesetzesänderung zur Einschränkung des Asylrechts. Die Stadt Frankfurt erklärt, keine weiteren Asylsuchenden mehr aufzunehmen.

2.7. Südafrika gibt Invasion nach Angola zu.

2.7. Fiat kündigt Massenentlassungen an.

7.7. Indien erkennt Marionettenregime in Kampuchea an.

9.7. BRD-Pharmakonzerne in Iran kommen unter iranische Kontrolle.

10.7. Hua Guofeng hebt bei Treffen mit Carter in Tokio die Bedeutung der Normalisierung der Beziehungen zu den USA hervor.

10.7. Putschversuch in Iran.

11.7. Polen: Nach den Erhöhungen der Fleischpreise zum 1.7. werden durch Streiks Lohnerhöhungen erzwungen.

13.7. Bolivien: Wahlsieg des Kandidaten der Linksunion Siles Zuazo.

14. – 31.7. UNO-Weltfrauenkonferenz.

14.7. Portugal: Carstens zu Besuch.

15.7. Großbritannien: Polarisraketen sollen durch US-Tridentraketen ersetzt werden.

15.7. USA: Revolte der Afro-Amerikaner in Miami.

17.7. Bolivien: Putsch des Militärs, um Präsidentschaft von Siles Zuazo zu verhindern. Vor allem die Bergarbeiter leisten Widerstand. USA bestreiten Beteiligung am Putsch.

19.7. Olympiade in Moskau. 65 Nationen nehmen aus Protest gegen den Einmarsch der UdSSR in Afghanistan nicht teil.

21.7. USA: Registrierung der Wehrpflichtigen.

27.7. Iran: Ex-Schah stirbt in Ägypten.

28.7. Peru: Vereidigung von Belaunde Terry.

29.7. UNO: Mit 112 gegen 7 bei 4 Enthaltungen fordert die Sondervollversammlung den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten bis 15.11., einen eigenen Palästina-Staat und Teilnahme der PLO an allen Verhandlungen. EG-Länder enthalten sich.

30.7. Vanuatu unabhängig.

30.7. Israel: Jerusalem-Gesetz verabschiedet.

30.7. 10000 streiken in Johannesburg für Lohnerhöhung.

der Preiserhöhung vom 1.7. freie Gewerkschaften. Die Streiks erreichen jetzt ihren Höhepunkt.

14.8. Korea (Süd): Prozeß gegen Kim Dae Jung eröffnet.

14.8. Saudiarabien: Kronprinz Fahd erklärt Heiligen Krieg als einzig mögliche Antwort auf zionistische Arroganz.

19.8. Polen: Streikkomitee stellt 21 Forderungen auf.

20.8. Schweiz: Eine von mehreren Demonstrationen Jugendlicher, gegen die die Polizei brutal vorgeht.

20.8. Frankreich: Streik der Hochseefischer; der Streik bleibt erfolglos.

21.8. UNO: Entkolonialisierungsausschuß fordert Abzug der USA aus Puerto Rico.

22.8. USA: Brown gibt die Entwicklung eines Flugzeuges bekannt, das für Radar nicht zu erkennen ist.

23.8. Somalia räumt den USA Stützpunktrecht ein. Dritter Vertrag neben Kenia und Oman.

23.8. Türkei: Saudiarabien gibt zinslosen 250 Mio.-$-Kredit.

24.8. Polen: Ministerpräsident Babiuch wird durch Pinkowski ersetzt.

30.8. – 10.9. China: 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses. Berichte zur Regierungstätigkeit, zum Perspektivplan, zur Finanzlage. Verabschiedung einiger Gesetze und Streichung der ,,Vier Großen'' aus der Verfassung. Rücktritt u.a. von Hua Guofeng, Deng Xiaoping und Li Xiannian aus ihren Regierungsämtern. Wahl von Zhao Ziyang zum Ministerpräsidenten.

31.8. Polen: Regierung und Streikkomitee unterzeichnen ein Abkommen, in dem praktisch alle 21 Forderungen der Arbeiter erfüllt werden.

September

Inland

1.9. Demonstrationen zum Antikriegstag gegen die Kriegsvorbereitungen.

7. – 13.9. Gewerkschaftstag der IG Chemie, fortgesetzt am 24./25.11.

8. – 12.9. 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner.

14. – 20.9. 10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Wiesbaden.

17. – 24.9. Streik der Reichsbahnarbeiter in Westberlin. Sie fordern insbesondere Angleichung der Löhne an die der Bundesbahn. Mit brutaler Gewalt können die DDR-Behörden den Streik brechen.

21. – 27.9. 13. Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin. Die Delegierten verurteilen u.a. den US-Mittelstreckenraketenbeschluß.

24.9. Warnstreik der Zeitungsredakteure.

25.9. Strauß läßt bei einer Wahlkundgebung in München den Einsatzleiter ablösen, weil er rechtliche Bedenken gegen Kassierung von Anti-Strauß-Plakaten äußert.

26.9. Faschistischer Bombenanschlag in München fordert 12 Tote.

Ausland

4.9. Schweiz: Erneute Demonstrationen Jugendlicher.

6.9. Polen: Parteichef Gierek wird von Kania abgelöst. Gierek wird später nach hefti-

ersatzprozeß wegen Unterstützung des Times-Streik. Das OLG Frankfurt überweist an das Arbeitsgericht.

10.10. Kredit über 1,2 Mrd. DM an Polen unterzeichnet.

12. – 18.10. Gewerkschaftstag der IG Druck.

12. – 18.10. 13. Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft. Im Zentrum steht die Forderung nach 1½facher Anrechnung der Schichtarbeit. Die Forderung wurde schon vor dem Kongreß durch Warnstreiks unterstrichen.

16.10. Polizei zerschlägt Blockade gegen Dünnsäureschiff von Bayer.

18.10. Göttingen: Besetzung der alten Zahnklinik scheitert. Bei Semesterbeginn sind Zehntausende Studenten ohne Wohnung.

28.10. Flughafen AG Frankfurt läßt die ersten Bäume fällen für den Bau einer weiteren Startbahn. Noch in der Nacht demonstrieren 3000.

31.10 – 4.11. Gewerkschaftstag der GEW.

Ausland

1.10. Italien: Blockade der Fiat-Betriebe wegen einjähriger Beurlaubung von 24000 Arbeitern.

28.10. DDR macht Grenze zu Polen praktisch dicht.

30.10. EG-Rat beschließt gegen BRD-Widerstand Stahlquoten.

30.10. Jamaika: Wahl Seagas anstelle von Manley. Kuba muß seinen Botschafter zurückziehen.

November

Inland

2.11. Erneute Demonstration von 14000 gegen Startbahnbau am Frankfurter Flughafen. Am 6.11. ziehen 6500 vor den Sitz der Landesregierung.

3.11. Ablauf des Ultimatums der Postgewerkschaft für ein neues Angebot.

12.11. 25 Jahre Bundeswehr. ,,Öffentliche'' Vereidigungen hinter dichten Polizeiketten.

17.11. Beginn des Papstbesuches.

17./18.11. In einer Urabstimmung sprechen sich 92,4% der organisierten Postbeschäftigten für Streik aus. Streikbeginn zwei Tage später.



Streikaktionen der Post-Beschäftigten gegen Schichtarbeit (Nürnberg, 8.11.)

2.10. Großbritannien: Labour-Parteitag verabschiedet Resolution für Austritt aus der EG.

3.10. Polen: Landesweiter Warnstreik zur Durchsetzung des Danziger Abkommens.

5.10. Portugal: Parlamentswahlen bringen Sieg Sa Carneiros.

5.10. Spanien: Regierung spricht sich für NATO-Beitritt aus.

8. – 10.10. UdSSR: Syriens Staatspräsident Assad zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags. Der Vertrag enthält nicht die von der SU erhofften Stützpunktrechte.

9.10. DDR erhöht die Mindestumtauschsätze, um Reisen in die DDR einzuschränken. Die BRD-Regierung erklärt, es werde nichts getan, was die Bürger in beiden deutschen Staaten zusätzlich in Bedrängnis bringen müßte.

10.10. Italien: Eintägiger Generalstreik gegen Entlassungen bei Fiat.

18.11. Arbeitsgericht Bonn weist Klage der GEW auf Einhaltung der 40-Stunden-Woche für angestellte Lehrer zurück.

18.11. Schmidt für 3 Tage nach USA.

20.11. Erste Streiks der Zivilbeschäftigten bei den Besatzerstreitkräften gegen Lohnkürzungen.

22.11. 15000 demonstrieren nach Aufruf des DGB in Augsburg gegen den NPD-Parteitag.

22.11. Gegen Kürzungen im Bildungswesen demonstrieren in Dortmund – wie auch in zahlreichen anderen Städten – 4000.

23.11. Einigung im Poststreik. 1 – 4 Freischichten für Nachtarbeit zwischen 20 und 6 Uhr werden gewährt. In der Urabstimmung am 27./28. befürworten nur 51,3% den Abschluß. Ähnliche Regelungen wurden für den öffentlichen Dienst und die Bundesbahn erzielt.

23.11. Abschluß eines Manteltarifvertrags, der für Zeitungsredakteure ab 1984 die 40-Stunden-Woche vorsieht.

14000 Bauern demonstrieren in Essen gegen die EG-Agrarpreispolitik

Juli

Inland

2.7. Bundestag verabschiedet eine erste Gesetzesänderung zur Einschränkung des Asylrechts. Die Stadt Frankfurt erklärt, keine weiteren Asylsuchenden mehr aufzunehmen.

den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten bis 15.11., einen eigenen Palästina-Staat und Teilnahme der PLO an allen Verhandlungen. EG-Länder enthalten sich.

30.7. Vanuatu unabhängig.

30.7. Israel: Jerusalem-Gesetz verabschiedet.

30.7. 10000 streiken in Johannesburg für Lohnerhöhung.

14000 Bauern demonstrieren in Essen gegen die EG-Agrarpreispolitik

September

Inland

1.9. Demonstrationen zum Antikriegstag gegen die Kriegsvorbereitungen.

7. – 13.9. Gewerkschaftstag der IG Chemie, fortgesetzt am 24./25.11.

8. – 12.9. 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner.

14. – 20.9. 10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen in Wiesbaden.

17. – 24.9. Streik der Reichsbahnarbeiter in Westberlin. Sie fordern insbesondere Angleichung der Löhne an die der Bundesbahn. Mit brutaler Gewalt können die DDR-Behörden den Streik brechen.

21. – 27.9. 13. Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin. Die Delegierten verurteilen u.a. den US-Mittelstreckenraketenbeschluß.

24.9. Warnstreik der Zeitungsredakteure.

25.9. Strauß läßt bei einer Wahlkundgebung in München den Einsatzleiter ablösen, weil er rechtliche Bedenken gegen Kassierung von Anti-Strauß-Plakaten äußert.

26.9. Faschistischer Bombenanschlag in München fordert 12 Tote.

Ausland

4.9. Schweiz: Erneute Demonstrationen Jugendlicher.



Streikaktionen der Post-Beschäftigten gegen Schichtarbeit (Nürnberg, 8.11.)

2.10. Großbritannien: Labour-Parteitag verabschiedet Resolution für Austritt aus der EG.

3.10. Polen: Landesweiter Warnstreik zur Durchsetzung des Danziger Abkommens.

5.10. Portugal: Parlamentswahlen bringen Sieg Sa Carneiros.

5.10. Spanien: Regierung spricht sich für NATO-Beitritt aus.

8. – 10.10. UdSSR: Syriens Staatspräsident Assad zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags. Der Vertrag enthält nicht die von der SU erhofften Stützpunktrechte.

9.10. DDR erhöht die Mindestumtauschsätze, um Reisen in die DDR einzuschränken. Die BRD-Regierung erklärt, es werde nichts getan, was die Bürger in beiden deutschen Staaten zusätzlich in Bedrängnis bringen müßte.

10.10. Italien: Eintägiger Generalstreik gegen Entlassungen bei Fiat.

18.11. Arbeitsgericht Bonn weist Klage der GEW auf Einhaltung der 40-Stunden-Woche für angestellte Lehrer zurück.

18.11. Schmidt für 3 Tage nach USA.

20.11. Erste Streiks der Zivilbeschäftigten bei den Besatzerstreitkräften gegen Lohnkürzungen.

22.11. 15000 demonstrieren nach Aufruf des DGB in Augsburg gegen den NPD-Parteitag.

22.11. Gegen Kürzungen im Bildungswesen demonstrieren in Dortmund – wie auch in zahlreichen anderen Städten – 4000.

23.11. Einigung im Poststreik. 1 – 4 Freischichten für Nachtarbeit zwischen 20 und 6 Uhr werden gewährt. In der Urabstimmung am 27./28. befürworten nur 51,3% den Abschluß. Ähnliche Regelungen wurden für den öffentlichen Dienst und die Bundesbahn erzielt.

23.11. Abschluß eines Manteltarifvertrags, der für Zeitungsredakteure ab 1984 die 40-Stunden-Woche vorsieht.

4.7. Zwei Abstimmungsniederlagen für die Regierungskoalition. Die Gesetzesnovelle zur Wehrdienstverweigerung scheitert an SPD-, das Lärmschutzgesetz an FDP-Stimmen.

4.7. Albrecht befürwortet jetzt Atommülldeponie in Gorleben.

7.7. Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten.

7.7. Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann läßt 200 Asylbewerber nach Zirndorf abschieben.

15.7. Das Bundesverfassungsgericht veröffentlich ein Urteil, in dem für die Altersrente eine den Beamtenpensionen entsprechende Besteuerung verlangt wird.

15.7. Erdbeben im Oberrheingebiet. Im Kernkraftwerk Fessenheim werden Risse festgestellt.

16.7. Wegen einer ,,Stoppt-Strauß-Plakette'' wird eine Schülerin von der Schule verwiesen. Aus gleichem Grund werden mehrere Kündigungen ausgesprochen und gerichtlich bestätigt.

17.7. Neuer NDR-Staatsvertrag.

21.7. WEU hebt Tonnagebeschränkung für westdeutsche Kriegsschiffe auf.

29.7. Erster Warnstreik gegen Abschaffung der Montan-Mitbestimmung.

Ausland

1.7. Eröffnung der 17. OAU-Konferenz. DAR Sahara-Aufnahme wird vertagt; eine Resolution erklärt die Namibia-Initiative der 5 westlichen Mächte für unglaubwürdig; Rückgabe von Diego Garcia an Mauritius wird verlangt.

August

Inland

7.8. Nach Opel entläßt Ford 6000 Arbeiter.

8.8. Richter Somoskeoy abgelöst.

11.8. Verhandlungen zwischen IG Metall und Mannesmann über Montan-Mitbestimmung gescheitert.

12.8. Dokumentation über Polizeiübergriffe gegen die Presse bei der Räumung in Gorleben.

22.8. Schmidt sagt DDR-Reise ab.

22.8. Faschistischer Anschlag auf Ausländerwohnheim fordert 2 Tote.

25.8. 20000 demonstrieren gegen Strauß-Auftritt in Hamburg. Polizeiüberfälle fordern einen Toten.

29.8. Kernkraftwerk Brunsbüttel muß 8 Tage nach Wiederinbetriebnahme erneut abgeschaltet werden.

Ausland

1.8. Afghanistan: Aufstandsversuch der Armee gegen die Besatzertruppen.

2.8. Italien: Faschistischer Anschlag in Bologna fordert 84 Tote.

6.8. USA: Direktive 59 zur Herabsetzung der Schwelle des Einsatzes von Nuklearwaffen wird bekannt.

10.8. Nigeria: Schadensersatzforderung gegen Shell, Mobil u. Gulf Oil.

11.8. Iran: Radschai zum Ministerpräsidenten gewählt.

13.8. El Salvador: Generalstreik wird mit Waffengewalt gebrochen.

14.8. Polen: 17000 streikende Arbeiter besetzen die Lenin-Werft in Danzig. Sie fordern außer Lohnerhöhung und Rücknahme

6.9. Polen: Parteichef Gierek wird von Kania abgelöst. Gierek wird später nach heftiger Kritik aus dem ZK ausgeschlossen.

8.9. Manöver der NATO und Warschauer Pakt in Deutschland.

10.9. Irak gibt Besetzung von 120 km² iranischen Territoriums bekannt. Beide Länder führen einen unerklärten Krieg.

11.9. Chile: Verfassungsreferendum.

12.9. Türkei: Armee übernimmt die Regierungsgewalt.

12.9. Italien: Fiat kündigt 14500 Arbeitern.

16.9. UNO: Eröffnung der 35. Vollversammlung.

17.9. Irak kündigt Grenzvertrag mit Iran, beansprucht Souveränität über gesamte Breite des Schatt el-Arab. Bislang bildete die Mittellinie die Grenze. Iran hatte zuvor mehrfach zum Sturz der irakischen Regierung aufgerufen.

17.9. Korea (Süd): Kim Dae Jung zum Tode verurteilt.

25.9. USA drohen mit Intervention im Golf, falls Ölfluß stoppt.

25.9. Polen: Zulassung der Gewerkschaft ,,Solidarität'' beim Bezirksgericht Warschau beantragt.

30.9. USA verlegen Awacs-Flugzeuge nach Saudiarabien.

30.9. Jahrestagung von IWF und Weltbank.

Oktober

Inland

5.10. Wahlen zum 9. Bundestag. SPD erreicht 42,9% der Zweitstimmen (+0,3%) CDU/CSU 44,5% (–4,1%); die FDP 10,6% (+2,7%). Strauß ist gescheitert.

7.10. SPD und FDP geben Absicht zur Fortsetzung der Koalition bekannt.

8.10. Berufungsverhandlung im Schadens-

10. – 14.10. DVR Korea: VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas. Kim Il Sung erneuert Vorschlag zur Bildung einer gemeinsamen nationalen Regierung für ganz Korea.

13.10. DDR: Honecker fordert in seiner Rede in Gera die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die die BRD nach wie vor verweigert.

14. – 15.10. Wiederaufnahme der Autonomieverhandlungen für Westjordanland/Gaza zwischen USA, Ägypten und Israel. Sadat hatte die Gespräche wegen des Jerusalemgesetzes unterbrochen.

16.10. Libanon: Erneuter Überfall der zionistischen Luftwaffe.

17.10. USA und UdSSR nehmen in Genf vorbereitende Verhandlungen über eurostrategische Waffen auf.

16. – 20.10. UdSSR: Karmal zu Besuch.

19.10. Italien: Metallgewerkschaft und Fiat unterzeichnen Kompromiß, der eine 3monatige Beurlaubung von 24000 Arbeitern, aber keine Entlassungen bis Sommer 1981 vorsieht.

22.10. UNO: Kampuchea-Resolution fordert (mit 97 gegen 23 Stimmen bei 22 Enthaltungen) internationale Konferenz Anfang 1981, die den Abzug aller ausländischen Truppen und Durchführung von Wahlen regeln soll.

23.10. UdSSR: Ministerpräsident Kossygin wird durch Tichonow abgelöst.

24.10. Polen: ,,Solidarität'' wird registriert, aber das Gericht nimmt eigenmächtige Änderung der Satzung vor.

24.10. Griechenland: Parlament beschließt Rückkehr in die NATO.

27.10. Nordirland: Beginn eines Hungerstreiks der Gefangenen in Long Kesh.

27.9. – 10.10. UdSSR: Mengistu (Äthiopien) zu einem der zahlreichen Besuche.

27./28.10. China: Thailands Premier Prem zur Beratung der Kampuchea-Frage.

24.11. Regierungserklärung von Schmidt: ,,Mut zur Zukunft''

24. – 28.11. Gewerkschaftstag der IG Bergbau Energie.

26.11. Urteil des Bundesarbeitsgerichts bestätigt 32-Stunden-Dienst für Krankenhausärzte.

28.11. Dortmund: 70000 demonstrieren für Bau des geplanten Stahlwerks bei Hoesch.

Ausland

2.11. Iran: 4 Forderungen zur Freilassung der US-Geiseln beschlossen.

4.11. USA: Reagan wird gegen Carter zum Präsidenten gewählt.

10.11. Polen: Das Oberste Gericht anerkennt das Statut der ,,Solidarität'' in der ursprünglichen Fassung.

10.11. Griechenland: Erster Generalstreik seit 30 Jahren.

11.11. UNO: Bekräftigung des Rechts auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für Osttimor, Belize und West-Sahara.

11.11. KSZE-Nachfolgekonferenz: Mit Verzögerung kommt die Madrider Konferenz noch in Gang.

15.11. Guinea-Bissau: Putsch gegen Präsident Carbral.

19.11. Westjordanien: Blutige Unterdrückung von Demonstrationen.

20.11. China: Beginn des Prozesses gegen die Viererbande und die Clique um Lin Biao.

20.11. UNO: Vollversammlung fordert Rückzug der Truppen der UdSSR aus Afghanistan.

22.11. Nordirland: 30000 demonstrieren zur Unterstützung des Hungerstreiks.

25. – 27.11. An der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga nehmen nur 15 von 21 Mitgliedsstaaten teil.

28.11. El Salvador: Ermordung des Oppositionsführers.

Imperialistische Massenkultur

Unterhaltungsromane vom Fließband des Bastei-Verlags

bag. „Trivialliteratur“, „Heftromane“, „Schund“ usw. sind seit etwa fünfzehn Jahren zum ernsthaften Thema der Literaturforschung in der BRD geworden. In der Tat war es an der Zeit, daß sich diese Wissenschaft mit der Literatur zu beschäftigen begann, die von ihrer Verbreitung her die eigentlich herrschende Literatur ist. Statt aber von der Produktion dieser Literatur auszugehen, gingen die meisten Forscher von der Konsumtion aus, also vom Leser und seinen Bedürfnissen oder was man dafür hielt. So kam heraus, daß diese Literatur schlecht sei, aber eben den Bedürfnissen der Massen entspreche. Was konsequenterweise heißt, daß die Massen blöde sind. Einige Forscher merkten, daß da etwas



nicht stimmen kann und entdeckten, daß diese Bedürfnisse mit der Produktion zusammenhängen. Auf diesem Umweg kamen dann doch noch einige brauchbare Ergebnisse heraus. Klarer wird die Sache, wenn man gleich bei der Produktion anfängt.

Erste „Massenliteratur“, d.h. massenhaft produzierte und von den Massen gelesene Literatur entstand in Deutschland mit der Entwicklung neuer Maschinerie und der Durchsetzung des Kapitalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Inhaltlich war diese Literatur, dem Charakter der jungen Bourgeoisie entsprechend, teilweise durchaus fortschrittlich. So ein Teil der Ritter- und Räuberromane dieser Zeit, die „Auflehnung gegen das verrottete Leben an den deutschen Höfen, gegen Kabinettsjustiz, Beamtendruck, fürstliche Blutsaugerei“ darstellten (Gerhard Schmidt-Henkel, S. 9). Selbst die erfolgreichsten dieser Romane erreichten jedoch im Höchstfall einige Hundertausend Leser.



nicht stimmen kann und entdeckten, daß diese Bedürfnisse mit der Produktion zusammenhängen. Auf diesem Umweg kamen dann doch noch einige brauchbare Ergebnisse heraus. Klarer wird die Sache, wenn man gleich bei der Produktion anfängt.

Erste „Massenliteratur“, d.h. massenhaft produzierte und von den Massen gelesene Literatur entstand in Deutschland mit der Entwicklung neuer Maschinerie und der Durchsetzung des Kapitalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Inhaltlich war diese Literatur, dem Charakter der jungen Bourgeoisie entsprechend, teilweise durchaus fortschrittlich. So ein Teil der Ritter- und Räuberromane dieser Zeit, die „Auflehnung gegen das verrottete Leben an den deutschen Höfen, gegen Kabinettsjustiz, Beamtendruck, fürstliche Blutsaugerei“ darstellten (Gerhard Schmidt-Henkel, S. 9). Selbst die erfolgreichsten dieser Romane erreichten jedoch im Höchstfall einige Hundertausend Leser.

Der Beginn der eigentlichen Massenliteratur in Deutschland fällt mit dem Beginn des deutschen Imperialismus um 1870 zusammen. Weiterentwicklung der Drucktechniken und Kapitalkonzentration auf einige Monopole, dazu eine neue Vertriebsform, die Kolportage (Kleinhändler verbreiteten in einem Abonnement-System Fortsetzungsromane direkt an die Käufer) verbilligten Produktion und Verteilung so stark, daß jetzt Literatur auch von der Arbeiterklasse und der Kleinbourgeoisie gekauft werden konnte. Und der Lesehunger war groß. „In den Jahren 1893 bis 1894 gab es schätzungsweise im Deutschen Reich nicht weniger als 50000 Kolporteure, die etwa 20 Millionen Menschen literarisch versorgten“ (Gustav Sichelschmidt, S. 224). Die Besitzer der Produktionsmittel für diese Literatur waren aber nicht mehr Vertreter einer fortschrittlichen Klasse, sondern Verleger kauften sich Autoren, die konservativ, am bestehenden gesellschaftlichen Zustand der jetzt etablierten Herrschaft der Bourgeoisie, festhielten oder auch, reaktionär, historisch überwundene ökonomische und politische Verhältnisse verherrlichten. Karl May schrieb den größten Teil seiner bis heute stark verbreiteten Werke zwischen 1880 und 1900, in der Vorphase des ersten imperialistischen Weltkrieges, spannende Abenteuerromane, die unter Indianerstämmen in Nordamerika und Beduinen im vorderen Orient spielen. Um 1910 begann der Erfolg von Hedwig Courths-Mahler, die insgesamt 208 Romane mit Titeln wie „Die Bettelprinzeß“, „Des Schicksals Wellen“ und die „Herrin von Retzbach“ verfaßte.

1945, nach zwei verlorenen Kriegen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, trat diese Art von Literatur eine Zeitlang in den Hintergrund. Aber im Zuge der von den westlichen Besatzungsmächten betriebenen Restauration des Kapitalismus blühte sie bald wieder auf und erreichte, ermöglicht durch neue Umwälzungen der Maschinerie (Rotationsdruck) und angereichert durch neue Formen vor allem aus der Kulturindustrie des US-Imperialismus (Western, Sciene Fiction, Comic), bisher nicht dagewesene Auflagenzahlen. Der Bastei-Verlag ist ein typisches Beispiel dafür. 1954 gegründet, schluckte er in den 60er Jahren eine Reihe kleinerer Verlage und teilt sich heute den Markt mit dem Konzern Heinrich Bauer. Neben den über Kioske vertriebenen Heftreihen ist Bastei seit einigen Jahren auch im Buchhandel vertreten, mit der Taschenbuchreihe Bastei-Lübbe, in der u.a. eine Neuauflage der Werke der Courths-Mahler und die berühmte Kriminalroman-Serie Jerry Cotton erscheint. Die Tabelle gibt einen Einblick in die Heftproduktion in der BRD Anfag der 70er Jahre.

Bei der Produktion der modernen Heftromane handelt es sich um eine hochrationalisierte und standardisierte Herstellung, nicht nur drucktechnisch, sondern auch inhaltlich. Die Autoren sind zum großen Teil Pseudonyme; oft steckt hinter einem Namen eine ganze Gruppe von Schreibern. Die Verlage verlangen in sogenannten Autorenrichtlinien ganz bestimmte Inhalte bis hin zu Details über die Helden (z.B. „Jo raucht nur Chesterfield“, vgl. A. Klein / H. Hecker, S. 136 f.). Oft schreiben sie auch für einzelne Hefte die Handlung so vor, daß der Autor diese Schablone nur auszufüllen hat. Die Länge ist mit 360000 bis 380000 Anschlägen festgelegt und die meisten Autoren sind vertraglich verpflichtet, in bestimmten Zeitabständen neue Texte zu liefern. In den Serien erscheint jede Woche oder alle 14 Tage

mus (Western, Sciene Fiction, Comic), bisher nicht dagewesene Auflagenzahlen. Der Bastei-Verlag ist ein typisches Beispiel dafür. 1954 gegründet, schluckte er in den 60er Jahren eine Reihe kleinerer Verlage und teilt sich heute den Markt mit dem Konzern Heinrich Bauer. Neben den über Kioske vertriebenen Heftreihen ist Bastei seit einigen Jahren auch im Buchhandel vertreten, mit der Taschenbuchreihe Bastei-Lübbe, in der u.a. eine Neuauflage der Werke der Courths-Mahler und die berühmte Kriminalroman-Serie Jerry Cotton erscheint. Die Tabelle gibt einen Einblick in die Heftproduktion in der BRD Anfag der 70er Jahre.

Bei der Produktion der modernen Heftromane handelt es sich um eine hochrationalisierte und standardisierte Herstellung, nicht nur drucktechnisch, sondern auch inhaltlich. Die Autoren sind zum großen Teil Pseudonyme; oft steckt hinter einem Namen eine ganze Gruppe von Schreibern. Die Verlage verlangen in sogenannten Autorenrichtlinien ganz bestimmte Inhalte bis hin zu Details über die Helden (z.B. „Jo raucht nur Chesterfield“, vgl. A. Klein / H. Hecker, S. 136 f.). Oft schreiben sie auch für einzelne Hefte die Handlung so vor, daß der Autor diese Schablone nur auszufüllen hat. Die Länge ist mit 360000 bis 380000 Anschlägen festgelegt und die meisten Autoren sind vertraglich verpflichtet, in bestimmten Zeitabständen neue Texte zu liefern. In den Serien erscheint jede Woche oder alle 14 Tage

ein neues Heft. Die Autoren werden pro abgelieferten Roman bezahlt, mit (1970) 800 bis 1100 DM; nur einige „Stars“ der Branche bekommen mehr. Das ist Literaturproduktion am Fließband und im Akkord, unter Bedingungen schärfster Ausbeutung bei weitgehender Rechtlosigkeit und meist in der Isolation der Heimarbeit. Die Produzenten sind ihren Produkten in hohem Maße entfremdet: ein Autor, der in acht Jahren 150 Romane geliefert hatte, gab in einem Interview an, daß er sich an die Titel kaum noch erinnere, und eine Verfasserin von Frauenromanen sagte: „Ich selbst würde nie einen Frauenroman in die Hand nehmen. Ja, als ich damit anfing, las ich einige, um hineinzukommen. Heute betrachte ich mir nicht einmal meine eigenen Bücher“ (nach Walter Nutz, S. 88 f.).

Sehen wir uns im folgenden einige der so produzierten Waren etwas näher an. Ich habe drei zufällig herausgegriffene Texte aus dem Bastei-Verlag vor mir, gekauft im Sommer dieses Jahres an einem Bahnhofskiosk. Sie gehören zur „weichen“ Unterhaltung, im Gegensatz zur „harten“ Ware der Western, Science Fiction und Kriegsromane. Autoren und Titel meiner drei Texte lauten: Regina Rauenstein, *Frei für den geliebten Mann* (aus der Serie Silvia-Roman); Bärbel Tanner, *Sein Schicksal war das Silberjoch* (aus der Serie Heimat-Roman) und Jane Andrews, *Zu schön für eine Krankenschwester?* (aus der Serie Schwestern-Roman).

Frei für den geliebten Mann spielt zu einem nicht bestimmten historischen Zeitpunkt in einem nicht bestimmten Dorf. Der reiche Bauer Krottenhofer heiratet nach dem Tod seiner ersten Fraue, die ein „ein böses Weib“ gewesen war, die schöne und gute Mara. Aus der Ehe geht eine ebenfalls schöne und gute Tochter hervor, Isabell, die nach dem Tod der Eltern dem Fremdenhaß der Dorfbewohner und dem hartherzigen Stiefbruder und dessen noch schlimmere Frau ausgesetzt ist. Isabell verliebt sich in Arne, den Sohn des Försters, der in die Stadt zieht und Künstler wird. Eine einzige Liebesnacht zwischen den beiden hat Folgen und Anna flieht vor der bösen Dorfumwelt in die Fremde. Halb tot wird sie in einer Jagdhütte gefunden und von einem Weingutbesitzer gesund gepflegt. Der verliebt sich in sie, aber sie will nur den einen, Arne, und den bekommt sie am Ende auch. Außerdem werden am Ende auch der hartherzige Stiefbruder und dessen Frau durch Isabells gütiges Wesen zum Guten bekehrt und das kranke Kind der beiden durch Gott gerettet.

Sein Schicksal war das Siberjoch spielt ebenfalls in ländlicher Gegend. Der Held des Romans ist Bertl, Sohn eines Häuslers und einer Kräutersammlerin. Er macht eine Tischlerlehre im Dorf, verdient dann aber als „freier Gelegenheitsarbeiter“ (S. 33) sein Geld und als Sammler von Bergkristallen. Bertl liebt Lisl, die Tochter des reichen Bauern Berghammer. Der Bauer ist aus ökonomischen Erwägungen heraus gegen die Verbindung, doch als Bertl dessen mißratenen Sohn, der aus Geldgier ebenfalls zum Edelsteinsuchen losgezogen ist, aus höchster Gefahr rettet, gibt er ihm seine Tochter zur Frau. Unter dem Einfluß des guten Bertl bessert sich auch der mißratene Sohn. Bertl selbst wird mit dem Geld des Schwiegervaters selbständiger Bauunternehmer.

Der Roman *Zu schön für eine Krankenschwester?*, übersetzt aus dem Englischen, erscheint auf den ersten Blick außerhalb einer solchen Schablone zu liegen. Im Text wird eine Klinik in der

und Anna flieht vor der bösen Dorfumwelt in die Fremde. Halb tot wird sie in einer Jagdhütte gefunden und von einem Weingutbesitzer gesund gepflegt. Der verliebt sich in sie, aber sie will nur den einen, Arne, und den bekommt sie am Ende auch. Außerdem werden am Ende auch der hartherzige Stiefbruder und dessen Frau durch Isabells gütiges Wesen zum Guten bekehrt und das kranke Kind der beiden durch Gott gerettet.

Sein Schicksal war das Siberjoch spielt ebenfalls in ländlicher Gegend. Der Held des Romans ist Bertl, Sohn eines Häuslers und einer Kräutersammlerin. Er macht eine Tischlerlehre im Dorf, verdient dann aber als „freier Gelegenheitsarbeiter“ (S. 33) sein Geld und als Sammler von Bergkristallen. Bertl liebt Lisl, die Tochter des reichen Bauern Berghammer. Der Bauer ist aus ökonomischen Erwägungen heraus gegen die Verbindung, doch als Bertl dessen mißratenen Sohn, der aus Geldgier ebenfalls zum Edelsteinsuchen losgezogen ist, aus höchster Gefahr rettet, gibt er ihm seine Tochter zur Frau. Unter dem Einfluß des guten Bertl bessert sich auch der mißratene Sohn. Bertl selbst wird mit dem Geld des Schwiegervaters selbständiger Bauunternehmer.

Der Roman *Zu schön für eine Krankenschwester?*, übersetzt aus dem Englischen, erscheint auf den ersten Blick außerhalb einer solchen Schablone zu liegen. Im Text wird eine Klinik in der

Nähe von London geschildert und es werden eine Reihe von ganz realistisch erscheinenden Problemen angeschnitten: ein ehrgeiziger Chefarzt will bei der Planung einer Entbindungsstation sein Modell durchsetzen, auf einer Versammlung gewinnt die leitende Oberschwester Margaret jedoch die Mehrheit für ihr Modell, „das die bestmögliche Versorgung der Patientinnen gewährleistet“ (S. 60). Außerdem schließen sich einige Schwestern zusammen, um einen Offizier zu entlarven, der offensichtlich sein Kind mißhandelt. Und an einer Stelle sagt ein Tankwart gar zu einem der Ärzte: „Die Gewerkschaft könnte sich ruhig auch mal um die jungen Ärzte kümmern. Das Hungergehalt, für das die arbeiten ... eine Schande ist das, wenn Sie mich fragen!“ (S. 45). Aber im Grunde geht es auch in diesem Roman um die Liebe: vier Krankenschwestern finden je-



weils einen Arzt als Mann und damit ihr Glück. Und wie in den beiden anderen Romanen erreichen sie dieses Glück durch Güte und Aufopferung, durch fleißige Arbeit aus Nächstenliebe. Der Titel eines anderes Schwestern-Romans bei Bastei zeigt diese Tendenz noch deutlicher: „Die Hochzeit war ihr schönster Lohn“.

Die Romane sind bei aller oft hektischer Handlung durch Statik gekennzeichnet. Da ist eine vorgebene Ordnung, in die sich nach einigen Störungen am Ende alles fügt. Bei dem Typ der hier betrachteten drei Texte ist das „happy end“ genauso zwangsläufig wie die Entlarvung des Verbrechers im Kriminalroman. Triebkräfte des Geschehens sind Konflikte zwischen guten und bösen Menschen, Widersprüche unter den Volksmassen selbst. Dazu eine Reihe von Zufällen, oft als Schicksal auftretend, häufig auch als Eingriff Gottes. Wenn sich auch im Verlauf der Handlung manchmal einige Menschen ändern (nämlich zum Gustarrten Sprache, die vor allem in den klischeehaft eingesetzten Eigenschaftsworten bei Personen- und Landschaftsbeschreibungen zum Ausdruck kommt.

Zumindest die ersten beiden Texte sind historisch reaktionär, weil sie Produktionsformen des Feudalismus für heute positiv darstellen. Lohnarbeiter gibt es nicht. Da sind freie Bauern auf eigener Scholle, ohne ökonomische Probleme. Und wenn solche Probleme auftreten, dann sind sie selber verschuldet. So verkauft der mißratene Sohn im „Silberjoch“ z.B. Vieh seines Vaters, um damit sein Lotterleben in der Nachtbar der Stadt zu finanzieren. Bertl nennt sich ausdrücklich „freier Gelegenheitsarbeiter“ und dient sich am Ende durch Fleiß, Güte und Heirat zum selbständigen Unternehmer hoch. Wo Arbeiter oder Arbeiterinnen auftreten, so erscheinen sie als „Arme“ im Gegensatz zu „Reichen“, und eine der beliebtesten Lösungen ist die Heirat zwischen „arm“ und „reich“, also Aufhebung der Klassenunterschiede durch Liebe.

Kommen wir abschließend noch einmal auf die Frage der Bedürfnisse der Leser zurück. Es ist wahr, wir haben als Lohnabhängige im Kapitalismus eine Menge unbefriedigter Bedürfnisse, die umso größer wird, je weniger dieses System uns die wirkliche Durchsetzung unserer Interessen erlaubt. In der Literaturforschung ist viel von Wunscherfüllungscharakter dieser Heftromane wie der imperialistischen Massenkultur insgesamt die Rede. Das ist irreführend. Da werden eigentlich nicht Wünsche erfüllt, sondern der Wunsch nach Befreiung von der Lohnarbeit z.B. wird reaktionär dahin gedreht, daß der „arme“ Held selber Kapitalist wird oder die „arme“ Heldin durch Heirat mit einem Bourgeois sozial aufsteigt. Das sind nicht so sehr Wünsche der Leser, sondern vielmehr perverse Lösungsvorschläge der Verlagskonzerne zwecks Aufrechterhaltung des bestehenden Ausbeutungssystems.

Der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus unterwirft immer mehr Menschen der Lohnarbeit, seine Kulturindustrie stellt den Menschen als selbständigen Produzenten illusionär wieder her. Der Kapitalismus zerreißt die Familien- und Liebesbeziehungen, in seiner Kulturindustrie gaukelt er Liebesglück und heile Welt als Lösung aller Probleme vor. Der Kapitalismus verstümmelt unsere produktiven Fähigkeiten, in seiner Kulturindustrie verkauft er uns den allseitig ausgebildeten, zu allem fähigen Helden als Ideal. Der Kapitalismus versucht mit seiner Kulturindustrie, uns mit dem Elend zu versöhnen, das er täglich selbst produziert. Das ist ein brisanter Widerspruch.

Literatur:
Albert Klein / Heinz Hecker (Hrsg.), Trivialliteratur. Opladen 1977.
Gerhard Schmidt-Henkel u.a. (Hrsg.), Trivialliteratur. Berlin 1964.
Gustav Sichelschmidt, Liebe, Mord und Abenteuer. Eine Geschichte der deutschen Unterhaltungsliteratur. Berlin 1969.
Walter Nutz, Der Trivialroman. Seine Formen und seine Hersteller. Köln 1962.

Verlage, Reihen, Produktionsziffern, Umsätze (1971)

1. Bastei-Verlag, Bergisch-Gladbach
14 Frauenromanreihen
7 Männerromanreihen
5 Rätselreihen
10 Kinderreihen
Die jährliche Gesamtauflage der Frauen- und Männerreihen war 1971

heftreihen mit 34 Mio. Exemplaren Jahresauflage. Dazu die „Landser“-Serie, heute im Besitz von Bauer.

4. Moewig-Verlag, München
8 Romanheftreihen, 3 Rätselheftreihen: 31 Mio. Exemplare/Jahr

der hier betrachteten drei Texte ist das „happy end“ genauso zwangsläufig wie die Entlarvung des Verbrechers im Kriminalroman. Triebkräfte des Geschehens sind Konflikte zwischen guten und bösen Menschen, Widersprüche unter den Volksmassen selbst. Dazu eine Reihe von Zufällen, oft als Schicksal auftretend, häufig auch als Eingriff Gottes. Wenn sich auch im Verlauf der Handlung manchmal einige Menschen ändern (nämlich zum Gustarrten Sprache, die vor allem in den klischeehaft eingesetzten Eigenschaftsworten bei Personen- und Landschaftsbeschreibungen zum Ausdruck kommt.

Zumindest die ersten beiden Texte sind historisch reaktionär, weil sie Produktionsformen des Feudalismus für heute positiv darstellen. Lohnarbeiter gibt es nicht. Da sind freie Bauern auf eigener Scholle, ohne ökonomische Probleme. Und wenn solche Probleme auftreten, dann sind sie selber verschuldet. So verkauft der mißratene Sohn im „Silberjoch“ z.B. Vieh seines

Menschen der Lohnarbeit, seine Kulturindustrie stellt den Menschen als selbständigen Produzenten illusionär wieder her. Der Kapitalismus zerreißt die Familien- und Liebesbeziehungen, in seiner Kulturindustrie gaukelt er Liebesglück und heile Welt als Lösung aller Probleme vor. Der Kapitalismus verstümmelt unsere produktiven Fähigkeiten, in seiner Kulturindustrie verkauft er uns den allseitig ausgebildeten, zu allem fähigen Helden als Ideal. Der Kapitalismus versucht mit seiner Kulturindustrie, uns mit dem Elend zu versöhnen, das er täglich selbst produziert. Das ist ein brisanter Widerspruch.

Literatur:
Albert Klein / Heinz Hecker (Hrsg.), Trivialliteratur. Opladen 1977.
Gerhard Schmidt-Henkel u.a. (Hrsg.), Trivialliteratur. Berlin 1964.
Gustav Sichelschmidt, Liebe, Mord und Abenteuer. Eine Geschichte der deutschen Unterhaltungsliteratur. Berlin 1969.
Walter Nutz, Der Trivialroman. Seine Formen und seine Hersteller. Köln 1962.

Verlage, Reihen, Produktionsziffern, Umsätze (1971)

1. **Bastei-Verlag,** Bergisch-Gladbach
14 Frauenromanreihen
7 Männerromanreihen
5 Rätselreihen
10 Kinderreihen
Die jährliche Gesamtauflage der Frauen- und Männerreihen war 1971 56,4 Mio. Exemplare, die der Rätselheftreihen 16,3 Mio.

2. **Zauberkreis-Verlag,** Rastatt
20 Romanheftreihen mit einer Jahresauflage von insgesamt 46 Mio. Exemplaren

3. **Pabel-Verlag,** Rastatt
10 Romanheftreihen und 3 Rätselheftreihen mit 34 Mio. Exemplaren Jahresauflage. Dazu die „Landser“-Serie, heute im Besitz von Bauer.

4. **Moewig-Verlag,** München
8 Romanheftreihen, 3 Rätselheftreihen: 31 Mio. Exemplare/Jahr

5. **Kelter-Verlag,** Hamburg
16 Frauenromanreihen
5 Männerromanreihen
6 Rätselheftreihen

6. **Marken-Verlag,** Köln
6 Romanreihen
1 Rätselreihe

Moewig, Pabel und der kleinere Verlag Semrau sind 1971 vom Heinrich Bauer-Verlag (groß auch im Illustrierten-Geschäft) aufgekauft worden. Die beiden größten Heftroman-Verlage in der BRD heute sind damit Bauer und Bastei. Bei einer jährlichen Gesamtauflage in Höhe von 340 bis 370 Mio. Exemplaren und bei einem Verkaufspreis von 0,90 DM läßt sich der Vertriebsumsatz der Branche auf über 300 Mio. DM schätzen. Der größte Kostenfaktor für die Verlage ist dabei der Vertrieb, mit 50% des Verkaufspreises. Er erfolgt über den Zeitschriftengroßhandel. Die Autorenhonorare schlagen dagegen mit 1 – 3% vom Vertriebsumsatz (ohne Werbung) kaum zu Buch. Die Durchschnittsauflage pro Heftroman läßt sich mit 60 000 Exemplaren berechnen (alle Zahlen auf 1971 bezogen).
Nach Klein / Hecker, Trivialliteratur, S. 129 – 131